



92. Sitzung

Mittwoch, 7. November 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	4859 A	
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	4859 A	Faktion der CDU:
Nachrücken einer Abgeordneten (Dr. Angelika Kempfert CDU)	4859 A	Zwei Meinungen für alle – SPD zwischen Abschaffung der Gymnasien und Wahlkampfräson
Aktuelle Stunde	4859 A	(Fortführung am 08.11.07)

Fraktion der SPD:

Gewalt in Hamburg eskaliert: Senat riskiert die Innere Sicherheit

Dr. Andreas Dressel SPD	4859 B, 4867 B	
Dr. Manfred Jäger CDU	4860 B	– Drs. 18/7244 –
Antje Möller GAL	4861 B, 4871 D	Nebahat Güclü GAL
Udo Nagel, Senator	4862 A	Bettina Machaczek CDU
Gesine Dräger SPD	4864 D	Aydan Özoguz SPD
Karl-Heinz Warnholz CDU	4865 C	Beschluss
Dr. Till Steffen GAL	4866 C	
Klaus-Peter Hesse CDU	4868 A	Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Christiane Blömeke GAL	4869 A	Schuldnerberatung in Hamburg
Thomas Böwer SPD	4870 B	– Drs. 18/6970 –
Bruno Claußen CDU	4871 A	Egbert von Frankenberg CDU
Dr. Martin Schäfer SPD	4872 B	Uwe Grund SPD
Viviane Spethmann CDU	4873 D	Dr. Verena Lappe GAL

Fraktion der GAL:

Kita hinter Lärmschutzmauern – Der Senat lässt Kinder und Eltern im Stich

Antrag der Fraktion der GAL:

Qualifiziert und doch chancenlos – Potenziale von Migrantinnen und Migranten besser erkennen, fördern und nutzen	4878 D
– Drs. 18/7244 –	4874 C
Nebahat Güclü GAL	4874 C
Bettina Machaczek CDU	4876 C
Aydan Özoguz SPD	4877 C
Beschluss	4878 D
Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
Schuldnerberatung in Hamburg	
– Drs. 18/6970 –	4878 D
Egbert von Frankenberg CDU	4879 A
Uwe Grund SPD	4880 A, 4883 A
Dr. Verena Lappe GAL	4881 C
Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	4882 C
Beschluss	4883 C

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Bildungsabschlüsse in Hamburgs Stadtteilen			Antrag der Fraktion der SPD:
– Drs. 18/7075 –	4883 C		Besserer Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf
Britta Ernst SPD	4883 C, 4891 D	mit	– Drs. 18/7240 –
Marino Freistedt CDU	4885 A		4907 A
Christa Goetsch GAL	4886 C, 4891 C	Antrag der Fraktion der SPD:	
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	4888 B, 4892 D	Ausbildung auch für "Altbewerber"	
Wilfried Buss SPD	4889 B	– Drs. 18/7241 –	4907 A
Robert Heinemann CDU	4890 A	und	
Besprechung erfolgt	4893 B		

Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu dem bürgerschaftlichen Ersuchen vom 9. Mai 2007 (Drucksache 18/6159) – Ausbau wissenschaftlicher Exzellenz im Klimacluster		Keine Chance auf Ausbildung – Welche Hilfestellung bietet Hamburg?	
– Drs. 18/7196 –	4893 B	– Drs. 18/6917 –	4907 A
Wolfgang Beuß CDU	4893 B	Hans-Christoff Dees SPD	4907 B
Dr. Barbara Brüning SPD	4894 C	Egbert von Frankenberg CDU	4908 C
Christian Maaß GAL	4895 B	Gudrun Köncke GAL	4909 A
Jörg Dräger, Senator	4896 D	Beschlüsse	4909 D
Kenntnisnahme	4897 C	Besprechung erfolgt	4909 D

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

Auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit für Kinder mit sonderpädagogischem För- derbedarf – Integrative Förderzentren und Integrative Regelklassen	
– Drs. 18/6969 –	4897 C
Robert Heinemann CDU	4897 C, 4901 D
Gerhard Lein SPD	4899 A, 4902 A
Christa Goetsch GAL	4900 A
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	4900 D
Beschluss	4902 B

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

Patentverwertung in Hamburg	
– Drs. 18/6971 –	4902 B
Barbara Ahrons CDU	4902 B
Gesine Dräger SPD	4903 C
Jens Kerstan GAL	4904 C
Jörg Dräger, Senator	4905 C
Besprechung erfolgt	4907 A

A

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Zunächst darf ich Frau Dr. Angelika Kempfert als neues Mitglied in unserer Mitte begrüßen, die nach Mitteilung des Landeswahlleiters durch das Ausscheiden von Herrn Kraxner auf der Liste der CDU nachgerückt ist. Frau Dr. Kempfert, ich begrüße Sie herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der neuen Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt werden soll. Es handelt sich um den Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drs. 18/7277, der als Tagesordnungspunkt 40 a nachträglich aufgenommen worden ist. Die Drucksache liegt Ihnen vor.

Des Weiteren teile ich Ihnen mit, dass zu Punkt 48 unserer Tagesordnung die Antrag stellende Fraktion ihren Antrag aus der Drs. 18/7242 zurückgezogen hat. Darüber hinaus sind die Fraktionen übereingekommen, dass die heutige Debatte zu den Tagesordnungspunkten 46 und 47 um die Große Anfrage, Drs. 18/6917 – das ist Punkt 5 unserer Tagesordnung – erweitert wird.

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Gewalt in Hamburg eskaliert: Senat riskiert die Innere Sicherheit

von der GAL-Fraktion

Kita hinter Lärmschutzmauern – Der Senat lässt Kinder und Eltern im Stich

und von der CDU-Fraktion

Zwei Meinungen für alle – SPD zwischen Abschaffung der Gymnasien und Wahlkampfräson

Wir kommen zum ersten Thema. Das Wort wird gewünscht. Der Abgeordnete Dr. Dressel hat es.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In 108 Tagen ist Bürgerschaftswahl und seit Ende Oktober 2001 amtiert in Hamburg ein CDU-geföhrter Senat. Sechs Jahre hatten Sie Zeit, in dieser Stadt etwas gegen die Waffenkriminalität, die Messerkriminalität und die Gewaltkriminalität zu tun. Sechs Jahre hatten Sie Zeit, der Jugendgewalt in Hamburg Herr zu werden, so wie Sie es gemeinsam mit Herrn Schill und Herrn Kusch den Hamburgerinnen und Hamburgern versprochen haben. Sechs Jahre hatten Sie Zeit, Ihren Worten Taten folgen zu lassen. Doch was machen Sie? Statt im Programm für Ihre ersten 100 Tage findet sich die Bekämpfung der Jugendgewalt nun in Ihrem Programm für Ihre letzten 100 Tage.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie begehen die Peinlichkeit, einen wesentlichen Teil Ihres Papiers nun auch noch mit dem Konzepttitel "early-starter" zu bezeichnen. Nein, meine Damen und Herren,

mehr Last Minute als mit diesem eilig zusammengeschusterten Konzept geht es nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist zu spät, um in der Sache etwas zu bewegen und es ist zu spät, um als glaubwürdig wahrgenommen zu werden. Wahrnehmung ist ein gutes Stichwort. Wegsehen findet nicht mehr statt, hat gestern Frau Dinges-Dierig zur neuen Antigewaltdoktrin des Senats gesagt. Peinlicher kann ein Eingeständnis des Senats überhaupt nicht sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit gestörten Wahrnehmungen geht es weiter. Nehmen wir das Interview des Innensenators aus der gestrigen "Hamburger Morgenpost". Da haben Sie auf die Frage:

"Ihr Handlungskonzept kostet 2008 [...] 2,5 Millionen Euro. Ist das nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein? Der Gehweg zur Elbphilharmonie sollte 16 Millionen Euro verschlingen."

geantwortet:

"Es geht hier nicht ums Geld. [...] Hätte es eine Million mehr gekostet, wäre das kein Problem gewesen."

Aha, Geld hat offenbar keine Rolle gespielt. Das sieht man bei den 2,5 Millionen Euro auch bei der kargen Ausbeute. Aber dass es doch auch hätte mehr sein können, das sagen Sie da an der Stelle. Also die Frage, wie es um die Stellenstreichungen bei der Polizei und den Hilfeleistungen in den Stadtteilen zur Ursachenbekämpfung steht? – Komplette Fehlanzeige.

Ein weiterer Punkt ist die Kürzung. Da fragt Sie die "Hamburger Morgenpost":

"Wurde im Sozialbereich nicht zu viel gekürzt?"

Darauf sagt der Innensenator:

"Nein, überhaupt nicht. Seit 2002 haben wir viele Maßnahmen eingeführt, denken Sie nur an den sehr erfolgreichen 'Cop4U'".

Da muss ich sagen, Herr Senator, dass Cop4U nicht das ist, was wir in unserer Stadt unter Sozialpolitik verstehen. Das zeigt, dass Sie bei diesem Themenfeld überhaupt nichts verstanden haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es macht deutlich, dass Sie in der Ursachenbekämpfung – Integrationsdefizite, niedriger Bildungsstand, soziale Problemlagen, was bekanntlich als Brandbeschleuniger bei jungen Gewalttätern wirkt – überhaupt nichts bewegt haben. Hier haben Sie komplett versagt und auch deswegen gefährden Sie mit Ihrer Politik die Innere Sicherheit dieser Stadt.

Auch auf der repressiven Seite gibt es eine Reihe von Versäumnissen. Wir haben zig Konzepte vorgelegt, beispielsweise wie Hamburg entwaffnet werden kann und haben Sie zur Abstimmung vorgestellt. Sie haben das alles abgelehnt, haben dann taktiert und jetzt wollen wir einmal sehen, ob vielleicht bis Weihnachten ein Waffenverbot auf dem Kiez kommt. Das ist angesichts der Opfer auf dem Kiez, die es jedes Wochenende gibt, nicht nur peinlich, sondern schlichtweg unerträglich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

A Herr Nagel, Sie haben den Kiez zu Ihrer Chefsache gemacht und was ist das Ergebnis Ihrer sogenannten Chefsache? – Mehr Gewalt, mehr Opfer trotz Videoüberwachung, trotz hilfloser Präsenzverstärkung in den Wochenendnächten. Der Senat hat außer einer Skandaleinrichtung in der Feuerbergstraße nichts zu Wege gebracht in der Bekämpfung der Jugendgewalt und der Gewalt auf Hamburger Straßen.

Nehmen wir die Straßengewalt. Eine Vervierfachung von 2001 bis 2006. Wir haben seit 2001 20 Prozent mehr Opfer von Straftaten in Hamburg. Eines sage ich Ihnen auch: Den Messeropfern nützt es wenig, dass wir vielleicht weniger Versicherungsbetrügereien oder in anderen Delikten Rückgänge haben. Das ist Ihr Verständnis von Auslegung der Kriminalitätsstatistik, die an dem Sicherheitsempfinden der Menschen in dieser Stadt vorbeigeht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dass wir Ihnen jetzt den Unterschied zwischen objektiver Sicherheitslage und subjektivem Sicherheitsempfinden erklären müssen, ist mittlerweile ein Treppenwitz der Geschichte. Im Gegensatz zu uns – das sage ich deutlich für die SPD – haben Sie nicht die richtigen Lehren aus Versäumnissen, die auch die Sozialdemokratie vor 2001 zu verantworten hat, gezogen. Was für uns 2001 der Hauptbahnhof war, droht für Sie jetzt der Kiez zu werden. Sie hatten sechs Jahre Zeit und Sie haben diese Zeit nicht genutzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B **Präsident Berndt Röder:** Dann gebe ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, sich hier zum Garanten der öffentlichen Sicherheit aufspielen, dann kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Gerade in diesem Bereich haben Sie in den letzten Jahren Ihrer Regierung doch total versagt. Sie suchen sich heute selektiv nur einen Bereich, nämlich den der Jugendgewaltkriminalität heraus, und versuchen so, die gute Gesamtbilanz der CDU schlechtzumachen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Seit unserer Regierungsübernahme ist die Gesamtkriminalität in Hamburg um 25 Prozent zurückgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Seit unserer Regierungsübernahme ist auch die Gewaltkriminalität um 6 Prozent gesunken, im Gegensatz zum Bund, da ist sie um 14 Prozent gestiegen. Wir haben das Polizeirecht modernisiert und die Ausrüstung der Polizei verbessert.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Und zwar gegen den Widerstand der SPD!)

Last, but not least haben wir heute 700 Polizisten mehr in Hamburg als 2001.

(Beifall bei der CDU)

C Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir uns auch in Hamburg mit den Problemen, insbesondere der Jugendgewaltkriminalität auseinandersetzen müssen. Aber das ist kein Problem, das nur Hamburg betrifft.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Aber Sie sind in der Verantwortung!)

Das betrifft das gesamte Bundesgebiet und hier natürlich die Metropolen. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, wären überzeugender, wenn Sie zumindest ansatzweise bewiesen hätten, dass Sie über Lösungen verfügen. Denn wie sieht es dort aus, wo Sie regieren?

(*Ingo Egloff SPD:* Sie regieren hier! – *Jan Quast SPD:* Ablenkung!)

– Das wollen Sie nicht hören. Aber so führt zum Beispiel der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Berlin aus:

"Die Gewaltkriminalität kann präventiv nur gesamtgesellschaftlich und von der Polizei mit mehr Polizisten, sichtbar auf der Straße, und mit Zivilfahndern bekämpft werden. Das ist nicht möglich, da der Personalbestand der Berliner Polizei aufgrund politischer Entscheidungen ständig sinkt. Deshalb wird sich die Gewaltspirale weiter drehen, da die Verantwortlichen im Senat und in der Polizei die Situation nur kommentieren und nicht handeln."

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir sind in Hamburg, Herr Jäger!)

D – Ja, aber das müssen Sie sich vorwerfen lassen. Wenn Sie es nicht einmal da können, wo Sie regieren, dann wird man Ihnen das hier auch nicht überlassen.

(Beifall bei der CDU)

So, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht es aus, wenn die SPD regiert, und ich füge hinzu: So sieht es aus, wenn die SPD mit den Postkommunisten koaliert.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Und wie sieht es aus, wenn die CDU regiert?)

Vor dieser Konstellation kann ich die Hamburgerinnen und Hamburger nur warnen. Sie wäre eine Katastrophe für unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Erzählen Sie mir nicht, dass dieses Zusammensehen nicht möglich ist. Man mag Ihrem Kandidaten zwar glauben, dass das mit ihm nicht zu machen ist, aber zum einen hat gerade Ihre Partei, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gezeigt, wie schnell und häufig Sie Kandidaten austauschen und zum anderen gibt es dann noch die "Böwers" dieser Welt, die ganz offen von dieser Machtalternative fabulieren.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Zum Thema, Herr Jäger!)

– Ja, das ist genau das Thema, Herr Dressel. Das hören Sie aber nicht so gerne.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich komme auf den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei in Berlin zurück. Er spricht von mehr Polizisten. Im Gegensatz zu Berlin haben wir heute 700 Polizis-

A ten mehr. Wir kommentieren auch nicht nur, der Senat in Hamburg handelt. Senator Nagel hat das Problem der Jugendgewalt erkannt und die notwendigen Schritte eingeleitet. Aufbauend auf den Vorarbeiten hat der Senat sein Neun-Punkte-Programm vorgelegt. Dieses macht deutlich, dass das Problem der Jugendgewaltkriminalität nicht nur ein Problem der Innenpolitik ist. Vielmehr handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Problem, zu dessen Lösung Eltern, Schule und Behörden zusammenarbeiten müssen. Erfolge werden sich hier nicht sofort einstellen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die haben sich bei Ihnen gar nicht eingestellt, obwohl Sie sechs Jahre regieren!)

– Ach, Herr Dressel, das ist doch Wunschdenken. Der von uns verfolgte ganzheitliche Ansatz, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Dass Sie so schreien, beweist mir, dass ich Recht habe und dass Sie das alles nicht hören wollen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich eines an die Adresse der Opposition sagen: Wenn Sie das früher erkannt und vor allem auch befolgt hätten, dann wären wir heute weiter. Sie propagierten doch noch immer Kuschelpädagogik und Menschen statt Mauern, als es längst darum ging, gegenüber Jugendlichen einmal Konsequenz zu zeigen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss. Um noch einmal auf die Formulierung des von Ihnen angemeldeten Themas zu kommen: Ich sehe in Hamburg nur ein Risiko für die Innere Sicherheit und das ist eine rotgrüne Regierung, womöglich noch unter Beteiligung einer wie auch immer gestalteten Art mit den Linken.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Jäger, nun wird es langsam eng für die CDU.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie fangen sich selber ein, was Sie hier ständig ausposaunen: Die zunehmende Brutalität auf den Straßen finden Sie plötzlich auf Ihrem Konto wieder. Sie haben es in sechs Jahren nicht geschafft, irgendetwas grundsätzlich und konzeptionell zu verändern. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: Es ist noch schlimmer geworden!)

Der ganzheitliche Ansatz, den Sie eben so schön benannt haben, ohne dass Sie ins Detail gegangen sind, Herr Dr. Jäger, ist nichts weiter als eine konzeptlose Schlagwortsammlung. Ein Jahr lang daran gebastelt, ein müder Herbststrauß von Stichworten, und immer wieder grätscht der Innensenator rein. Es gibt nichts Ganzheitliches in dieser Schlagwortsammlung, sondern es gibt einen Innensenator, der den repressiven Weg vorgibt und dann gibt es drei Behörden, die daneben sitzen und nicken. Delinquenz wird nicht verhindert. Die Jugendlichen werden nur früher stigmatisiert. Das ist das Ergebnis Ihrer Schlagwortsammlung.

C Die Jugendlichen schwänzen doch nicht die Schule, weil ihr Berufswunsch Verbrecher ist, sondern weil sie dann schon längst begriffen haben, dass die Schule ihnen keine Perspektiven bietet oder dass sie zu den über 11 Prozent Schülern ohne Abschluss gehören werden und sie nicht wissen, wie es dann weitergeht. Aber Herr Hesse darf natürlich sagen, dass die meisten Kriminellen schon früh die Schule geschwänzt haben. Was ist das für eine Ignoranz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Politik, und zwar die Senatspolitik und nicht die der Opposition, legt den Jugendlichen einen Großteil der Steine in den Weg und hilft ihnen dann nicht, sie wieder wegzuräumen. Und dieser Senat erlaubt es sich dann, Schulen in dieser Stadt mit Mercedes und Fiat zu vergleichen. Was für eine dekadente Haltung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Da sieht man doch, wo Sie eigentlich hinwollen und wen Sie ansprechen wollen. Ihre Konsequenz, Herr Dr. Jäger, heißt im Übrigen: Einsperren und Psychopharmaka. Aber nicht bei den Problemen anfangen, die die Familien und Jugendlichen in dieser Stadt haben.

Der Anteil der Familien, die in Armut leben, ist gestiegen. Perspektivlosigkeit in der zweiten Generation zeichnet 10 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger aus. Die Maßnahmen der letzten Jahre sind schlicht und einfach geprägt von öffentlichkeitswirksamen Aktionen, aber keiner grundlegenden Aktion. Das Senatsprogramm ist und bleibt oberflächlich.

D Natürlich ist es ein Hamburger Problem, auch wenn andere Städte es ebenfalls haben. Wir müssen hier Lösungen dafür finden und anfangen müssen wir bei den Familien, die mehrfach unter Problemen leiden. Sie müssen lange Zeit begleitet werden und dieser Ansatz ist in Ihrem Konzept überhaupt nicht zu finden.

Gewaltprävention heißt im Übrigen auch, die Menschen zu kennen und persönlich anzusprechen, dicht dran zu sein, bürgernah zu sein und nicht zum x-ten Mal das Cop4U-Programm als Zusatzaufgabe für die bürgernahen Beamten auszuweiten oder die Schulen zu Erfüllungsgehilfen der Polizei zu machen, anstatt ihnen die Autonomie zu geben, Probleme frühzeitig angehen zu können und dafür die Mittel und pädagogische und behördliche Unterstützung zu geben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präventionsunterricht durch die Polizei zielt eben nicht auf das Erlernen gewaltloser Konfliktlösungen, sondern stellt den Umgang mit Gewaltvorfällen in den Vordergrund, also immer dran am Symptom, aber das ist keine Prävention. Richtig wären deutlich mehr Angebote für Jugendliche, die ihnen eigene Gestaltungsmöglichkeiten geben, wie sie für Gewaltfreiheit, Toleranz und Mitmenschlichkeit einstehen können. Da kann man natürlich beim Waffenverbot anfangen. Das Verbot von Waffen hat auch etwas mit Mitmenschlichkeit zu tun. Es gibt für niemanden einen Grund, mit gefährlichen Messern oder anderen Waffen auszugehen. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden, um das Tragen von Waffen zu ächten. Wir haben aber alle noch unsere Anhörung zum Thema Selbstverpflichtung im Umgang mit den sogenannten Scheinwaffen in Erinnerung. Der Kniefall vor der Waffenlobby in dieser Stadt war doch deutlich zu erkennen.

A (Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)

Wo bleibt denn der öffentliche Aufschrei gegen die Waffen? Wo bleibt denn Ihre politische Stimme – unsere ist ja zu hören – gegen das Tragen von Waffen in dieser Stadt? Hier müssen Sie auch ansetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Nagel.

Senator Udo Nagel: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich die Anmeldung der SPD-Fraktion zu der heutigen Aktuellen Stunde las, kam mir spontan in den Sinn, dass hier der Brandstifter Feuer gerufen hat

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das sagen Sie bei Ihren Problemen mit der Feuerwehr!)

und sich dann anschließend gefreut hat, wie lange die Feuerwehr zum Löschen gebraucht hat.

Der ehemalige rotgrüne Senat hat bis 2001 alles dafür getan, dass Hamburg zur Hauptstadt des Verbrechens wurde.

(Unruhe im Hause – Glocke)

B **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Nicht alle durcheinander, Senator Nagel hat das Wort.

Senator Udo Nagel (fortfahrend): Auch in der Koalition im Bund finden sich regelmäßig Belege dafür, dass es der SPD in erster Linie um die Verhinderung der Verbrennungsbekämpfung geht.

Wie sieht es heute tatsächlich aus, wenn man ganz realistisch auf die Zahlen der Hansestadt Hamburg und auf den Bund schaut.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Udo Nagel (fortfahrend): – Nein.

Insgesamt haben wir in Hamburg ein hohes Sicherheitsniveau erreicht, das für alle Menschen eine wichtige Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität, die freie Entfaltung und eine angstfreie Nutzung des öffentlichen Raumes darstellt.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Senator Udo Nagel (fortfahrend): – Nein, Herr Präsident. Dieses Ergebnis wurde durch konsequente Umsteuerung in wichtigen Bereichen erreicht.

(Glocke)

C **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Herr Senator, würden Sie mir sagen, ob Sie überhaupt Zwischenfragen gestatten wollen?

Senator Udo Nagel (fortfahrend): – Nein, ich gestatte überhaupt keine Zwischenfragen.

Der Senat hat nach 2001 umgesteuert, und zwar dadurch, dass er die Kürzungen der erheblich geschwächten Polizei deutlich korrigiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Die offene Drogenszene wurde konsequent bekämpft und auch aufgelöst. In wichtigen Institutionen, wie Schulen und Jugendeinrichtungen, entstand zur Prävention eine Kultur des Hinnehens. Herr Dr. Dressel, die Kultur des Hinnehens ist etwas Positives und insofern ist das, was Frau Dinges-Dierig gestern in der Pressekonferenz gesagt hat, auch etwas Richtiges.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Schade, dass Sie das nicht verstanden haben!)

Dieses Hinsehen fördert auch das Einschreiten bei Gewaltstraftaten. Dadurch steigen natürlich die Straftaten in der Statistik. Damit kann ich aber leben. Wir wollen eine reale Abbildung der Lage in Hamburg haben und dazu gehört in der Prävention auch, dass man hinsieht.

Einerseits wurde die Integration junger Zuwanderer gestärkt, aber andererseits wurden ausländische Straftäter auch konsequent abgeschoben. Die Handlungsfähigkeit der Jugendhilfe wurde gestärkt,

(Beifall bei der CDU)

zum Beispiel durch die Einrichtung des bundesweit vorbildlichen Familien-Interventions-Teams. Das muss ich auch einmal ganz deutlich sagen. Im Bereich der Justiz wurde der Strafvollzug gestärkt. Die Überbelegung von Haftplätzen wurde durch Neubauten abgebaut. Auch die Orientierung am geschlossenen Vollzug als Regelvollzug und die klare Priorität für die Sicherheit der Bevölkerung hat Hamburg insgesamt sicherer gemacht, ohne dass wichtige Ziele der Resozialisierung von Strafgefangenen aufgegeben wurden.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Wo ist eigentlich Herr Lüdemann?)

Die Daten der Hamburger Kriminalstatistik des Jahres 2006 dokumentieren ganz deutlich die erfolgreiche Arbeit der Polizei.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Über das Jahr 2007 wollen Sie lieber nicht reden!)

Hamburg hat die niedrigsten Kriminalitätszahlen seit 23 Jahren. Das können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten im Jahre 2006 80.000 Straftaten weniger als im Jahre 2001.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie sieht Ihre Schlussbilanz aus?)

Erfreulich sind hier insbesondere die Rückgänge bei allen Formen der Raubdelikte. So gingen zum Beispiel die Straßenraube um 10 Prozent zurück. Die polizeiliche Gewaltkriminalität stieg im Jahre 2006 geringfügig um 0,7 Prozent an.

A (Dr. Andreas Dressel SPD: Wie ist es mit der Straßengewalt, Herr Nagel?)

Die Gewaltkriminalität bildet zwar lediglich 3,8 Prozent aller Straftaten ab, hat jedoch – das verkenne ich nicht – gravierende Folgen für die Opfer. Ein Problem innerhalb der Gewaltkriminalität stellt insbesondere die schwere und gefährliche Körperverletzung dar. Sie ist auch in Hamburg im Jahre 2006 um 4,2 Prozent gestiegen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Im öffentlichen Raum?)

Hier bewegen sich die Hamburger Daten bei langfristiger Betrachtung innerhalb eines bundesweiten Trends, wie auch in anderen Bundesländern zu beobachten ist.

(Dr. Till Steffen GAL: Dann ist ja alles gut!)

Seit Ende der Achtzigerjahre ist im Bund und in den Ländern eine steigende Gewaltbereitschaft vor allem junger, männlicher Täter zu verzeichnen, die auch aktuell wieder stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten sind. Ich bedauere die Opfer der Gewaltverbrechen, auch die vom Wochenende außerordentlich.

(Ingo Egloff SPD: Jeder nach seinen Fähigkeiten!)

Ich habe mich über die Festnahmen der Tatverdächtigen durch die Polizei gefreut und würde es begrüßen, wenn die Gerichte schnell zu angemessenen Urteilen kommen würden.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Lüdemann ist ja nicht da!)

B – Herr Lüdemann ist auch nicht Richter, sondern Senator. Eines der dringendsten Probleme ist meines Erachtens die Gewaltbereitschaft junger Täter. Ich darf in diesem Zusammenhang den Innensenator der Bundesstadt, den Kollegen Dr. Körting zitieren:

"Ich hoffe auch, dass der Trend der Rechtsprechung sich fortsetzt, bei Körperverletzungen, Raub, Sexualdelikten die Belange der Opfer durch eine härtere Bestrafung der Täter zu berücksichtigen. Falsche Milde schafft neue Taten."

(Antje Möller GAL: Dann ist doch schon alles zu spät! Frühes Eingreifen! Prävention!)

Der Einschätzung des Kollegen Dr. Körting ist ausdrücklich zuzustimmen. Sie ist aber auch dahingehend zu ergänzen, dass wir Justiz für die Bewältigung neuer Herausforderungen bei der Bekämpfung der Jugendgewalt, auch durch neue gesetzliche Instrumente, wie zum Beispiel des Jugendstrafrechts und des Haftrechts bis hin zu sogenannten Warnschussarresten, unterstützen müssen. Dabei würde ich mir eine Unterstützung der SPD in Hamburg, aber auch im Bund durchaus wünschen.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde weiterhin in Berlin dafür kämpfen, dass wir eine Änderung auf diesem Gebiet erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten hat Hamburg seit 2001 wichtige neue Maßnahmen eingeführt und verstärkt. Wir haben Maßnahmen gegen Gewaltdelikte, das Antiraubkonzept und auch das Intensivtäterkonzept massiv verstärkt. Wir haben in diesen Bereichen in Hamburg zurzeit 698 Menschen im sogenannten Intensivtäterkon-

C zept, davon sind allein 403 unter 21 Jahren. Aber auch die Bekämpfung der Jugendkriminalität wurde bereits ab 2002 durch folgende Maßnahmen deutlich verstärkt: Die Einführung des Cop4U, auch wenn Sie versuchen, das lächerlich zu machen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nein, Sie haben sich lächerlich gemacht!)

Wir haben im Moment immerhin 226 Cop4U, die über 500 Schulen betreuen. Dieser Cop4U arbeitet ganz fantastisch. Er baut bei den jungen Menschen in den Schulen Vertrauen auf. Sie bekommen sehr viele Informationen, und zwar im Zusammenwirken mit der Schulleitung, mit den Schülern, mit den Lehrern und mit den Eltern. Hier ist auch ein großer Teil an Prävention enthalten.

Die Umstellung vom Tatort- auf das Wohnortprinzip bei der Intensivtäterbekämpfung wurde am 1. Oktober 2002 vollzogen. Hiermit wurde erreicht, dass jugendliche Tatverdächtige grundsätzlich immer demselben kriminalpolizeilichen Sachbearbeiter am Wohnortpolizeikommissariat zugeordnet werden konnten. Ich möchte das, was Sie immer wieder mit plakativen Aussagen versuchen lächerlich zu machen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da sind sie doch Experten drin!)

mit Fakten widerlegen.

(Beifall bei der CDU)

Durch dieses Wohnortprinzip sind wir bei der Informationsammlung erheblich besser geworden. Somit können auch kriminelle Karrieren von Jugendlichen viel früher erkannt werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Trotzdem geht es nach oben!)

Wir haben aber auch umorganisiert. Wir haben Jugendsachgebiete bei den Polizeikommissariaten eingerichtet und die Beamten dafür speziell ausgebildet.

Jetzt zum ganz aktuellen Konzept. Frau Möller, ich habe den Eindruck, dass Sie das Konzept nicht gelesen haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das war aber schnell zu lesen, die wenigen Seiten! – Antje Möller GAL: Das ist ein starkes Argument, Herr Nagel!)

Wenn Sie sagen, es seien keine präventiven Elemente darin, so ist genau das Gegenteil der Fall. Von neun Elementen sind mindestens sieben mit sehr massiven präventiven Ansätzen dabei. Hier zu sagen, es würde nichts präventiv gemacht, ist lächerlich und zeigt nur, dass Sie es im Grunde genommen nicht gelesen haben.

Die neun Säulen, die wir gestern vorgestellt haben: Die Verstärkung Cop4U, die Optimierung des Präventionsprogramms Kinder- und Jugenddelinquenz, gemeinsame Fallkonferenzen, das Projekt Täter- und Kriminalitätsbekämpfung – hier mit Blick auf Intensivtäter, die unser Hauptklientel darstellen –, die Durchsetzung der Schulpflicht – das ist auch ein wichtiger Punkt in der Prävention –, und die Anzeigepflicht bei Gewalttaten in Schulen. All diese Maßnahmen beinhalten auch Präventivelemente.

(Farid Müller GAL: Sie haben die Stimmung in der Stadt überhaupt nicht verstanden!)

A Ebenso die Früherkennung von aggressiven, dissozialen Kindern, bekannt unter dem Aspekt "early-starter" und die Erhöhung des Opferfonds bis hin zur Durchsetzung erzieherischer Maßnahmen in den Schulen.

Mit diesem behördenübergreifenden Konzept haben wir, insbesondere, was die Maßnahmen in den Schulen betrifft, den Grundstein dafür gelegt, Kindern und Jugendlichen wieder Werte zu vermitteln, Werte, die offenbar abhanden gekommen sind. Das ist eine Entwicklung, die über Jahre entstanden ist. Die kann auch nicht von heute auf morgen umgekehrt werden. Deshalb, Herr Dressel, eignet sich dieses Thema eigentlich nicht als Wahlkampfthema, weil das kein Thema ist, das sich in Legislaturperioden darstellen lässt.

Darüber hinaus hat die Innenbehörde noch weitere Maßnahmen umgesetzt. Denken Sie nur an die Videoüberwachung im Bereich Reeperbahn, Hansaplatz und Heiligengeistfeld.

Die Videoüberwachung führt dazu, dass präventiv gearbeitet wird, dass den Menschen früh geholfen werden kann und ich kann es überhaupt nicht verstehen, wenn die GAL und die SPD es permanent so darstellen, als sei die Videoüberwachung keine Erfolgsgeschichte.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Erfolgsgeschichte ist, dass die Zahlen nach oben gegangen sind!)

Wenn Sie sich die Zahlen von April 2006 bis September 2007 ansehen ...

(Glocke)

B **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren, Contenance bitte. Herr Senator, fahren Sie fort.

Senator Udo Nagel (fortfahrend): Danke schön. – Wenn Sie sich die Zahlen von April 2006 bis September 2007 anschauen, dann haben wir 374 Ereignisse aufgrund der Videoüberwachung erkennen und präventiv wirken können. Es gab in dem Zeitraum 166 Festnahmen aufgrund der Videoüberwachung. Auch Repressionen haben Präventivelemente; das wissen Sie ganz genau, Frau Möller.

(Beifall bei der CDU)

Zu den sogenannten Waffenverbotsgebieten: Diese Waffenverbotsgebiete werden in Hamburg eingeführt. Auch das ist eine Initiative aus Hamburg,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Sie erst abgelehnt haben!)

die ich letztes Jahr im Oktober in den Bundesrat eingebracht habe. Diese Initiative ist jetzt auf der Zielgeraden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Im Schneekentempo!)

Sie wird am 9. November im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und tritt dann vierzehn Tage später in Kraft. Parallel dazu haben wir in Hamburg Verordnungen erlassen und werden diese noch Anfang Dezember im Senat verabschieden, sodass ich davon ausgehe, dass dieses Waffentrageverbot in den Bereichen St. Pauli und Hansaplatz noch in diesem Jahr kommen wird. Das ist wieder ein Element mehr zur Kriminalitätsbekämpfung, um es ganz deutlich zu sagen. Keines der Elemente, und das wissen Sie ganz genau, kann hundertprozentig wirken.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Null Prozent Wirkung!)

C Es ist aber wieder ein Element mehr, um in einem bestimmten Bereich zu wirken. Das Waffentrageverbot wird also kommen und es ist auch klar, dass es am 9. November im Bundesgesetzblatt steht und damit gültig ist.

Die Forderung der GAL nach einem flächendeckenden Waffentrageverbot für die gesamte Stadt Hamburg geht nicht; da wollen Sie etwas Verfassungswidriges. Sie können nicht für ein ganzes Bundesland ein Waffentrageverbot erlassen. Das geht weder nach dem SOG noch nach der Verfassung.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da hätten Sie im Bundesrat aktiv werden sollen! Das haben Sie nicht gewollt!)

Meine Damen und Herren! Leider können wir in einer Metropole wie Hamburg nicht jedes Gewaltdelikt verhindern.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zur Vervierfachung haben Sie nichts gesagt!)

Wir haben jedoch seit 2001 die Fallzahlen der Gewaltkriminalität deutlich gesenkt und dem gestern vorgestellten Neun-Säulen-Konzept werden weitere Maßnahmen zur Reduzierung folgen. Der Senat stellt sich mit neuen und innovativen Maßnahmen dieser Herausforderung und – ich sage es ganz deutlich – der Senat handelt konsequent und behördenübergreifend gegen Jugendgewalt.
– Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

D **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Nagel, ungefähr ab der zweiten Minute hat Ihnen von der CDU niemand mehr zugehört.

(Lars Dietrich CDU: Das stimmt ja gar nicht! Das ist eine bodenlose Frechheit!)

Und dass Ihnen am Anfang jemand zugehört hat, lag daran, dass Sie am Anfang Ihrer Rede zurückgefallen sind ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, auch bei Ihnen gilt dasselbe wie beim Vorredner. Es wäre besser, etwas stiller zuzuhören.

(Niels Böttcher CDU: Die haben ja auch nicht zugehört!)

Herr Abgeordneter, ich glaube, ich habe mich hinreichend deutlich ausgedrückt.

Gesine Dräger (fortfahrend): Dass am Anfang vonseiten der CDU zugehört worden ist, lag vor allen Dingen daran, Herr Senator Nagel, dass Sie mit der Nennung des Wortes Brandstifter in eine Rhetorik zurückgefallen sind, die wir aus dem Wahlkampf 2001 von demjenigen gewohnt sind, der Sie nach Hamburg geholt hat; da haben Sie wohl etwas gelernt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

A Ich sage für meine Fraktion – und ich bin sicher, dass das für die Kolleginnen und Kollegen der GAL ganz genauso gilt –, dass diese Rhetorik und diese Begriffe in diesem Hause nichts zu suchen haben und ich es schade finde, dass der Präsident Sie nicht zur Ordnung rufen kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vor etwas mehr als sechs Jahren haben Sie den Hamburgerinnen und Hamburgern ein Wahlversprechen gegeben, das sich wesentlich auf die Bekämpfung der Jugendgewalt bezogen hat. Damals haben Sie vieles von dem, was Sie heute sagen, dass Maßnahmen bei der Bekämpfung der Jugendgewalt nicht hundertprozentig wirken können, dass ein großer Teil dieser Arbeit der Bekämpfung der Jugendgewalt in der Prävention stattfinden muss, abgelehnt. Das haben Sie verurteilt und gesagt, wir würden die Ängste der Menschen nicht ernst nehmen, wenn wir solche Dinge benennen würden. Jetzt sind Sie – Herr Dressel hat es gesagt – rund 100 Tage vor der Wahl vielleicht ein bisschen weiter gekommen. Aber das ist zu spät für die vielen Opfer in Hamburg.

(*Viviane Spethmann CDU: Sie haben doch eine selektive Wahrnehmung!*)

Sie sind bei der Auswahl der Zahlen immer so geschickt, nicht von den zunehmenden Opferzahlen in Hamburg zu sprechen. Das ist zu spät für diese vielen Opfer, die es gegeben hat, und das ist auch zu spät für die Jugendlichen, die in Hamburg darauf warten, ein Signal zu bekommen für das, was sie tun, nämlich auf Gewalt zu verzichten; davon gibt es glücklicherweise viele. Das ist auch zu spät für die vielen Jugendlichen, die darauf vertraut haben, dass der ganzen Wahlkampfrhetorik etwas folgt. Ich will das hier ausdrücklich nennen. Wir haben in Hamburg viele Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen, die ganz bewusst für sich entscheiden, dass sie nicht gewalttätig werden, die in diese Lebenssituation nicht kommen. Wir brauchen diese Jugendlichen, wir sind sehr stolz auf diese Jugendlichen als Hamburgerinnen und Hamburger, aber was präsentiert Ihnen der Senat. Er sagt Ihnen nach sechs Jahren, wir haben bisher weggeschaut, jetzt schauen wir hin. Das heißt, diese Jugendlichen müssen sich jetzt anhören, dass das, was sie geschafft haben, nämlich nicht gewalttätig zu werden, bisher niemanden interessiert hat, aber jetzt schaut man hin. Sie haben sechs Jahre weggeschaut und dann sagen Sie 100 Tage vor der Wahl, das habe jetzt ein Ende, wir schauen nicht mehr weg. Ich kann dieses Gefühl, dass man 100 Tage vor der Wahl ein sehr großes Problem mit Jugendgewalt in dieser Stadt hat, nachvollziehen. Aber Sie sind diejenigen gewesen, die den Opfern und den Jugendlichen versprochen haben, es werde alles besser. Und was ist geworden, es ist schlechter geworden. Da Sie von Brandstiftung geredet haben: Es gibt Schulen in Hamburg, in denen viele Jugendliche das Gefühl haben, dass es brennt, sie haben Angst, Opfer zu werden. Jetzt frage ich Sie, was Sie denen sagen. Das ist Ihnen nach sechs Jahren auch aufgefallen und jetzt sagen Sie, das sei kein Wahlkampfthema.

Ich kann da relativ entspannt sein, auch wenn das Thema ein sehr anspannendes ist. Wir haben in den letzten sechs Jahren eine ganze Reihe von Anträgen zum Thema Waffen, zum Thema Jugendgewalt, zum Thema Strafverfahren gegen Jugendliche gestellt. Davon haben Sie einen nach dem anderen abgelehnt. Sie haben sich zum Teil sogar geweigert, das in den Ausschüssen zu

beraten. Sie haben es abgelehnt, wenn es zum Beispiel um Messer oder Waffengesetze ging. Sie haben vielleicht die Zwischenrufe aus der GAL gehört. Warum sagen Sie einerseits, Sie machen Initiativen und andererseits, da können wir als Land nichts machen? Das ist doch alles widersprüchlich. Sie haben Ihr Versprechen nicht gehalten und Sie könnten es auch nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Warnholz.

(Zurufe von der SPD: Karneval?)

Karl-Heinz Warnholz CDU: – Wenn Sie vonseiten der SPD diese Sitzung als Karneval bezeichnen, dann tut es mir sehr leid für die Redner, die hier demokratisch gesprochen haben, soweit es demokratisch war.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Haben wir undemokratisch gesprochen?*)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich doch einmal das von der SPD und der GAL gerade skizzierte Horrorszenario vor und gucken wir uns die Fallzahlen bei den Raubdelikten 1997 an – das ist eine sehr schöne Statistik, ich habe sie dabei, da können Sie einmal hineinschauen –,

(*Ingo Egloff SPD: Wir haben jetzt 2007!*)

als die SPD mit der STATT Partei regiert hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Wir sind zehn Jahre später, Herr Warnholz!*)

Ich bringe die Zahlen, die hören Sie sich jetzt bitte an und dann führe ich Sie vor.

(Zurufe von der SPD)

1997, zu der Zeit von SPD- und STATT-Partei-Senat, gab es 6.517 Raubstraftaten. 2001 – bis in den Spätherbst hinein haben Sie noch regiert – gab es 5.279 Raubdelikte. Dann kam die Erleuchtung, dann kamen wir. 2003 sank die Zahl auf nur noch 4.424 – ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören –

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Doch, wir hören alles gerne!*)

und 2005 – rechnen Sie mit, Herr Dr. Dressel – gab es nur noch 3.531 Raubdelikte. Jetzt geht es weiter: 2006 halbierte sich die Zahl der letzten zehn Jahre, was Sie nicht hören wollen, auf nur noch 3.372. Wer ein klein wenig Statistik lesen kann, der weiß, dass der Senat alleine in diesem Bereich, wo viele Jugendliche und Erwachsene beteiligt sind, eine super, eine gute Politik gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Die polizeiliche Kriminalstatistik spricht ganz deutlich für den Senat und das ärgert Sie; wir stehen natürlich 100 Tage vor der Wahl. Wir haben von Ihnen vor zehn Jahren die Hauptstadt des Verbrechens übernommen und haben die letzten sechs Jahre Hamburg an die Spitze der Nichtverbrechen geführt. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis und das können wir mit Statistiken beweisen.

(Beifall bei der CDU)

A Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich immer bestimmte Bereiche mit Höhen und Tiefen. Aber insgesamt – seien Sie doch einmal selbstkritisch und ehrlich – haben dieser Senat und dieser Senator eine Superpolitik gemacht, die Ihnen missfällt.

(*Harald Krüger CDU*: Bravo! und Beifall)

Ziehen Sie sich nicht an einigen Dingen hoch, wie sie jetzt gerade auf der Reeperbahn passieren. Das bedauern wir auch, aber diese wachsende Stadt mit 7 Millionen Touristen im Jahr fordert natürlich auch Dinge. Mir tun die Opfer leid, aber wir sind auf dem richtigen Weg und das müssen Sie sich anhören, ob Sie wollen oder nicht.

(Beifall bei der CDU)

Seien Sie doch bitte ruhig oder gehen lieber hinaus, wenn Sie diese Politik, die Sie früher hier veranstaltet haben, nicht hören wollen.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das ist unverschämt!)

Gucken wir einmal ein bisschen zurück in die Zeitung. Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich aus einem Artikel der von Ihnen sehr geschätzten Zeitung "Die Zeit" vom September 1997, der 38. Ausgabe, zitieren mit der Überschrift:

"Hamburgs Justiz ist mit der zunehmenden Jugendkriminalität überfordert"

Das war zu Ihrer Zeit, das hören Sie nicht gerne. Ich sage Ihnen das einmal zur Hauptstadt des Verbrechens. Ich zitiere wörtlich, schreiben Sie das einmal mit, Sie können es auch schriftlich bekommen:

"Verantwortlich für die wachsende Gewalt in Hamburg – vor allem für Raubtaten und schwere Körperverletzung – ist nach Auswertung der Polizeidaten in erster Linie eine Tätergruppe: Jugendliche. Ihre 'Kriminalitätsbelastung' [...] habe ganz allgemein drastisch zugenommen. Die Zahl der tatverdächtigen 14- bis 18-jährigen pro 100.000 Einwohner der Hansestadt hat sich zwischen 1985 und 1992"

– zu Ihrer Zeit –

"fast verdoppelt."

Jetzt werfen Sie uns vor, dass sich das ein klein wenig nach oben bewegt. Sie sollten einmal darüber nachdenken und sich die Zahlen angucken.

(Beifall bei der CDU)

Durch präventive und vernetzte Zusammenarbeit aller Fachbehörden und der Polizei werden wir dieses Problem in den Griff bekommen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das haben Sie vor sechs Jahren auch schon gesagt! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen jetzt einen Schlussatz formulieren.

Karl-Heinz Warnholz (fortfahrend): – Ich komme zum Schluss. – Herr Dr. Dressel, wir werden die Bevölkerung davon überzeugen, dass wir es im Griff haben

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Im Moment haben Sie es überhaupt nicht im Griff!)

und auch unter diesem Bürgermeister wieder in den Griff bekommen, sehr zu Ihrem Schrecken. – Danke schön. C

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Man merkt am Redebeitrag des Innensenators und auch von Herrn Warnholz, dass Sie tatsächlich sehr nervös sind und versuchen, mit Statistiken die Realität wegzudefinieren. Wie sieht schlicht und einfach die Realität aus? Sie regieren seit sechs Jahren und an jedem Wochenende werden auf dem Kiez Leute abgestochen. Das ist eine schreckliche Realität, der Sie sich stellen müssen, und nicht 20 Minuten lang darüber reden, dass dieses Phänomen statistisch eigentlich gar nicht stattfindet. Das wird der Sache überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wo sind wir denn, dass Sie sich hierinstellen und sagen können, seit 20 Jahren nimmt die Gewaltkriminalität bundesweit zu. Ist das die Lizenz zum Nichtstun, ist das die Lizenz zum sechs Jahre langen Schnarchen? Das kann es nicht sein.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Meine Fraktion hat bereits im Jahre 2002 ein detailliertes Konzept vorgelegt – es gab schon wiederholte Debatten –, wie man präventiv auf junge Menschen einwirken kann, die gefährdet sind, zu solchen notorischen Gewalttätern zu werden, nachdem wir diesen unsäglichen Wahlkampf 2001 gehabt hatten. Die Maßnahmen können Sie jetzt noch nachlesen. Davon haben Sie nichts aufgegriffen und sich stattdessen darauf konzentriert, den unsäglichen Parolen von Herrn Schill hinterherzulaufen. Damals hieß es, wir bräuchten die Zerschlagung des Kartells strafunwilliger Jugendrichter. Dann wurde das alles dezentralisiert und jetzt, wo wir das fachlich alles aufarbeiten und schauen, was passiert ist, stellt sich heraus, dass die Jugendgerichtshilfe nicht mehr in der Lage ist, an allen Verhandlungen teilzunehmen. Prävention, die bei diesen extrem gefährdeten jungen Menschen ansetzen soll, kann nicht mehr richtig stattfinden. Das ist Ihr Erfolg, wunderbar, herzlichen Glückwunsch, liebe CDU. D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie denn Recht hätten, dass es tatsächlich in erster Linie erforderlich ist, mit mehr Härte auf diese jungen Menschen zu reagieren, wenn diese Schwerpunktsetzung, die auch in den aktuellen Maßnahmen deutlich zum Tragen kommt, richtig wäre, dann hätte das ja Früchte tragen müssen. Entweder sind Sie nur in der Lage, Sprüche zu machen und am Ende passiert nichts, oder das, was Sie tatsächlich gemacht haben, mehr Repression, ist absolut wirkungslos. Der Wahlkampf 2001 hat hauptsächlich darin bestanden, über junge Menschen zu reden, die notorisch straffällig sind, die Gewaltstraftaten begehen, Raubstraftaten mit gefährlichen Waffen.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Den Sie verloren haben!)

Und jetzt haben wir die gleiche Diskussion, die gleiche Gruppe von Menschen und Sie reden über die Gesamtkriminalitätsstatistik. Wir reden über die Gefährdung von

A jungen Menschen auf der Straße durch gefährliche andere junge Menschen und da hätten Sie handeln müssen. Stattdessen haben Sie mehr Strafe gefordert; das bringt es, wunderbar. Man kann anhand Ihrer Statistik nicht einmal erkennen, ob das tatsächlich stattfindet, was Sie immer vorgeben: mehr Strafe, mehr Haftstrafen. Damit schmückt sich immer Herr Hesse. Tatsächlich kommen diese jungen Menschen nicht einmal im Jugendstrafvollzug an, wenn man die anderen Zahlen des Senats sieht, und Sie setzen weiterhin auf mehr Härte gegenüber jungen Menschen und das unabhängig davon, in welchem Stadium. Sie erkennen leider viel zu spät, wo man eingreifen muss, wenn man kriminelle Karrieren stoppen und solche schrecklichen Vorfälle künftig zumindest im Umfang vermindern will, damit sie nicht mehr jedes Wochenende auf der Reeperbahn stattfinden.

Herr Warnholz, Sie sagen, wir haben hier eine Meile, auf der sich jedes Jahr 7 Millionen Touristen vergnügen, da passiert es schon einmal, dass ein paar Leute abgestochen werden.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU: Das habe ich gar nicht gesagt!*)

Wenn sich diese öffentliche Wahrnehmung bestätigt, dann werden wir nicht mehr lange so viele Touristen auf der Reeperbahn haben, dann können wir uns die 7 Millionen Touristen in die Haare schmieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B **Präsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das mit der wachsenden Stadt – da werden sich auch einige im Senat ein Stirnrunzeln nicht verkneifen können – hatten wir uns eigentlich anders vorgestellt und nicht, dass wachsende Stadt gleichbedeutend ist mit wachsender Gewalt auf dem Kiez. Genau den Zusammenhang haben Sie aber hergestellt und das kann an der Stelle nicht das Ergebnis sein. Nicht einmal die Interpretation von Herrn Nagel ging soweit zu sagen, wachsende Stadt sei wachsende Gewalt auf dem Kiez. Einmal mehr sind Sie, Herr Warnholz, Ihrem politischen Anspruch treu geblieben.

Ihre politische Wahrnehmung geht offensichtlich bis 1997, maximal noch bis 2001. Es ist schön, dass Ihnen die Innenbehörde noch einmal die alten Statistiken herausgegraben hat, doch irgendwie ist die Zeit weitergegangen und dies hat zum Beispiel zur Folge, dass wir uns noch einmal die Bilanz der Straßengewalt angucken. Dazu hat nämlich keiner von Ihnen etwas gesagt. 2001 – ich habe noch einmal nachgesehen – hatten wir 762 Straßengewaltdelikte. Das ist schwere und gefährliche Körperverletzung im öffentlichen Raum, also die richtig schweren Delikte. Im Jahre 2006 waren es 3.058 und bis Ende September dieses Jahres 2.548 bei einer Steigerungsrate in diesem Jahr von 15 Prozent. Wir werden am Jahresende sehen, wo wir ankommen und wie Ihre Schlussbilanz im Bereich der Straßengewalt aussieht. Da nützen Ihnen die anderen Delikte, die Sie aus irgendwelchen uralten Statistiken herauskramen, nichts, wenn Ihre Schlussbilanz an dieser Stelle negativ sein wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C Kommen wir noch einmal zu dem Neun-Säulen-Konzept. Eine Säule scheint Ihnen hier schon weggebrochen zu sein, nämlich die Säule der Justizbehörde. Wo ist eigentlich Senator Lüdemann, wenn es hier darum geht, Strafverfahren zu beschleunigen, sich intensiver um Intensivtäter im Bereich der Justiz kümmern zu wollen?

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Das geschieht doch!*)

Es wäre angemessen gewesen, bei einer solchen Diskussion an dieser Stelle dabei zu sein. Das ist nicht der Fall und auch das ist peinlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie reden immer davon, dass Strafe der Tat auf dem Fuße folgen müsse. Unsere Anfragen haben gezeigt, dass der Anteil von beschleunigten Jugendverfahren während Ihrer Amtszeit erheblich gesunken ist. Sie reden immer viel und die Wahrheit sieht dann anders aus.

Frau Dinges-Dierig ist immerhin gekommen, aber eine Sache sollten wir auch aus Ihrer Säule des Konzepts hier noch einmal thematisieren, dass Sie die Gesetze, was das Thema Schulzwang und so weiter angeht, die wir hier mit unterschiedlichen Mehrheiten beschlossen haben, jetzt auch durchsetzen. Das ist sozusagen der Beschluss des Senats von gestern, Gesetze, die hier beschlossen worden sind, durchzusetzen. Das soll jetzt als Innovation von Ihrer Seite verkauft werden und das ist einfach peinlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Als letzter Punkt das Thema Vernetzung von Behörden. Es ist immer interessant, das Internet macht es möglich, Herr Nagel, zu schauen, was Sie schon einmal zu dem Thema Vernetzung von Behörden gesagt haben, zum Beispiel im Januar. Sie sagten, es solle ein Haus des Jugendrechts geben, eine sehr gute Sache, und alle, die mit Jugendkriminalitätsbekämpfung zu tun haben, sollten unter einem Dach sein. Das war wortwörtlich Ihr Zitat nach dieser Fachkonferenz, die in Hamburg stattgefunden hat. Und was sehen wir jetzt? Unverbindliche Fallkonferenzen sind an der Stelle dabei herausgekommen. Das ist Ihr toller Einsatz gegen Behördenegoismen im Bereich Bekämpfung der Jugendkriminalität. Auch das ist peinlich und fällt auf Sie zurück, Herr Nagel.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihre Rede war einfach hilflos und es passt zu Ihrem Agieren zu diesem Thema in den letzten Wochen, Monaten und insbesondere Tagen. Wenn Sie dann auch noch sagen, das Thema Jugendgewalt eigne sich nicht für eine Diskussion im Wahlkampf, dann sagt das wirklich der Richtige. Das sagt derjenige, der sich von Ronald Barnabas Schill nach Hamburg hat holen lassen. Das ist peinlich und wird auch auf Sie zurückfallen. Deswegen wird es an dieser Stelle eine thematische Schwerpunktsetzung auch in diesem Bereich geben. Sie werden sich bis zum 24. Februar noch viele kritische Fragen gefallen lassen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt der Sachpolitiker!*)

A **Klaus-Peter Hesse CDU:*** – So ist es, Herr Dressel, jetzt kommt endlich die Sachpolitik, denn das, was wir von Ihnen eben gehört haben, war reine Polemik.

(Zurufe von der SPD)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir waren gestern im Jugendausschuss und haben dort mit Jugendlichen über Jugendkriminalität diskutiert. Die Diskussion mit diesen Kindern und Jugendlichen hatte mehr Niveau als das, was die Opposition heute geboten hat.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Und was sagen Sie zu Ihren eigenen Rednern? Das war an Herrn Warnholz gerichtet, oder?)

Wir sind tiefgehender in die Materie eingestiegen als das, was Sie hier gebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dressel, wir hatten sechs Jahre Zeit und haben sechs Jahre lang Erfolg gehabt; dafür gibt es hier reichlich Belege. Es sind viele Dinge angesprochen worden: das Familien-Interventions-Team, die Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße, die Jugendarrestanstalt, der Cop4U. Das mögen Sie gar nicht hören, die Zeiten Ihrer Kuschelpolitik und Ihrer Kuschelpädagogik sind vorbei.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Psychopharmaka als Kuschelpolitik!)

Seit 2001 haben wir uns um die Jugendlichen gekümmert, die in dieser Stadt ihr Unwesen getrieben haben.

B (Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt, und das wissen Sie alle, kein Patentrezept bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben kein Konzept!)

Sie haben es auch nicht, lieber Kollege Dressel, und wenn Sie den Menschen suggerieren, Sie hätten dieses Rezept, um Jugendkriminalität zu bekämpfen, dann lügen Sie.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Hesse, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Ingo Egloff SPD: Das nützt nichts, Herr Präsident!
– Dr. Andreas Dressel SPD: Sie wollten doch sachlich bleiben!)

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Dann gehe ich davon aus, dass mein Ordnungsruf mit Ihrer Aussage übereinstimmt.

Die Bekämpfung von Kinder- und Jugenddelinquenz, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist eine Querschnittsaufgabe und deswegen auch eine Aufgabe aller Fachbehörden. Das hat sich seit 2001 geändert und das wissen Sie auch. Vor 2001 gab es Restriktionen zwischen den Fachbehörden, vor 2001 hat die Polizei kaum mit der Sozialbehörde zusammengearbeitet. Heutzutage arbeiten sie Hand in Hand, sie stimmen sich ab, sie legen gemeinschaftlich – auf der Senatsbank sitzen sie – ein Konzept vor. Das ist gemeinschaftliche Arbeit zur Bekämpfung von

C Kinder- und Jugendkriminalität, was Sie nie hinbekommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir jetzt über die Inhalte sprechen, lieber Kollege Dressel, so ist das einzige, was ich von Ihnen gehört habe, dass jedes Wochenende etwas auf dem Kiez passiere und wir dagegen nichts tun könnten. Suggerieren Sie doch bitte nicht den Menschen, dass Sie etwas dagegen tun könnten. Was haben wir denn letztes Wochenende auf dem Kiez erlebt? Meinen Sie denn, dass Ihr Waffenverbot, was Sie hier als Patentrezept verkauft haben, daran irgendetwas geändert hat, dass irgendeiner eine Flasche zerschlägt

(Dr. Andreas Dressel SPD: Deshalb muss es ja erweitert werden!)

und damit irgendjemand anderen verletzt? Die Polizei war nach zwei Minuten da, die Polizei ist vor Ort, die Polizei kümmert sich darum. Wir werden es nie verhindern können, dass das, was wir schrecklicherweise auf dem Kiez erlebt haben, wieder passieren kann. Suggerieren Sie den Leuten nicht, dass Sie es verhindern können, denn das geht nicht und das wissen Sie.

(Beifall bei der CDU)

Politik schafft Rahmenbedingungen, wie man Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen kann. Einige Maßnahmen, die dieser Senat in den letzten Jahren geschaffen hat, habe ich bereits erwähnt, aber es gibt natürlich – das ist gestern auch vorgestellt worden – weitere Rahmenbedingungen. Wir werden aber nie verhindern können, dass es auch gewisse Richter gibt, egal ob Familienrichter oder Jugendrichter,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist eine ganz faule Ausrede!)

– nein, das ist keine Ausrede, das ist eine Tatsache, lieber Kollege Dressel –, die sich aus ihrer persönlichen Entscheidung ein Urteil bilden müssen und dann eine Entscheidung treffen. Diese Entscheidung, die schwer abgewogen wird, ist manchmal richtig, manchmal aber auch falsch; dafür kann die Politik aber nichts. Die Jugendlichen, die wir am Wochenende auf dem Kiez bei dieser Tat festgestellt haben, sind alle bekannt. Die CDU-Fraktion hat Anträge gestellt, auch auf Bundesebene, um schnellere Einweisung in eine geschlossene Unterbringung zu ermöglichen. Die sind von Ihrer Partei allesamt abgelehnt worden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt überhaupt nicht!)

D Sie blockieren, wenn es darum geht, kriminelle Kinder und Jugendliche von der Straße zu bekommen. Unsere Partei ist dabei, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu fordern.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kollegin Möller, das Thema Schulschwänzer. Es ist richtig, nicht jeder, der einmal die Schule schwänzt, wird kriminell, aber alle Kriminellen, zumindest die meisten, waren einmal Schulschwänzer. Deswegen ist es richtig, dass wir uns um die Schulpflicht kümmern, dass wir die Lehrer mehr in die Verantwortung nehmen, dass wir frühzeitig intervenieren, dass wir die Kinder und Jugendlichen frühzeitig beobachten und im Zweifelsfall auch gemein-

A schaftlich einschreiten, wenn wir erkennen, dass sie auf dem falschen Weg sind.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Das fällt Ihnen nach sechs Jahren ein!*)

Deswegen ist es auch gut, dass der Senat es jetzt ange- sprochen hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe, meine Zeit ist vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Klatschen Sie noch ein bisschen mehr, ich weiß, es tut weh, sich das anzuhören.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen schon einen Schlussatz formulieren.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): – Das ist mein Schlussatz. – Einsperren und Psychopharmaka sind der richtige Weg für bestimmte Jugendliche und wir werden dieses weiter machen und es nicht so laufen lassen, wie Sie es jahrelang getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

B **Christiane Blömeke GAL:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hesse, ich denke, mit diesem letzten Satz, Einsperren und Psychopharmaka, haben Sie sich wirklich absolut selber disqualifiziert.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Nach zweieinhalb Jahren Arbeit im Untersuchungsausschuss Geschlossene Unterbringung ist es geradezu erschütternd, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, Psychopharmaka und Einsperren seien unsere Methoden, wie wir mit diesen Jugendlichen umgehen. Sie haben sich disqualifiziert.

(Beifall bei der GAL)

Das Niveau, über das wir hier reden, und wie wir reden, haben Sie sich selber zuzuschreiben. Das verdanken Sie Herrn Warnholz und Ihrem Senator, der sich hier in einer Art und Weise hinstellt, die dem Thema nicht angemesen ist.

Erschütternd fand ich auch, Herr Hesse, dass Sie gesagt haben, Sie hätten sich um die Jugendlichen gekümmert. Aber was ist denn jetzt? Jetzt bekommen Sie die Quittung. Wie sah Ihr Kümmer aus? Es kann doch gar nicht sein, dass Sie sich ausreichend gekümmert haben, wenn wir zunehmend diese Vorfälle haben, wie wir sie am Wochenende erleben durften. Die Kultur des Hinsehens, die wir jetzt nach sieben Jahren haben, ist armselig. Es ist unbestritten, dass gute Konzepte Zeit brauchen. Aber wenn wir gespannt auf dieses Konzept des Senats warten und es uns dann vorgestellt wird, kann ich nur sagen: Es ist absolut enttäuschend. Mein Fazit ist: Mit Masse gewinnt man keine Klasse. Ob da vier Senatoren und Senatorinnen sitzen – es ist eben nicht das Richtige dabei herausgekommen, weil Sie das Übel nicht an der

C Wurzel angreifen. Ich will es jetzt noch einmal auf eine sachliche Ebene zurückführen. Es ist nicht nur Oppositionsgemecker und auch nicht nur, weil wir jetzt im Wahlkampf stehen, sondern es ist die Analyse zahlreicher Studien – die Sie offensichtlich nicht gelesen haben –, die zeigt, dass eine ganz große Rolle bei der Jugendgewalt natürlich soziale Faktoren spielen. Armut, mangelnder Zugang zu Bildung, unerreichbare berufliche Perspektiven, schlechte Wohnsituation und soziale Ausgrenzung – genau das kann Jugendgewalt erzeugen. Da, wo soziale Faktoren zusammengeballt negativ sind, kann Jugendgewalt entstehen.

Ich will damit nicht die Taten der Jugendlichen entschuldigen, die wir immer wieder der Presse entnehmen können und die sich ereignen. Ich habe selber einen 19-jährigen Sohn und mir ist jedes Mal nicht wohl, wenn er auf den Kiez geht, weil ich natürlich dieselben Ängste habe, die andere Eltern auch haben. Aber Ihr Konzept trägt eindeutig die Handschrift des Innensenators nach dem Motto: Die Polizei wird es schon regeln. Nur nach diesem Motto sollen Polizisten den Unterricht zur Aufarbeitung von Gewalttaten in der Schule übernehmen. Und sie haben auch die Federführung bei der Fallkonferenz. Eine Fallkonferenz ist im Prinzip etwas Gutes. Vernetzung ist das, was wir auch wollen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Na also, geht doch!*)

Aber Federführung unter der Polizei ist nicht das, was wir in unserem Konzept zur Prävention von Jugendgewalt wollen. Ich glaube, wir sollten auch den Begriff Prävention noch einmal klären, der ist bei Senator Nagel eindeutig falsch. Wenn die Durchsetzung der Schulpflicht und das Anzeigen von Schulhofrangelei bei ihm schon Prävention ist,

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist Prävention!*)

dann hat er, finde ich, etwas nicht begriffen.

(Beifall bei der GAL)

Wir setzen bei der Prävention gegen Jugendgewalt auf eine Qualifizierung des Fachpersonals – Kita und Lehrer. Das ist ganz wichtig. Völlig außer Acht lassen Sie auch – das will ich hier noch einmal sagen –, dass Jugendgewalt in der Regel Gewalt von Jungen ist. Es ist doch eine zunehmende und wirklich ernst zu nehmende Entwicklung, wenn sich Jungen zu ihren Tanzabenden mit Messern bewaffnen, als wären sie – wie meine Kollegin Frau Möller sagte – auf der Jagd.

(*Harald Krüger CDU: Kennen Sie die Tanzpartnerin?*)

D Das ist doch etwas, was wir keinesfalls tolerieren können. Aber genau deswegen, weil wir dies Problem erkannt haben, müssen wir doch auch Maßnahmen finden, die jüngenspezifisch sind. Das heißt, wir müssen die unterschiedlichen Rollen, die unterschiedlichen Vorstellungen von Männlichkeit, Themen wie Stärke oder Schwäche und Rollenklischees bearbeiten. Das, Senator Nagel, fehlt in Ihrem Konzept völlig. Ich habe mir sowieso beim Lesen des Konzepts immer wieder die Frage gestellt, ob Senatorin Schnieber-Jastram nur eine Maßnahme bringen durfte oder ob ihr wirklich nicht mehr eingefallen ist.

(*Ingo Egloff SPD: Wahrscheinlich das Zweite!*)

Gerade der Blickwinkel aus dem Bereich der Sozialpädagogik ist nämlich die Lösung zum Problem der Jugend-

A gewalt. Der völlig richtige Ansatz der "early-starters" ist in dem gesamten Konzept der einzige Ansatz, den ich begrüßen würde. Aber genau hier merkt man auch, dass Sie Ihrem eigenen Konzept nicht trauen. Lediglich in drei Bezirken wollen Sie diesen Ansatz "early-starters" umsetzen und präventiv in Familien wirksam werden. Aus unserer Wahrnehmung heraus muss der Bereich präventiver Arbeit viel mehr umfassen. Das haben wir in unserem GAL-Konzept auch ausgeführt. Dazu gehört insbesondere das, was Sie in Hamburg zusammengestrichen haben, nämlich die Straßensozialarbeit, die mobile Jugendarbeit, die Cliquenarbeit, das Hineingehen von Sozialpädagogen in die Szene der Jugendlichen. Senatorin Schnieber-Jastram, Sie haben dafür gesorgt, dass genau das auf unseren Straßen nicht mehr stattfindet.

Ich will auch noch einmal deutlich sagen: Es geht gar nicht nur um den Kiez. Ich kann Ihnen auch noch andere Beispiele nennen, zum Beispiel aus dem gutbürgerlichen Volksdorf, meinem Wohnort sozusagen. Dort gibt es eine Diskothek, in der es insbesondere in den Ferien regelmäßig zu Konflikten kommt, weil sich dort angetrunkene und gewaltbereite Jugendliche aufhalten.

(Glocke)

Wie reagiert der Senat? Er lässt Mannschaftswagen mit Polizei aufmarschieren

(Glocke)

– ich komme zum Schluss –, sperrt sozusagen den Marktplatz ab. Was völlig fehlt, ist eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe. Streetworker gibt es dort nicht. Deswegen ist Ihr Konzept einseitig, genau so wie Ihr Neun-Säulen-Modell.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, Herr Kollege Hesse! Familien-Interventions-Team und Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße waren zwei Stichworte, bei denen ich dachte: Ich höre mir einmal an, was der Kollege zu sagen hat, nachdem er es gelobt hat. Und dann schauen wir einmal, was der Senat am 6. November gesagt hat. Sie haben an dieser Stelle ausgeführt, insbesondere die Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße sei ein Beispiel zur Bekämpfung von Jugendkriminalität in Hamburg. Das haben Sie so gesagt. Das habe ich richtig verstanden?

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Ja, das ist so. Stimmt!*)

– Okay.

Dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass zum jetzigen Zeitpunkt gar kein Hamburger mehr in der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße sitzt,

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Es ist eine Maßnahme!*)

so lautet die Antwort des Senats vom 6. November. Die Antwort des Senats vom 6. November sagt an dieser Stelle: 82,6 Prozent im Durchschnitt ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Böwer, ich möchte doch noch einen erneuten Ver-

such wagen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hesse? C

Thomas Böwer (fortfahrend): – Selbstverständlich.

Zwischenfrage von Klaus-Peter Hesse CDU: Lieber Kollege Böwer, stimmen Sie mir zu, dass ich die Geschlossene Unterbringung als eine Maßnahme zur Bekämpfung von Jugendkriminalität dargestellt habe?

Thomas Böwer (fortfahrend): – Ja, klar.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Und es vollkommen egal ist, ob die Jugendlichen aus Hamburg, aus Norderstedt oder aus irgendeiner anderen Stadt kommen?

Thomas Böwer (fortfahrend): Zunächst empfehle ich Ihnen, Herr Hesse: Melden Sie sich noch einmal zu Wort. Das war keine Frage, das war ein Meinungsbeitrag, den ich zur Kenntnis nehme. Trotzdem bleibt es dabei: In der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße, die der Senat als das Paradebeispiel der Bekämpfung von Jugendkriminalität ansieht, befindet sich mittlerweile kein Hamburger Jugendlicher mehr, und das für 30.000 Euro Kosten pro Monat, mit denen wir im Augenblick Jugendliche aus Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen finanzieren. Chapeau, Frau Senatorin Schnieber-Jastram, das ist in der Tat ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir werden an anderer Stelle über die Fragen des Einsatzes von Psychopharmaka und Rechtsverstößen reden. In diesem Zusammenhang schöne Grüße von Herrn Schill, er hat im Ausschuss zumindest mehrmals gesagt, Sie könnten es nicht. An dieser Stelle muss ich sagen: Herr Schill hat recht. D

Dann kommen wir zum zweiten Beispiel, das von Ihnen angesprochene Familien-Interventions-Team.

(*Rolf Harlinghausen CDU: Ist er nicht putzig?*)

Der Senat hat noch etwa sechs Tage Gelegenheit, genau darauf zu antworten, welche Jugendlichen Straftaten begangen haben, obwohl sie durch das Familien-Interventions-Team betreut wurden – sechs Tage noch. Zur Erinnerung: Ein 15-jähriger Jugendlicher wird von dem von Ihnen gepriesenen Familien-Interventions-Team betreut, ist lange Zeit bekannt und bringt bedauerlicherweise eine ältere Dame aus Eimsbüttel um. Soweit der Erfolg Ihres Familien-Interventions-Teams.

(*Uwe Grund SPD: Das hatten wir beim Fall Dabelstein auch schon einmal!*)

Nun zum nächsten Punkt, die mutmaßlichen Täter ...

(Zurufe)

– So seien Sie doch ruhig und hören Sie zu.

Wir reden über die mutmaßlichen Täter des Ereignisses vom Wochenende und müssen feststellen: Zwei der vier mutmaßlichen Täter waren ebenfalls dem Familien-Interventions-Team bekannt und waren dort auch betreut. Sie haben gerade an dieser Stelle ausgeführt, der Bundesrat habe verhindert, dass diese Jugendlichen nicht in die "Geschlossene" kommen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Das stimmt überhaupt nicht!*)

A Frau Eisenhut, Pressesprecherin der Sozialbehörde, hat gesagt, man habe auf einen Antrag zur Einweisung in die "Geschlossenen" verzichtet. Fragen Sie die Sozialsenatorin, weswegen bei diesen beiden Jugendlichen, obwohl dem FIT bekannt, kein Antrag gestellt wird. Aber fragen Sie bitte an dieser Stelle nicht die SPD, Herr Hesse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letzter Punkt aus der von Ihnen genannten modellhaften Einrichtung Feuerbergstraße. Wir wissen, dass ein Jugendlicher, den Sie immer als einen schwer kriminellen, gefährlichen Jugendlichen charakterisiert haben, vor vier Wochen entwichen ist. Das kann passieren. Wir haben nachgefragt, was Sie eigentlich gemacht haben. – Sie hätten eine Vermisstenanzeige gestellt und auch telefoniert. Wunderbar – wissen Sie, wie Sie das Problem gelöst haben, damit der Jugendliche nicht mehr entwichen ist? Sie haben einen Antrag beim Familiengericht gestellt, die Einweisung in die Feuerbergstraße zurückzunehmen. Das finde ich nicht richtig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Claußen.

(Uwe Grund SPD: Im Fall Dabelstein war das Thema Blut an den Händen!)

Bruno Claußen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die letzten Messerattacken auf dem Kiez waren schreckliche Vorgänge. Ich denke, da sind wir uns alle einig in diesem Hause. Dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, aber diese schlimmen Taten dafür nutzen, Angst und Schrecken in dieser Stadt zu verbreiten, finde ich unmöglich. Das finde ich schrecklich.

(Beifall bei der CDU – Hans-Christoff Dees SPD: Empörend!)

– Nun hören Sie einmal gut zu.

Sie stellen sich heute als Garant der Inneren Sicherheit dar. Ich möchte Sie einmal daran erinnern, dass Sie den größten Stellenabbau in der Geschichte der Polizei Hamburg durchgeführt haben. Sie haben Tausend Polizeibeamte abgebaut. Das ist das Personal von sechs Polizeikommisariaten. Sie haben das neue Polizeipräsidium durch Stellenabbau finanziert. Sie haben im Präventionsbereich Stellen abgebaut, wie die Polizeiverkehrslehrer, Drogenbeauftragte und Präventionsbeamte. Und nun stellen Sie sich hin und fordern das ein? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Da muss man sich richtig dran gewöhnen!)

Sie haben uns einen ganz schlimmen Titel überlassen, als wir die Regierung übernahmen: Hamburg – Verbrechenshauptstadt. Sie haben uns national und international einen erheblichen Imageschaden zugeführt. Das ist Ihnen wohl gar nicht bewusst.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Und wie ist jetzt der Imageschaden auf dem Kiez?)

Ich erinnere an das Jahr 1998. Da hatten wir den Höhepunkt der Jugendkriminalität. Sie hatten keine Konzepte mehr. Was haben Sie gemacht? Sie haben eine Enquete-

Kommission eingesetzt, die zwei Jahre lang gearbeitet hat.

(Zuruf)

– Sie haben aber mit an dieser Kommission gearbeitet – zwei Jahre lang.

Zwei Jahre lang ist in der Verbrechensbekämpfung nichts passiert. Ich erinnere daran, als die Enquete-Kommission damals alle Akten der sogenannten Intensivtäter ausgehändigt haben wollte. Wer hat das damals verweigert? Es war Ihr damaliger Bürgermeister Runde. Hinterher hat sich herausgestellt, warum er das verhindern wollte, weil nämlich festgestellt worden ist, dass Akten von Intensivtätern fehlten. Und es hat sich herausgestellt, dass ein großer Teil dieser Täter überhaupt nicht von den zuständigen Behörden betreut worden ist.

(Doris Mandel und Jürgen Schmidt, beide SPD: Und jetzt?)

Das ist die Wahrheit. Ich erinnere an die Novellierung unseres Polizeigesetzes. Sie wissen, wie Sie abgestimmt haben. Ich nehme nur einen Punkt dort heraus, und zwar die lageabhängige Kontrolle. Hätten wir dieses Gesetz nicht geschaffen, hätte die Polizei heute keine rechtlichen Möglichkeiten, auf dem Kiez Kontrollen durchzuführen – das, was Sie kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten keine rechtlichen Möglichkeiten gehabt, dort Kontrollen durchzuführen, wie sie dort in den letzten Wochen schwerpunktmäßig durchgeführt worden sind. Es wurden reichlich gefährliche Gegenstände, Messer und Waffen gefunden. Wir haben also im Präventivbereich erheblichen Erfolg gehabt. Wozu hätten all diese Instrumente eingesetzt werden können? Sie haben diesem Gesetz nicht zugestimmt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Weil wir einen eigenen Vorschlag hatten. Begreifen Sie das doch endlich!)

Sie haben es abgelehnt. Also befinden wir uns doch auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU)

Auf die zusätzlichen guten Konzepte, die der Senator genannt hat, und auf die, die wir bereits abgearbeitet haben, will ich gar nicht mehr eingehen. Ich denke, das hat er klar und deutlich gesagt. Dieser Senat, meine Damen und Herren von der Opposition, riskiert die Innere Sicherheit ganz gewiss nicht. Das war heute Ihr Titel zu diesem Thema. Die Hamburgerinnen und Hamburger lassen sich nicht für dumm verkaufen.

(Beifall bei der CDU)

Die Innere Sicherheit ist in den Händen der Polizei, dieses Senats und der CDU in guten Händen. Ich bin überzeugt davon, dass auch nach dem nächsten Wahltermin die Innere Sicherheit in unseren Händen bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Claußen, da ist einiges durcheinander gegangen, wenn ich das einmal so vorsichtig und freund-

A lich sagen darf. Nur, weil man ein Thema diskutiert, das die Stadt insgesamt diskutiert, verbreiten wir hier nicht Angst und Schrecken, sondern wir stellen Fragen und wollen Antworten von Ihnen haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Es ist die Frage, wie man es debattiert!)

– Ja, es ist die Frage, wie man es debattiert, ganz genau.

Wenn man hier von Imageschaden redet, weil man über eine Situation, die durch Fakten belegt ist, spricht, oder wenn man darüber redet, dass die Opposition der CDU einen Titel vermaßt hat, den diese Stadt bekommen hat, nämlich Hauptstadt des Verbrechens zu sein, dann kann ich nur sagen: Dieser Titel ist von Ihnen beziehungsweise Ihren "Helfershelfern" – das ist das richtige Wort – erdacht worden anstatt eine fachlich-sachliche und nicht populistische Debatte über das Problem der Kriminalität in dieser Stadt zu führen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Heute haben wir diese Debatte eingefordert und Sie führen sie nicht mit uns.

Zum Stichwort Jugend-Enquete-Kommission: Sie hat getagt, sie hat gearbeitet, sie hat viele gute Vorschläge gemacht und Sie haben nichts davon aufgegriffen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Stimmt doch gar nicht!)

B Stattdessen macht Ihr Senator sich sozusagen federführend für die Bundesrepublik zum Spezialisten für die Jugendkriminalität. Was haben wir für ein Ergebnis? Die Debatte heute – war es das, Herr Senator, oder wie?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senator hat in seiner unsäglichen und viel zu langen Rede immerhin eine richtige Sache gesagt:

(Klaus-Peter Hesse CDU: Eine haben Sie verstanden!)

Das Hauptproblem sei die Gewaltbereitschaft junger Täter. Herr Warnholz sagte, das Hauptproblem seien die Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren. Ich kann mich daran erinnern, dass von diesem Pult aus – im Jahre 2002, meine ich – die Sozialsenatorin Schnieber-Jastram bei der Streichung der Mittel für Kinderkuren, einer Präventionsmaßnahme gegen diese kriminelle Entwicklung

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist ja wirklich abenteuerlich, Herr Schäfer!)

von Kindern und Jugendlichen von hier aus sage:

"Können Sie sich leisten, Ihre Kinder für 5.000 Euro in den Urlaub zu schicken?"

Das war diese Senatorin von diesem Platz aus – für eine Sache, die eine Präventionsmaßnahme gegen das gewesen wäre, was wir jetzt zunehmend feststellen müssen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

C **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Dr. Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Harlinghausen?

Dr. Martin Schäfer (fortfahrend): Aber gerne.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (fortfahrend): Herr Harlinghausen, bitte.

Zwischenfrage von Rolf Harlinghausen CDU: Herr Kollege Dr. Schäfer, kann es sein, dass Sie Ihre Aussage mit einer anderen Tatsache verwechselt haben – das war die Streichung von 28 Millionen D-Mark im Kinder- und Jugendbereich in den letzten drei Jahren Ihrer Regierungstätigkeit?

Dr. Martin Schäfer (fortfahrend): – Ich habe das überhaupt nicht verwechselt. Ich spreche über die Mittel, die diese Senatorin im Sozialbereich und im Jugendbereich gestrichen hat.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Über den Rest sprechen Sie nicht!)

D Des Weiteren spreche ich nicht über 1997, sondern über das Jahr 2007. Wenn nun bei diesen unsäglichen Versuchen, Statistiken zu verfälschen oder mit Statistiken zu fälschen, wie Herr Claußen das eben gerade auch wieder im Zusammenhang mit den Gesetzentwürfen zum SOG hinbekommen hat, wenn diese Versuche, über die Statistik alle Delikte zu zählen und zu übersehen, dass es heute nicht um alle Delikte geht, sondern dass es ausschließlich um Gewaltdelikte insbesondere durch Jugendliche und um die auf das Vierfache angestiegene Anzahl von Opfern geht, wenn Sie das nicht verstehen, wenn Sie darauf nicht einzugehen bereit oder in der Lage sind, dann verfehlten Sie das Thema radikal.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zu der Frage Angst und Schrecken verbreiten: Angst und Schrecken wurde nicht durch uns verbreitet, sondern durch die Meldungen dieser Woche. Die Meldungen dieser Woche waren Meldungen über Tatsachen, denen Sie sich stellen müssen.

Drittens, Herr Claußen: Es stimmt nicht, dass wir lageabhängige Kontrollen abgelehnt haben. Es war in unserem Entwurf ebenso enthalten und den haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Hinter allem, was insbesondere von Herrn Hesse als Erfolge aufgezählt wurde, Cop4U, Familien-Interventions-Team, Feuerbergstraße, steht die Frage: Welche Erfolge hatte das denn? Sie haben Dinge eingeführt, aber die hatten keine Erfolge. Ganz offenkundig waren die fehl am Platz und sind schlicht und ergreifend wirkungslos im Zusammenhang mit der Frage Gewalt von Jugendlichen gegen Jugendliche. Sie haben heute schlicht und ergreifend das ganze Thema verfehlt. Sie haben sich nicht darauf eingelassen, die wirklichen Probleme mit zu debattieren. Sie sind ausgewichen, Sie sind auf der Flucht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

A **Christiane Blömeke** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Angst und Schrecken verbreiten – das hat in dieser Debatte wenig zu suchen, denn es geht vielmehr um ein reales Problem. Aber, ehrlich gesagt, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, kann ich mich noch sehr gut an den Wahlkampf 2001 erinnern. Wenn irgendjemand Angst und Schrecken verbreitet hat, war es damals nach dem unsäglichen Mord des Lebensmittelhändlers, Herrn Dabelstein, die CDU-Fraktion. Das war ein katastrophaler Wahlkampf, in dem Sie Angst und Schrecken verbreitet haben. Eine Stimmungsmache, die sich bis heute fortsetzt und die hat in dieser Debatte in der Tat wenig zu suchen.

Ich will noch einmal darauf zurückkommen, dass wir ein reales Problem haben. Keiner aus unserer Fraktion macht Panik. Aber wir haben ein Problem und das muss erkannt werden. Jede einzelne Tat ist schon eine Tat zu viel. Es geht auch überhaupt nicht darum, ob sich das angehäuft hat oder ob eine Steigerung stattgefunden hat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Es gibt aber kein Patentrezept, Frau Blömeke!*)

Es geht um die einzelne Tat und um die Jugendlichen. In diesem Zusammenhang erneuere ich unsere Forderung seitens der GAL-Fraktion, dass es nur zum Erfolg führt, wenn wir die Probleme wirklich bei der Wurzel packen. Solange die CDU-Fraktion nicht erkennt, dass Armut und soziale Ausgrenzung nachweislich Aggressionen und Gewaltbereitschaft erzeugt, solange die CDU-Fraktion nicht bereit ist, genau hier anzusetzen, solange werden Ihre Konzepte nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aus diesem Grund hat das auch überhaupt gar nichts mit Kuschelpädagogik zu tun, wenn wir uns hierinstellen und sagen, Prävention sei das A und O. Deswegen muss man auch anfangen, wenn die Kinder ganz klein sind. Man muss in der Kita anfangen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Richtig!*)

Das setzt sich in der Schule fort. Aber Ihre Maßnahmen in der Schule begrenzen sich darauf, dass Sie Lehrerinnen und Lehrer zu Hilfspolizisten machen.

(*Bernd Reinert CDU: Das stimmt doch gar nicht, Frau Blömeke!*)

Das ist kein Konzept, das in der Schule zur Gewaltprävention oder zur Lösung dieses Gewaltproblems beiträgt.

(*Bernd Reinert CDU: Sie reden hier doch wider besseres Wissen!*)

– Herr Reinert, Sie können sich doch auch hinstellen und eine Frage stellen. Vielleicht lasse ich die jetzt auch zu.

In der Kita haben wir ganz genau dasselbe Problem. Wir erleben in meinem Fachbereich, dass die ganzen Programme zur geschlechterspezifischen Arbeit von diesem Senat nicht aufgegriffen werden. Ich hatte eben schon versucht zu erklären, dass die Jugendgewalt, die wir haben, eine Gewalt von Jungen ist. Jungen müssen stärker in den Fokus unserer Politik gerückt werden. Das sage ich ganz bewusst auch als Grüne, denn vielen ist vielleicht bekannt, dass wir immer Mädchen in den Fokus unserer Politik gerückt haben. Wir haben die Mädchenarbeit gestärkt. Das ist auch ganz wichtig. Das ist auch nach wie vor wichtig. Aber wir müssen erkennen, dass zunehmend Jungen Verlierer unserer Gesellschaft sind.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Auch auf Ihrer Landesliste, Frau Blömeke!*)

Deswegen muss sich ein großes Politikfeld dieser jungspezifischen Arbeit widmen. Da erkenne ich null Bemühungen seitens des Senats und auch seitens der Sozialsenatorin, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen.

Es gibt wahrlich gute Programme in Hamburg. Das ist die präventive Arbeit, bei der wir ansetzen müssen. Ich habe vorhin auch die Cliquenarbeit erwähnt. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir das gesamte Lebensumfeld der Jugendlichen in die präventive Arbeit einbeziehen. Es geht nicht nur um Schule, es geht auch um die sogenannten Peergroups und die ganzen Freundeskreise. Das hört sich jetzt alles nicht so spannend an. Vor allen Dingen für die Bürgerinnen und Bürger stellt sich zunächst die Frage nach dem, was dabei herauskommt. Ich kann Ihnen garantieren, dass es langfristige Maßnahmen sind, die wir ergreifen. Das ist eine langfristige Hilfe, die zum Erfolg führt, weil genau dieser Ansatz am Beginn der Probleme auch wirklich zum Erfolg führt.

Herr Hesse, erlauben Sie mir noch einen Satz. Das Geschlossene Heim Feuerbergstraße als Erfolgsmodell zu bezeichnen, ist wirklich der Witz hoch drei. Über 50 Prozent der Jugendlichen die dort waren, sind wieder rückfällig geworden. Das hat so wenig Erfolg, dass man es kaum messen kann. Ich möchte einmal behaupten, dass die wenigen Jugendlichen, die dort herausgekommen sind, nicht wegen der Feuerbergstraße nicht wieder rückfällig geworden sind, sondern man muss schon sagen, dass sie es trotz der Feuerbergstraße geschafft haben, zu überleben und nicht wieder rückfällig zu werden. Ich glaube, dass die Methode Feuerbergstraße und eine Erziehung hinter Mauern in einem geschlossenen Umfeld nicht tauglich sind, die Probleme der Jugendlichen zu beseitigen. Auch hier muss es zu einer engmaschigen Arbeit zwischen Familien und Jugendlichen kommen.

Die GAL hat dafür gute Konzepte erstellt, zum Beispiel das Konzept der intensiv betreuten Wohngruppen, in denen die Jugendlichen verbindlich 24 Stunden rund um die Uhr von einem oder mehreren Pädagogen betreut werden.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist schon gescheitert!*)

Das ist der Unterschied, Herr van Vormizeele, Sie geben den Erziehern ein Schlüsselbund in die Hand und sagen: "Schließe einmal die Tür ab, der Jugendliche bleibt da alleine." Und wir sagen, der Jugendliche muss mit den Pädagogen zusammen sein. Nur so kann ihm geholfen werden. Ihr Kollege, Herr Hesse, meint, die Jugendlichen mit Psychopharmaka ruhig zu stellen.

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Das ist die Therapie der CDU – ein Armutszeugnis, Herr Hesse.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde, man kann feststellen, dass Frau Blömeke durchaus ein paar gute Ansätze gezeigt

C

D

A hat, was die Jungendarbeit betrifft. Ich finde, das ist durchaus ein Punkt, über den wir weiter sprechen können. Aber fangen Sie erst einmal bei Ihrer eigenen GAL-Landesliste an. Das wäre auch nicht schlecht.

(Beifall bei der CDU)

Bei der GAL kann ich alles nur unter einem Punkt zusammenfassen – kuscheln, kuscheln, kuscheln. Aber das ist es nicht. Wenn Sie von Armutssproblematik reden: Eine der Mütter hat ganz klar gesagt, es sei kein Armutssproblem in Ihrer Familie, in der der Sohn Täter geworden ist. Das ist nicht die Frage. Sondern wir haben tatsächlich eine Frage der Sozialisation und nicht der Armut. Insoweit liegen Sie da auch vollkommen falsch.

(Beifall bei der CDU)

Bei der SPD mangelt es langsam wirklich an Seriosität. Herr Schäfer, Sie haben ein gutes Beispiel gebracht. Was haben Kinderkuren mit Jugendkriminalität zu tun? Wenn Ihnen nicht mehr einfällt, ist das ziemlich erbärmlich.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Beweis der mangelnden Seriosität, Herr Dr. Dressel, ist Ihr Vorwurf über das heutige Fehlen des Justizsenators. Der Justizsenator weilt bei der Justizministerkonferenz. Ich finde es unfair, so etwas zum Thema zu machen. Der Staatsrat weilt auch dort. Das ist mangelnde Seriosität, die Sie beweisen. Ich kann noch weitere Punkte bringen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres Mal möchte ich Sie ansprechen, Herr Dr. Dressel. Sie tönen, der Senat möge aktiv werden. Das tut er. Aber werden Sie einmal aktiv im Bereich der Seriosität auf Bundesebene. Ich nenne hier einmal schlagwortartig ein paar Punkte, bei denen die SPD auf Bundesebene etwas machen kann, es aber verhindert – ihre Bundestagsfraktion, Ihre SPD-Bundesjustizministerin: Einführung Warnschussarrest, Anwendung des allgemeinen Strafrechts auf Heranwachsende, was grundsätzlich angewendet werden sollte – beides verhindert von der SPD-Fraktion. Machen Sie doch dort etwas, anstatt hier groß herumzutönen und Rhetorik zu machen. Machen Sie dort etwas und nicht hier.

(Beifall bei der CDU – Bernd Reinert CDU: Nun ist er auf einmal leise!)

Weder passiert etwas seitens der SPD auf Bundesebene bei der Erweiterung des Strafrahmens für Heranwachsende schwerster Verbrechen, noch liegt ein Gesetzentwurf vor. Sicherungsverwahrung wollen Sie erst ab sieben Jahre Jugendstrafe. Wir wollen das schon ab fünf Jahre Jugendstrafe.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie unseren Antrag dazu gelesen?)

– Haben wir.

So, wie Sie sich äußern, ist es zynisch zulasten der Opfer. Ihnen ist nämlich sehr wohl bekannt: Die CDU hat auf Bundesebene alles getan, die SPD nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es darum geht, in Hamburg tatsächlich Maßnahmen zu ergreifen, erschrecken Sie – beim Strafvollzug, bei der Dezentralisierung der Jugendgerichte. Dann kneien Sie. Da muss ich eins sagen: Mangelnde Seriosität.

Das, was Sie machen, ist reiner Wahlkampf und nichts weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Redezeit der heutigen Aktuellen Stunde erschöpft. Mir ist bereits bekannt, dass das zweite von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf morgen vertagt werden soll. Wie verhält es sich mit dem dritten von der CDU-Fraktion angemeldeten Thema? – Das wird auch auf morgen vertagt. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet und wir werden sie morgen mit dem zweiten Thema fortsetzen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 50, Drs. 18/7244, Antrag der GAL-Fraktion: Qualifiziert und doch chancenlos – Potenziale von Migrantinnen und Migranten besser erkennen, fördern und nutzen.

[Antrag der Fraktion der GAL:
Qualifiziert und doch chancenlos
– Potenziale von Migrantinnen und
Migranten besser erkennen, fördern
und nutzen
– Drs. 18/7244 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Schul- sowie Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Güclü, bitte.

Nebahat Güclü GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben vor wenigen Wochen unseren Antrag zum Thema "Mehr Migrantinnen und Migranten in Bildungsberufen" diskutiert. Es war erfreulich, dass der Handlungsbedarf vom ganzen Haus gesehen wurde, sodass zu unserer großen Überraschung der Antrag dann sofort in der Bürgerschaft angenommen wurde.

Vielleicht werden Sie sich erinnern, dass es seinerzeit mit unserem Antrag in erster Linie darum ging, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Bildungsberufen zu erhöhen. Aber es ging auch um die Anerkennung von Qualifikationen, die in den Herkunfts ländern in diesem Bereich erworben wurden.

Obwohl die Hamburger Medien das Thema anscheinend nicht so interessant fanden, kann ich Ihnen sagen, dass die ausländischen Medien das sehr breit aufgegriffen haben. Bis heute erhalte ich unzählige Anrufe von betroffenen Menschen, die jetzt fragen, was sich geändert hat und was das konkret in ihrem Fall bedeutet. Das betrifft insbesondere Lehrerinnen und Lehrer aus Drittstaaten.

Unser heutiger Antrag zielt in eine ähnliche Richtung. Wir möchten über die Anerkennung von Qualifikationen diskutieren, die in Drittstaaten erworben worden sind, denn wir sind der Meinung, dass es richtig ist, mit dem Bildungsbereich zu beginnen, weil das ein prioritärer Bereich ist. Aber es ist nicht erklärbar, warum wir dann in anderen Bereichen nichts unternehmen. Ich möchte hierfür ein Stück weit ausholen.

Wie Sie wissen, ist mit dem Anwerbestopp zu Beginn der Siebzigerjahre viel verändert worden. Das heißt, wir haben neue Regelungen erhalten, die die Einreise und Zuwanderungen hauptsächlich nur noch auf Familienzusammenführung und Ehegattennachzug beschränkt

A haben. Nach wie vor ist das die größte Gruppe der Neuzwanderinnen und Neuzwanderer und Sie können sich sicherlich vorstellen, dass hiervon ein Großteil erwachsene Menschen sind.

Das sind Menschen, die in ihren Herkunftsländern nicht nur schulische Qualifikationen, sondern auch Berufe erlernt haben, in denen sie vielleicht jahrelang tätig waren. Aber es sind auch Menschen, die in vielen Fällen studiert haben. Beim Grenzübertritt nach Europa sowie speziell nach Deutschland und Hamburg werden ihre Qualifikationen plötzlich für nichtig erklärt. Das heißt, eine Anerkennung findet nicht statt, bestenfalls vielleicht ein Teil ihrer Qualifikation. Dadurch sind die meisten Menschen gezwungen, hier beruflich bei null zu beginnen, also ihre ganze berufliche Biografie wird gänzlich ausgebündet.

Ich finde es interessant, wenn man das dann mit den Verfahren in Bezug auf Qualifikationen aus europäischen Ländern vergleicht. Hier haben wir eine völlig andere Verfahrensweise, nämlich die einer zunehmenden Harmonisierung. Das heißt, die Qualifikationen und Abschlüsse werden gegenseitig anerkannt. Alles andere wird dann im europäischen Qualifikationsrahmen geregelt. Wie bereits erwähnt, ist bei Angehörigen aus Drittstaaten eher die Nichtanerkennung die Regel.

Es gibt noch andere Hürden, die Migrantinnen und Migranten überwinden müssen, wenn sie einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben wollen. Sie haben nach wie vor die Arbeitserlaubnisverordnung, aber auch die Vorrangprüfung, die wiederum deutsche und auch europäische Arbeitssuchende deutlich privilegiert. Ich bin der Meinung,

B dass das Maßnahmen sind, die endlich verändert gehören. Es kann nicht angehen, dass wir uns doppelt und dreifach absichern und hierdurch Migrantinnen und Migranten sozusagen künstlich konstruiert und nicht aufgrund ihrer Qualifikation vom Arbeitsmarkt ausgrenzen. Das ist wirklich Protektionismus und macht auch volkswirtschaftlich keinen Sinn.

(Beifall bei der GAL und bei Aydan Özoguz SPD)

Daher ist es durchaus nachvollziehbar, dass die Betroffenen von einer strukturellen Diskriminierung sprechen und es verständlich ist, wenn die Menschen dann nicht gerade motiviert werden, sich durch solche Regelungen hier gesellschaftlich einzubringen und sich noch stärker für ihre Integration zu engagieren.

Ich möchte Ihnen kurz die Folgen schildern, die die Nichtanerkennung der Qualifikation mit sich bringt. Die meisten landen, weil sie als nicht qualifiziert betrachtet werden, in Bereichen, die keine oder nur eine geringe Befähigung voraussetzen. Das ist der Bereich Putzen, Kellnern oder Taxifahren. Zumeist landen sie aber auch in der Arbeitslosigkeit. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Arbeitslosenquote von Migrantinnen und Migranten in Hamburg bei 24 Prozent liegt. Das ist eine Zahl, die inzwischen nicht mehr nur doppelt, sondern inzwischen fast dreimal so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote ist. Ich bin der Meinung, dass das zu bekämpfen gilt und wir darauf schauen müssen, wo die Hindernisse sind, die wir abbauen können. Bisher wird sehr wenig unternommen.

(Beifall bei der GAL)

Eine weitere Gefahr ist hiermit verbunden, die viele nicht sehen, weil sie vielleicht in diesem Bereich nicht selbst

C betroffen sind. Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Transferleistungen können natürlich auch negative Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus haben. Das heißt, wir haben hier einen Teufelskreis, in dem das eine das andere bedingt.

Vor allem führt die Nichtanerkennung dazu, dass Menschen ganz neu beginnen müssen, was ich vorhin bereits ausgeführt habe. Ich finde, dass das eine unfassbare Vergeudung von Ressourcen und Talenten ist, die wir in unserer Stadt haben. Und das in Zeiten, in denen wir über Fachkräftemangel jammern.

Sie wissen, dass auf Bundesebene die Diskussion wieder erneut entbrannt ist. Es geht darum, welche Instrumente sinnvoll sind, um zukünftig gesteuert Zuwanderungen und insbesondere die Zuwanderung von Fachkräften zu ermöglichen. Ich finde es interessant, dass plötzlich wieder über das Punktesystem nachgedacht wird. Das ist kein neues Instrument. Einige von Ihnen werden sich erinnern, dass es bei den Verhandlungen um das Zuwanderungsgesetz eine grüne Idee gab, über ein Punktesystem Zuwanderung zukünftig zu steuern. Das fiel seinerzeit heraus, weil die CDU/CSU sich massiv dagegen gewehrt hat.

Meine Fraktion hat nichts dagegen, dass wir auch hierüber nachdenken. Aber wir sind der Meinung, dass wir vor Ort schauen müssen, ob nicht Potenziale und Qualifikationen vorhanden sind, die wir nutzen könnten. Daher ist meine Meinung, die derzeit gängige Praxis sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht.

(Beifall bei der GAL)

D Es kann nicht sein, dass gut ausgebildete Akademikerinnen und vor allem Akademiker Taxi fahren müssen, weil ihre Diplome nicht anerkannt werden, ihre Führerscheine aber doch. Es kann nicht sein, dass Ärztinnen und Ärzte aus Russland oder Afghanistan, um nur einige Beispiele zu nennen, trotz langjähriger Berufserfahrung bestenfalls als Pflegekräfte eingestuft werden, meistens jedoch die Krankenhausflure schrubben. Das finde ich zynisch und ist – wie bereits ausgeführt – eine ungeheuerliche Verschwendug.

Qualifiziert und doch chancenlos ist der Titel unseres heutigen Antrags. Ich kann nur feststellen, dass er traurigerweise wirklich die Realität vieler Migrantinnen und Migranten in dieser Stadt beschreibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein weiteres Problem kurz erläutern. Derzeit ist in Hamburg das Verfahren der Anerkennung ebenfalls mit vielen Hürden auferlegt. Für viele Betroffene ist es wirklich eine Odyssee durch den Dschungel von Zuständigkeiten sowie Ansprechpartnern und das oft mit ungewissem Ausgang.

Stellen Sie sich einmal vor: Sie kommen in ein Land, dessen Sprache Sie vielleicht noch nicht beherrschen, aber Sie bringen natürlich Qualifikationen aus Ihrem Herkunftsland mit und müssen sich dann durch diesen Dschungel von Zuständigkeiten und Ansprechpartnern wühlen. Ich weiß von Betroffenen, dass sie wirklich von Pontius zu Pilatus geschickt werden und dass für die meisten dieser ganze Vorgang vor allem sehr nervenaufreibend ist.

Ich möchte Sie ermuntern. Wenn Sie das nächste Mal in ein Taxi steigen oder in einer Bar sitzen und sich einen Caipirinha bestellen, versuchen Sie einmal, mit den Men-

A schen ins Gespräch zu kommen und zu fragen, was sie ursprünglich gelernt haben und warum sie nicht in diesen Berufen in Hamburg tätig sein können. Ich bin mir sicher, dass Sie sich wundern werden, welche Berufe und Talente sie dann geschildert bekommen.

Daher möchten wir mit unserem heutigen Antrag den Senat auffordern, eine zentrale Anlaufstelle für Menschen zu schaffen, die ihre mitgebrachten Qualifikationen, seien es schulische, akademische oder auch berufliche, anerkennen lassen möchten. Vor allem sollte es eine Stelle sein, an die sich die Menschen wenden können, die sie während des ganzen Verfahrens flankierend begleitet und ihnen dann auch die richtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Behörden, Kammern sowie auch in den anderen Institutionen nennen kann und die Kontakte herstellt.

Hierfür geeignet erscheint uns das Hamburg Welcome Center, welches primär die Aufgabe hat, sich um Neuzwanderinnen und Neuzwanderer zu kümmern. Wir sind der Meinung, dass das Welcome Center mit seiner üppigen Ausstattung durchaus die Ressourcen hat. Wir möchten zusätzlich mit unserem Antrag den Senat auffordern, eine mehrsprachige Broschüre zu verfassen, mit der die Menschen einen Leitfaden in die Hand bekommen, an dem sie sich dann auch orientieren können.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich ganz wichtig ist, ist, dass die Menschen nicht gezwungen sind, bei Adam und Eva zu beginnen, sondern wir müssen uns Gedanken machen, welche Instrumente notwendig sind, um die Menschen zügig wieder in den ursprünglich erlernten Berufen einzusetzen, weil ich davon überzeugt bin, dass es nicht nur für die Menschen, sondern auch für uns gut ist. Es ist insgesamt eine Win-win-Situation. Das Problem ist allerdings, dass es zu wenige Anpassungsqualifikationen gibt.

In Hamburg gibt es erste Ansätze im Bereich der ESF-Projekte.

Das größte Problem überhaupt ist, dass man die Menschen, die daran teilnehmen und die es sicherlich benötigen, weil es Bereiche gibt, in denen vielleicht nicht nur sprachliche, sondern auch berufliche Defizite vorhanden sind, bei null beginnen lässt. Man hat dann zu schauen, wie mit geeigneten Maßnahmen möglichst zügig so qualifiziert wird, dass sie dort weitermachen können, wo sie sozusagen aufgehört haben. Das setzt allerdings voraus, dass der Lebensunterhalt gesichert ist, was die größte Hürde in diesem Bereich ist.

Daher fordern wir den Senat auf, ein Stipendienprogramm aufzulegen, das Migrantinnen und Migranten zumindest die Sicherung des Lebensunterhalts ermöglicht, während sie sich in Anpassungsqualifikationen befinden. Weiterhin fordern wir den Senat auf, eine Aufklärungskampagne zu starten, und zwar insbesondere bei den Unternehmerinnen und Unternehmern in der Stadt, weil sie die potenziellen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind. Sie wissen sicherlich, dass Migrantinnen und Migranten sich auch direkt – das heißt, auf normalem Wege mit ihren originalen Abschlüssen – bewerben, aber die wenigsten potenziellen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind in der Lage, diese Abschlüsse dann richtig zu bewerten. Daher sind wir für eine gezielte Aufklärungskampagne. Idealerweise könnte das auch in Kooperation mit den Kammern geschehen, worüber unserer Meinung

nach eine ganze Menge zu verändern geht und sie ganz wichtige Hebel sind. C

Ich hoffe, dass ich Ihnen ein wenig deutlich machen konnte, wie groß der Handlungsbedarf ist, und ich wünsche mir, dass auch Sie mit diesem Antrag konstruktiv umgehen und ihm zustimmen, womit ich eher nicht rechne, Sie ihn aber zumindest an die jeweiligen Ausschüsse überweisen, damit wir ihn fachlich beraten können.
– Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Güclü, den Problemaufriss, den Sie hier zeichnen, geht soweit in Ordnung und ich will ihn im Augenblick plus/minus stehen lassen. Über den einen oder anderen Punkt können wir uns in der Tat im Ausschuss noch einmal genau beschäftigen.

Aber grundsätzlich finde ich schon sehr bemerkenswert, dass die GAL es nicht auf sich sitzen lassen kann, was der CDU-geführte Senat im Bereich der Migrationspolitik derzeit als echtes Feuerwerk von Maßnahmen in dieser Stadt zeigt und abbrennt.

(Antje Möller GAL: So ein Feuerwerk verpufft ganz schnell! – Heiterkeit bei der GAL)

Ich weiß doch genau, an welchen Terminen ich zurzeit gerade teilnehme, was alles unternommen wird und wer sich dort alles beteiligt. Ich will auch gar nicht bestreiten, dass das natürlich Ihr Leib- und Magenthema ist. Aber wir haben hier einige Maßstäbe gesetzt, und zwar über Hamburg hinaus. D

Daher werden wir Ihnen nicht vorwerfen, dass Sie das anerkennen und immer wieder entlang unseres Handlungskonzepts, dem wir im Grunde genommen alle zugestimmt haben, fortwährend Anträge stellen, die die Themen, die wir dort identifiziert haben, noch einmal neu beleuchten, denn schließlich wollen Sie Ihrer Klientel zeigen, dass auch Sie etwas unternehmen.

Zum Glück wollen wir alle, dass Talente, die bei uns in Deutschland und in Hamburg leben, auch eine Chance erhalten. Es ist leider die Wahrheit, dass im wohl organisierten Deutschland oft die förmlich bestätigten Fähigkeiten wichtiger sind als die tatsächlichen. Aber das ist nicht nur eine Frage für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern trifft auch auf den einen oder anderen sogenannten einheimischen Deutschen zu.

Gestern hörte ich beispielsweise von einer Plakatkampagne von Migrantinnen – ich habe sie leider noch nicht gesehen –, die unter anderem eine Frau mit Doktorhut und Putzkittel zeigt. Sie haben soeben ein ähnliches Beispiel genannt. Dieses Bild ist leider gut gewählt und zeigt das Problem drastisch auf. Menschen mit guter Bildung müssen aufgrund fehlender formaler Anerkennung Arbeiten annehmen, die ihnen intellektuell nicht entsprechen,

(Nebahat Güclü GAL: Ja, richtig!)

weil sie bisher diese Anerkennung über ihre formalen Abschlüsse nicht erhalten haben. Natürlich ist das nicht integrationsfördernd.

A Wie man unserem Handlungskonzept entnehmen kann, hat der Senat – Sie werden es selbst gelesen haben beziehungsweise auch sehen – federführend die Wissenschafts- und Forschungsbehörde aufgefordert, gemeinsam mit den anderen Fachbehörden zu prüfen, welche Maßnahmen zur Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse von Zuwanderern ergriffen werden können. Soweit ich erfahren habe, soll das bereits in den nächsten Tagen besprochen werden. Aber auch über Hamburg hinaus ist der Senat für dieses Thema tätig.

Auf Initiative Hamburgs hat der Schulausschuss der Kultusministerkonferenz den Auftrag erhalten, eine Vereinfachung der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen zu prüfen, deren Behandlung im Februar des nächsten Jahres vorgesehen ist.

Zu den aufgeführten Punkten der GAL möchte ich im Einzelnen wie folgt Stellung nehmen:

Zum einen möchten Sie eine Bündelung. Das kann sicherlich vorteilhaft sein, denn zurzeit werden diese Informationen in der Tat an verschiedenen Stellen bereitgehalten. Ob es nun das Hamburg Welcome Center oder es sinnvollerweise eine andere Stelle in der Stadt wird, würden wir gern mit Ihnen in den Ausschüssen beraten. Eine Broschüre kann hilfreich sein, aber die Frage ist, ob sie auch immer aktuell ist. Sie wissen vielleicht, dass die Kultusministerkonferenz eine Homepage eingerichtet hat, auf der es Bewertungen der Ausbildungsabschlüsse aus dem Ausland gibt. Aber hierüber kann man sicherlich noch weitere Gespräche führen und möglicherweise Broschüren in anderen Sprachen in Hamburg erstellen.

B Im dritten Spiegelstrich fordern Sie den Senat auf, ein Stipendienprogramm aufzulegen. Ich glaube, die Frage ist Stipendienprogramm oder Steuergelder. Wir sollten zunächst einmal abwarten, welche Ergebnisse sich in Hamburg aus Nachqualifizierung und eventueller Teilanerkennung von Abschlüssen ergeben. Die Stadt hat sich selbst dazu verpflichtet, dieses zu tun. Denn – das haben Sie auch erwähnt –, wir haben heutzutage ein Defizit an qualifizierten Arbeitskräften und können es uns volkswirtschaftlich gesehen gar nicht mehr leisten, dass wir die Qualifikation zugewanderter Menschen nicht anerkennen. Es ist nicht auszuschließen, dass Hamburg eine Teilanerkennung und gezielte Nachqualifizierungen beschließen wird. Erst dann kann man schauen, ob der Staat tatsächlich mit Geld nachhelfen muss oder ob man nicht Stiftungen privater Natur gewinnen kann, die sich dieser Aufgabe annehmen.

(Aydan Özoguz SPD: Das sind dann auch Stipendien!)

Es gibt eine ganze Menge Stiftungen, die gerade im Bereich der Migration tätig sind. Es gibt sicherlich auch den einen oder anderen erfolgreichen Unternehmer mit Migrationshintergrund, der vielleicht eine Aufgabe sucht, wie er dem einen oder anderen Menschen helfen kann.

Zum Schluss komme ich zur Aufklärungskampagne. Letztendlich ist die Aufklärung Sache der Verbände. Ich bin der Meinung, dass wir das noch einmal im Ausschuss besprechen sollten, ob es die Aufgabe der Freien und Hansestadt ist, die Aufklärungskampagne zu starten. Wir als Stadt können auf jeden Fall initiativ werden und mit den Kammern sprechen, aber ich bin mir sicher, dass viele bereits auf diesem Gebiet tätig sind.

Ich glaube, eine Sache ist ganz wichtig. Die Unternehmen müssen wissen, wo sie mit ihren Fragen hingehen und entsprechend Antworten erhalten können, wenn sie bei der Einstellung von Personen mit fehlenden Qualifikationen unsicher sind.

Die Debatte zeigt, dass es noch einigen Beratungsbedarf gibt. Es ist zwar nicht der Fall, dass wir das Thema nicht bereits erkannt haben, aber wir können natürlich nicht akzeptieren, dass Sie Ihren Wählern suggerieren, die CDU sei in diesen Fragen beratungsresistent. Daher werden wir natürlich den Antrag an die Ausschüsse überweisen und dort noch einmal klar zum Ausdruck bringen, dass die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen aus Familien mit Zuwanderungshintergrund in der CDU genauso in guten Händen sind, wie alle anderen Menschen in Hamburg auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özoguz.

Aydan Özoguz SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Machaczek, habe ich Sie jetzt richtig verstanden? Inhaltlich verstehen Sie den Antrag eigentlich nicht und wollen ihn so auch nicht ausführen. Da aber nun gerade einmal Wahlkampf ist, können Sie sich nicht verweigern. Das kann wirklich nicht die einzige Antwort auf einen solchen Antrag sein. Das finde ich ein bisschen schwach.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Dann haben Sie das falsch verstanden! – Beifall bei Nebahat Güclü GAL und Silke Vogt-Deppe SPD)

Frau Möller hat soeben sehr schön ausgeführt, dass Feuerwerke in der Regel schnell verpuffen.

(Beifall bei Manuel Sarrazin GAL und Silke Vogt-Deppe SPD)

Ich möchte hinzufügen, dass sie auch eher Asche als Modernisierung und Fortschritt hinterlassen. Daher ist meine Meinung, dass wir uns diesem Thema in den verschiedenen Ausschüssen doch noch einmal anders nähern sollten.

Jetzt noch einmal zu Ihnen, Frau Machaczek. Im Handlungskonzept wurde gerade diese Situation von Flüchtlingen und Asylsuchenden bewusst nicht mit aufgenommen, in die Akademikerinnen oder Akademiker aber häufig kommen und genau vor diesem Problem stehen.

Es macht also Sinn, das Ganze in den Ausschüssen zu beraten. Ich denke, Frau Güclü hat einen sehr schönen Einblick gegeben, wie viele unterschiedliche Regelungen und Anlaufstellen es für die Anerkennung von Abschlüssen und Ausbildungen gibt. Ich stimme ihr hierbei ausdrücklich zu. Es ist im Übrigen nicht nur für Zuwanderer eine wahre Zumutung, sich durch alle diese Verordnungen zu arbeiten. Diejenigen, die es dann doch geschafft haben, berichten uns genau das, nämlich, dass immer wieder dieses Signal ausgesendet wird, egal wie gut jemand qualifiziert ist, dass man sie einfach nicht will. Das müssen wir dringend ändern, und zwar geht das nur gemeinsam.

Ein erster, wenn auch – wie in den vorherigen Debatten bereits betont – sehr kleiner Schritt war diese Einrichtung des Hamburg Welcome Centers. Frau Machaczek, liebe

C

D

A CDU-Fraktion, Sie werden sich erinnern, der Senat hat verkündet und dann viele Jahre gebraucht, bis er nun tatsächlich das Welcome Center dort errichtet beziehungsweise eingerichtet hat.

(*Petra Brinkmann SPD: So ist es!*)

Ich halte die Forderung, in diesem Welcome Center eine solche Arbeit durchzuführen, das heißt, dort die Möglichkeiten für eine gebündelte und sinnvolle Beratung zu nutzen, für sehr angebracht.

Die Idee, ein Stipendienprogramm einzurichten, ist in meinen Augen auch überlegenswert. Aber hierzu würde ich noch Folgendes anmerken wollen. Es gibt in Hamburg viele junge Menschen, die hier studieren wollen und inzwischen mit Studiengebühren belastet werden. Wir dürfen diese Debatte nicht getrennt voneinander führen, denn auch diese Jugendlichen wollen hier ihre Abschlüsse fertigen und daher darf es dort nicht zu irgendwelchen Ungerechtigkeiten kommen. Von daher ist es wirklich vorteilhaft, wenn verschiedene Ausschüsse sich hiermit befassen.

Es ist nicht notwendig, die gesamte Komplexität des Themas noch einmal darzustellen. Der Senat hat das im Übrigen auf die Kleine Anfrage meiner Fraktionskollegin Britta Ernst im Oktober 2006 bereits sehr detailliert aufgezeigt. Hieraus möchte ich zwei Punkte kurz zitieren. Erstens:

"Alle Bundesländer bewerten ausländische Abschlüsse nach einheitlichen Kriterien. [...] Die Hamburger Bewertungen haben bundesweit Gültigkeit."

B Weiter heißt es, ich zitiere:

"Die EU-Zugehörigkeit spielt für das Anerkennungsverfahren keine Rolle, wohl aber die 'Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse' des Europarats vom 10.12.1953, der zahlreiche Länder aus dem europäischen Raum beigetreten sind."

Das wollte ich noch einmal verdeutlichen.

Nun ist aber seit dieser Zeit einiges passiert und hieran möchte ich Sie, Frau Machaczek, erinnern, denn Sie haben soeben ein Beispiel genannt. Unter Bundeskanzler Schröder hat sich die Bundesregierung 1998 mit den Ministern Frankreichs, Großbritanniens und Italiens im Sorbonne-Vertrag verpflichtet, sich für einen gemeinsamen Rahmen in Bezug auf die Hochschulausbildung und die Anerkennung akademischer Abschlüsse im Ausland einzusetzen. Dieser Vertrag war, wie die Bildungspolitiker unter Ihnen sicherlich wissen, der Vorgänger für die in Bologna von 29 europäischen Bildungsministern verabschiedete gemeinsame Erklärung unter dem Titel "Der Europäische Hochschulraum". Das Ziel ist, bis zum Jahre 2010 einen solchen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen.

Nun geht es uns heute nicht nur um die Anerkennung von europäischen Bildungsabschlüssen in Europa. Ich möchte daran erinnern, dass es inzwischen 46 Staaten gibt, die diese Unterzeichnung vorgenommen haben und darunter sind auch Länder wie die Türkei, Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, et cetera. Das ist schon eine Chance und wir alle wissen, dass Studierende und Forscher mobiler, flexibler und internationaler als je zuvor geworden sind.

C Die Internationalisierung und die Anerkennung von Vielfalt und von interkulturellen Fähigkeiten – für uns immer noch ein schwieriger Begriff – sind wichtige Formschrittmacher für die Entwicklung und Modernisierung, nicht nur unseres Landes, sondern auch unserer Stadt Hamburg, die wir so gern das Tor zur Welt nennen.

(*Olaf Ohlsen CDU: Sehr schön!*)

Die Länder sind für diese hochschulpolitische Umsetzung in der Pflicht.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel nennen, wie gering die Anerkennung in Hamburg ist. So wurden beispielsweise von 48 Anträgen im Erziehungs- und Bildungsbereich aus EU-Ländern nur neun positiv beschieden. Insgesamt gab es sogar 168 Anträge auf Anerkennung im Erziehungs- und Bildungsbereich, davon waren 120 Anträge aus Nicht-EU-Ländern.

Die Behörde sagt hierzu, dass Anträgen zur Anerkennung aus dem Erziehungs- und Bildungsbereich in der Regel nicht vollständig entsprochen werden kann. Wie ist dann die Situation für diejenigen – wie bereits Frau Gülü erwähnte –, nämlich die Asylsuchenden und Geduldeten in Hamburg. Diese Gruppe darf oder durfte nach unseren Gesetzen vor allem ihr Wissen hier niemals einbringen. Wir haben für diese Menschen jetzt eine Bleiberechtsregelung. Sie sollen bis 2009 eine Arbeit finden und uns erklären, dass sie etwas verdienen, damit sie hier bleiben dürfen, aber gleichzeitig haben wir ihnen nie erlaubt, ihr Wissen und ihre Abschlüsse in irgendeiner Form bei uns bis heute zu nutzen.

D Es sind nicht wenige Eltern, die einfache Tätigkeiten ausüben müssen. Das möchte ich jetzt gar nicht weiter ausführen, denn das hat Frau Gülü bereits hinreichend getan. Aber wir sind diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass die Situation für diese Familien so ist und wir wissen natürlich auch, dass sie diese einfachen Tätigkeiten sehr schnell wieder verlieren können.

Wir als SPD-Fraktion unterstützen daher diesen Antrag. Wir sehen hierin die Chance, eine entsprechende Vorsorge zu treffen, denn Menschen mit akademischer Vorbildung sollten unbedingt an geeigneter Stelle über ihre Möglichkeiten besser informiert werden. Das Welcome Center ist hierfür die geeignete Stelle. Lassen Sie uns gemeinsam in beiden Ausschüssen, im Bildungs- und Wissenschaftsausschuss, genau über diese Bereiche beraten, um dann zu einem guten Ergebnis zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drs. 18/7244 federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Schulausschuss sowie den Wirtschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehr ist angenommen.

Wir kommen zum Punkt 9 der heutigen Tagesordnung, Drs. 18/6970, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Schuldenberatung in Hamburg.

A [Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Schuldnerberatung in Hamburg
– Drs. 18/6970 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort?
– Herr von Frankenberg, bitte.

Bevor Herr von Frankenberg mit seiner Rede beginnt, möchte ich diejenigen, die jetzt entscheiden müssen, ob sie diesen Saal verlassen oder hierbleiben möchten, bitten, das zügig zu tun, damit die anderen Herrn von Frankenberg zuhören können.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Schuldner- und Insolvenzberatung in Hamburg, insbesondere die Übertragung dieses wichtigen sozialpolitischen Themas von den Bezirken auf private Träger, wie zum Beispiel das Rote Kreuz, die Hamburg Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft und auch andere, waren in den letzten Jahren immer wieder Thema von politischen Diskussionen.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Die Opposition hat das, wenn man es wohlwollend sagen will, kritisch begleitet. Man könnte aber auch sagen, dass manches mit falschen Vorwürfen geschmückt war. Es war die Rede von Skandalen, zu langen Wartezeiten

(*Petra Brinkmann SPD*: Stimmt doch auch!)

bis hin zu der Behauptung, dass die Zuwendungen gekürzt werden.

B Heute ist nun der Zeitpunkt gekommen, um eine Zwischenbilanz zu ziehen. Wir können feststellen, dass für die Schuldner- und Insolvenzberatung nicht nur mehr Geld als vorher ausgegeben wird, sondern dass die Beratung in unseren Augen auch schneller und besser geworden ist.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD*: Wer Hilfe braucht, wird sie auch erhalten! – *Petra Brinkmann SPD*: Sie werden sich noch wundern, Herr von Frankenberg!)

Wer Hilfe braucht, dem wird schneller und effizienter geholfen als es früher der Fall war. Ich will damit auch nicht Kritik üben, dass bei Ihnen alles schlecht war, sondern es ist eine Fortentwicklung und Verbesserung der Lage. Das muss man einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ist es aber nicht!)

Sie können in der Antwort unserer Großen Anfrage auch nachlesen, wie sich das im Einzelnen darstellt. Bei einem etwa gleichbleibenden Zugang an neuen Fällen konnte die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Verbraucherinsolvenzverfahren von 530 auf 2.234 im Zeitraum von 2001 bis 2006 gesteigert werden. Das sind 2.234 Haushalte, oft Familien mit Kindern, denen geholfen werden konnte und die auch eine neue Perspektive hatten. Das ist uns auch ganz wichtig, den Menschen, die in Not geraten sind, eine neue Perspektive zu geben.

Gleichzeitig sank die Zahl der Verfahrensabbrüche – auch das ist durchaus zu erwähnen – von 640 auf 122. Das sind rund 500 enttäuschte Hoffnungen weniger. Das spricht auch für effizientes und zielorientiertes Arbeiten in diesem Bereich.

Auch der Vorwurf, die Wartezeiten seien länger, ist nicht richtig. Es ist eine positive Entwicklung von 7,1 Monaten in 2001 auf nun sechs Monate, Stand 30. Juni. Ich will aber einräumen, dass das noch nicht das Ziel ist, an dem wir gerne angelangt sein möchten, sondern wir sehen da durchaus die Notwendigkeit, kürzere Wartezeiten anzustreben. Wir hoffen, wenn sich die Entwicklung weiterhin so positiv zeigt – es sind ja auch ältere Fälle, die abgearbeitet werden müssen –, dass wir dann auch zu kürzeren Wartezeiten kommen. Das ist auf jeden Fall, das möchte ich betonen, ganz wichtig.

Weiterhin ist sehr positiv zu bewerten, dass die Zahl der Kurz- und Notfallberatung von 141 auf über 5.000 Fälle im Zeitraum von 2001 bis 2006 gestiegen ist. Daher ist der Vorwurf, überschuldete Menschen fänden keine Hilfe mehr, so nicht richtig. Auf der anderen Seite konnten die Ausgaben pro Fall gesenkt werden. Wir hatten für abgeschlossene Fälle 5.219 Euro in 2001 und sind nun bei einer Summe von etwas über 1.500 Euro.

(*Uwe Grund SPD*: Das ist richtiger Unsinn, was Sie reden!)

– Das können Sie dann in Ihrem Redebeitrag aus Ihrer Sicht schildern.

(*Petra Brinkmann SPD*: Das wird er Ihnen auch sagen!)

– Das glaube ich. Der gute Mann ist ja auch immer gut vorbereitet.

Aufgrund der steigenden Zahl der abgeschlossenen Verfahren ist es letztendlich so, dass die Gesamtausgaben in dem Bereich gestiegen sind. Der Vorwurf, es wurde dort gekürzt, ist nicht richtig und ich glaube, dass dies ein wichtiger Bereich ist, wo Geld eingesetzt wird, weil wir den Menschen wieder eine Chance geben.

Warum ist es so? Wir haben bei der Beratung im Verbraucherinsolvenzverfahren das Leistungsprinzip eingeführt. Insofern gibt es jetzt erfolgsabhängige Vergütungspauschalen.

(*Petra Brinkmann SPD*: Denkste!)

Meine Damen und Herren! Das ist ein echter Gewinn für alle Beteiligten. Den überschuldeten Haushalten steht ein sehr gutes Beratungsangebot zur Verfügung. Die Beispiele zeigen eindeutig, dass es sich lohnt, vom Staat übernommene Aufgaben abzugeben und an Private oder Dritte zu geben, die das dann auch besser durchführen können. Das ist solch ein Fall, bei dem dies durchaus gelungen ist. Das ist moderne Sozialpolitik,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sozialpolitik?)

die auch bei Menschen ankommt, die Hilfe brauchen, und es ist nicht nur Gerede, bei dem letztendlich nichts passiert. Sie hatten von Ihrer Seite angeregt, dass wir das noch einmal im Sozialausschuss beraten können. Die Anregung wollen wir gerne aufnehmen. So haben wir, was die Klärung von Detailfragen angeht, dann die Möglichkeit, dort noch einmal vertieft ins Gespräch zu kommen. Wir würden einer Überweisung an den Sozialausschuss positiv gegenüberstehen.

Ich kann auf jeden Fall feststellen, dass die Schuldnerberatung beim Senat in guten Händen ist. Der Senat konnte auch umfangreiche Erfahrungen sammeln, denn er selber hat im Jahr 2001 einen völlig überschuldeten Haushalt übernommen und ist nun erfreulicherweise bei Null. Die

C

D

A erste Million wird zurückgezahlt. Das ist vernünftige Haushaltspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

(*Petra Brinkmann SPD:* Nun kläre das mal ein bisschen, Uwe!)

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte die Frage an Sie stellen, ob Sie wissen, was eine JPA ist? Vermutlich nicht.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Wir sind doch hier nicht beim Ratequiz!)

Auch ich habe es gerade erst erfahren. Es gibt eine KSA – das kenne ich –, das ist eine Kleine Schriftliche Anfrage von Abgeordneten. Es gibt auch eine GA, eine Große Anfrage der Fraktion. Und eine JPA, meine Damen und Herren, ist eine "Jubel-Perser-Anfrage" der CDU.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU:* Gut, dass Sie das wissen, Herr Grund!)

Ein besonderes Prachtexemplar dieser Spezies haben wir heute auf dem Tisch liegen und sollen darüber beraten. Ich habe mir den Spaß gemacht und würde gerne zwei Fragen aus dieser Anfrage zitieren. Die erste Frage war:

B "Wie hat sich die Qualität der Beratungsleistungen beim außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzverfahren bis heute entwickelt?"

Die Antwort des Senats:

"Die Qualität hat sich deutlich gesteigert."

(*Olaf Ohlsen CDU:* Natürlich! – *Rolf Harlinghausen CDU:* Wollten Sie das nicht?)

Noch ein Beispiel:

"Wie hat sich die Effizienz der Beratungsleistungen der Schuldner- und Insolvenzverfahren verändert?"

Antwort des Senats:

"Die Beratungsleistungen sind deutlich effizienter geworden."

(Beifall bei der CDU)

Ist sie nicht niedlich, unsere CDU?

Was hat das, meine Damen und Herren, mit den etwa 80.000 Haushalten in Hamburg zu tun, die überschuldet sind? Weil diese Haushalte nicht nur aus einer, sondern aus mehreren Personen bestehen, sind das vermutlich deutlich über 100.000 Menschen. Ich will auf diese Situation noch eingehen. Bevor ich das aber tue, sage ich Ihnen lieber, weil ich schon ahne, was gleich passieren wird: Ich stelle fest, dass in den Beratungseinrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort gute und immer bessere Arbeit geleistet wird. Das muss man anerkennen. Ich finde, die Anerkennung haben die Menschen dort auch verdient.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Verena Lappe GAL – Olaf Ohlsen CDU:* Das wissen wir doch, Herr Grund!) C

Ich habe über die 80.000 Menschen gesprochen und wenn wir jetzt, Herr von Frankenberg, tatsächlich 2.500 Neuzugänge im Jahr bearbeiten können – zu dem Thema komme ich abschließend gleich noch –, dann bedeutet das vermutlich, dass wir mit diesen 2.500 Menschen – das sind nicht einmal 3 Prozent aller überschuldeten Haushalte – vermutlich nicht einmal die Zuwachsrate der neu hinzukommenden verschuldeten Haushalte bedienen können, weil das keine statische Größe, sondern eine Größe ist, die sich verändert. Das heißt, dass das Überschuldungsproblem in Hamburg zunimmt und nicht abnimmt. Ich finde, damit muss man sich wirklich seriös und hart auseinandersetzen. Wir wissen, dass viele Tausend Hamburgerinnen und Hamburger alltäglich im Zusammenhang mit Verschuldungsproblemen in ihrer Existenz regelrecht bedroht sind. Sie werden das vielleicht als Übertreibung sehen, aber es gibt Haftandrohungen. Ich habe vor wenigen Tagen mit einer Frau gesprochen, die, weil sie nicht bereit war, einen Offenbarungseid zu leisten, ins Gefängnis eingezogen ist. Und sie ist nicht alleine. Das gibt es öfter in Hamburg. Wenn Überschuldeten – aus unterschiedlichen Gründen – nicht bereit sind, solche Offenbarungseide zu leisten, dann wird nicht nur Zwangshaft angedroht, sondern sie wird umgesetzt.

(*Petra Brinkmann SPD:* Bescheuert, kann man nur sagen!) D

In dem konkreten Fall ging es um eine Schuld in Höhe von 812 Euro, die die Frau gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg hatte. Das ist die Realität, auch in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren! Ich finde es gut und richtig und begrüße es sehr, dass der Senat nun an der Erhebung teilnimmt, die bundesweit angesteuert worden ist, und Daten darüber sammelt, wie es zu Verschuldungsproblemen kommt und welche Probleme die Menschen haben und wie man an sie herankommt.

Ein paar Fakten, die wichtig sind: Über 50 Prozent der überschuldeten Menschen sind arbeitslos. 36 Prozent aller Haushalte, die davon betroffen sind, haben Kinder. Also sind erneut Kinder von diesem Problem zumindest erheblich mitbetroffen. Man muss wissen, dass insbesondere alleinerziehende Mütter, also Frauen, von diesem Problem überproportional betroffen sind. Jeder siebte Fall in der Erhebung, die bundesweit gemacht worden ist, betraf eine alleinerziehende Mutter. Ein Problem, bei dem ich finde, dass der Staat und wir eine besondere Verantwortung haben.

57 Prozent der Menschen, die Überschuldungsprobleme haben, verdienen netto unter 900 Euro im Monat. Ein weiteres Viertel verdient nur zwischen 900 und 1.300 Euro netto. Man kann also erkennen, woher diese Probleme kommen. Die kommen nicht dadurch, dass die Menschen, wie man so schön sagt, über ihre Verhältnisse leben, sondern viele leben am Existenzminimum. An diesem Punkt werden sie dann natürlich täglich überhäuft – Sie kennen das –: easyCredit und keine Probleme mehr. Dann aber haben Sie die Schwierigkeiten und das fängt schon bei den jungen Menschen an. Ich frage mich, warum die CDU – und die Frage halte ich für wichtig – es nicht für nötig gehalten hat, wenigstens einmal nach den jungen Menschen zu fragen. Seit 20 Monaten sind wir

A hinter diesem Senat her und befragen ihn, wie die Verschuldungslage der jungen Menschen in Hamburg ist. Wir wissen von Bundeserhebungen, dass etwa 12 Prozent der jungen Menschen erhebliche Schulden haben. Das Thema Handyfalle ist da ein besonderes Thema. Wir fragen den Senat und der Senat erklärt regelmäßig, dass er sich damit nicht befasst hat. Er tut aber auch nichts zu dem Thema. Das halten wir für schwierig. Jetzt wissen wir – und das ist eine Bitte an die Senatorin und an die Regierungsmehrheit in diesem Hause –, dass es in Nordrhein-Westfalen – und der Ministerpräsident steht Ihnen ja politisch nahe – Projekte an 16 Ganztagsgrundschulen gibt, in denen mit einem ausgefeilten pädagogischen Konzept das Thema Umgang mit Geld und Verhinderung von Schulden und Sparen überprüft wird. Vielleicht können wir aus solchen Konzepten anderer lernen und ich bitte Sie dringend, das doch einmal zu prüfen. Es lohnt sich, für die jungen Menschen in dieser Stadt, solche Anstrengungen zu machen.

Meine Damen und Herren! Es wird in dieser Großen Anfrage von Ihnen gesagt, dass die Insolvenzverfahren in den Beratungseinrichtungen abgeschlossen seien. Herr von Frankenberg, das ist eine falsche Information. Ich bedauere, dass der Senat das nicht korrigiert hat. Die Insolvenzverfahren sind keineswegs abgeschlossen, sondern es findet in den Einrichtungen Beratung statt und im Einzelfall werden Bescheinigungen ausgehändigt. In den Bescheinigungen steht, dass der Versuch gemacht wurde, mit den Verschuldeten und ihren Gläubigern zu einer Lösung zu kommen.

(*Petra Brinkmann SPD: So ist es!*)

B In aller Regel, nämlich in über 90 Prozent der Fälle, kommen die Einigungen nicht zustande, aber für das Verfahren muss nachgewiesen werden, dass der Versuch stattgefunden hat. Darum bemühen sich die Schuldnerberatungseinrichtungen. Dann endet aber die Tätigkeit der Beratungseinrichtungen und die meisten wissen überhaupt nicht, was die Betroffenen anschließend mit diesen Bescheinigungen und der Beratung machen. Es gibt nämlich keine Informationen darüber, was denn bei den Gerichten mit welchen Ergebnissen landet. Oder noch besser, noch schwieriger: Was passiert denn während der Wohlverhaltensphase? Nachdem die Insolvenzvorgänge wirklich abgeschlossen sind, gibt es einen Zeitraum, in dem die Überschuldeten Wohlverhalten nachweisen müssen, damit sie eine Restschuldbefreiung bekommen. Darüber gibt es keine Erkenntnisse. Das ist schlecht, wie ich finde, denn wenn wir über Qualität reden, dann muss es doch darum gehen, dass wir nicht nur Beratung durchführen, sondern am Ende soll das Ganze doch zu einem Ergebnis für die Beteiligten führen. Den Menschen soll ja am Ende wirklich geholfen werden, indem sie ein neues Leben beginnen können, ohne Schulden. Da muss nachgearbeitet werden. Wir brauchen Qualitätskriterien im Rahmen der Schuldnerberatung und wir brauchen vor allem Untersuchungen darüber, was aus den Betroffenen wird.

Meine Damen und Herren! Es gibt ein akutes Problem und damit will ich dann auch meinen Vortrag beenden, der aber wichtig ist. Gerade haben wir erfahren, dass das Ausschreibungsverfahren des Senats im Zusammenhang mit dem Beratungsangebot der Schuldnerberatung vor Gerichten beklagt wird. Bereits vor der Vergabekammer ist der Senat unterlegen, als es um die Frage Überprüfung des Ausschreibungsverfahrens ging. Jetzt haben wir

keine Entscheidung, sondern ein laufendes Verfahren vom Oberlandesgericht in Hamburg und dort sieht es so aus, meine Damen und Herren, Frau Senatorin, dass das Oberlandesgericht in der Verhandlung – so sind wir jedenfalls informiert – durchblicken ließ, dass das gegenwärtige Ausschreibungsverfahren nicht rechtmäßig ist. Das ist schwierig, weil am Jahresende die Verträge zwischen den Beratungseinrichtungen und dem Senat enden werden. Es gibt eine Verlängerungsoption, die wird aber wahrscheinlich nicht gezogen werden können, weil das Gericht davorsteht. Ich stelle deshalb die Frage an Sie, Frau Senatorin, und an die CDU natürlich im Besonderen auch: Was geschieht, um zu verhindern, dass am 5. Januar die Beratungseinrichtungen vor dem Aus stehen oder womöglich die betroffenen Hamburgerinnen und Hamburger, die die Unterstützung brauchen, diese gar nicht mehr bekommen. Hier muss schließlich eine Lösung her. Frau Senatorin, einigen Sie sich mit den Klägern in dieser Frage, sorgen Sie für reguläre Verhältnisse, damit wir auch weiter sagen können: Hamburg investiert in Schuldnerberatung und will mehr tun. Das wäre wirklich nötig. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL:* Vielen Dank, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich sagen, dass ich es sehr begrüße, dass die CDU-Fraktion diese Große Anfrage an den Sozialausschuss überweisen möchte, sodass wir dort Gelegenheit haben werden, einige Detailfragen und insbesondere den wichtigen Punkt, den Herr Grund am Ende genannt hat, noch genauer zu verfolgen, bevor das Jahr abgeschlossen ist, weil ich denke, dass wir uns das keinesfalls leisten können, dass es eine Diskontinuität bei der Schuldnerberatung in Hamburg gibt. Da müssen wir dringend ran, das müssen wir klären und ich hoffe, dass die Senatorin für die Verhandlungen und Gespräche im Sozialausschuss eine entsprechende Lösungsmöglichkeit aufzeigen kann.

Herr von Frankenberg, Sie haben gesagt, das sei moderne Sozialpolitik. Das kann man nicht so stehen lassen, weil moderne Sozialpolitik natürlich bedeuten würde, dass Sie auch Dinge tun, die verhindern, dass die Menschen in die Schuldensituation kommen und nicht das passiert, was jetzt in Hamburg passiert, nämlich ständig steigende Zahlen, und diese steigenden Zahlen sind kein Anlass sich zu rühmen, die Schuldnerberatung verbessert zu haben. Vielmehr sind sie Anzeichen dafür, dass grundsätzlich etwas falsch läuft in unserer Stadt, dass wir offensichtlich den Reichtum, den Hamburg erwirtschaftet und erarbeitet, nicht gleichmäßig verteilen, sondern immer mehr Menschen in finanziell schwierige Situationen bringen, sodass Sie dieses Verfahren anstrengen müssen. Das ist das wahre Problem Hamburgs und ist aus meiner Sicht auch der wahre Skandal bei diesem Thema.

Jetzt zu ein paar aus meiner Sicht erstaunlichen Redewendungen, die Sie in der Großen Anfrage verwenden. Das war zum einen das, was Herr Grund ansprach. Erfolgreich abgeschlossene Insolvenzverfahren sind natürlich keine abgeschlossenen Insolvenzverfahren, sondern bestenfalls abgeschlossene Insolvenzberatungsgespräche und weiter nichts. Dann sprechen Sie von außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzverfahren.

C

D

- A Auch das ist ein Begriff, den es eigentlich gar nicht gibt, weil diese Insolvenzverfahren immer gerichtliche sind. Es gibt im höchsten Fall außergerichtliche Vergleiche. Aber auch da hat es der Senat versäumt, das in der Beantwortung dieser Fragen richtigzustellen.

Auch in anderen Punkten gibt es Anlass in der Sozialausschusssitzung nachzufragen, weil einige Angaben von Zahlen auf Differenzen schließen, die nicht erklärt sind, zum Beispiel bei den Zahlen für das erste Halbjahr 2007. Da sprechen Sie von 1.545 bearbeiteten Fällen. Eine Einigung wurde in 65 Fällen erzielt und in 1.012 Fällen wurde eine Bescheinigung nach Paragraf 305 der Insolvenzordnung ausgegeben. Sie sprechen davon, dass es nur 37 Verfahrensabbrüche gegeben hat, aber es bleiben über 400 Fälle offen. Wo sind die abgeblieben? Was ist mit denen gemacht worden? Das sind oft Antworten, die noch mehr Fragen hervorrufen und man sich fragen muss, wie tatsächlich mit den Fällen umgegangen wird. Ich hoffe, dass wir darauf Antworten im Sozialausschuss bekommen werden.

Dann der Punkt Wartezeiten, dessen Sie sich so rühmen, dass die verkürzt sind. In Wahrheit ist es so, dass die Wartezeiten im Jahr 2005 viel kürzer waren und dass sie wieder ansteigen. Das ist das aus meiner Sicht Besorgnis erregende und wir müssen uns fragen, woran das liegt. Aus meiner Sicht ist das klar. Sie schaffen es in Hamburg nicht, die soziale Spaltung abzubauen, sondern nur noch mehr zu verschärfen.

- B Auch die Notfallberatung verfestigt sich auf einem konstant hohen Niveau, über 5.000 Fälle jährlich. Das scheint sich auch nicht abzubauen, das ist einfach so. Aber auch da wollen Sie die Qualität der Beratung verbessern. Es bleibt völlig offen, was eigentlich mit den Menschen passiert. Das hatte auch Herr Grund für die eigentliche Insolvenzberatung gesagt, dass man gar nicht weiß, was mit denjenigen passiert, die überwiegend diese Bescheinigung erhalten. Was machen sie damit und was passiert dann konkret damit? Über die tatsächliche Qualität und die Folgen der Beratung, die da gemacht wird, wissen wir viel zu wenig.

Über das Problem der Verträge und der drohenden Diskontinuität der Beratung haben wir schon gesprochen. Aber aus meiner Sicht ist vor allem die besorgniserregende Erhöhung um 322 Prozent der Insolvenzberatungen der Kernpunkt dieser Großen Anfrage. Wir müssen uns vielmehr Gedanken darüber machen, wie wir der Trennung zwischen Arm und Reich in Hamburg begegnen können. Wie heute wieder in der Zeitung zu lesen war, haben wir es im Bildungsbereich nach wie vor mit 12 Prozent Schülerinnen und Schülern zu tun, die keinen Bildungsabschluss schaffen. Wie wir mit einer Großen Anfrage herausbekommen haben, mangelt es an Ausbildungsplätzen für Jugendliche. Wir haben vorhin die lange Debatte über die Jugendkriminalität gehabt. Es gibt so viele Baustellen in dieser Stadt, die mit Sozialpolitik und damit zu tun haben, wie wir mit Menschen, die von ihrer Herkunft her nicht privilegiert sind, umgehen und damit ein Stück selber soziale Schwächen und damit auch die Menschen produzieren, die in die Schuldnerberatung gehen müssen. Da haben Sie Baustellen und das wird vielleicht noch deutlicher werden, wenn das Benchmarking herauskommt, das leider noch nicht vorliegt, aber vielleicht für die Sozialausschusssitzung vorliegt, das Benchmarking zwischen 16 deutschen Städten in Bezug

auf die Schuldnerberatung. Ich kann nur hoffen, dass es nicht zu schlecht für Hamburg ausfällt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Zweite Bürgermeisterin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Lappe, wenn Sie wollen, dass die Stadt, der Staat, das Land Hamburg alle Schulden von Schuldern bezahlt, dann müssen Sie das hier beantragen.

(Dr. Verena Lappe GAL: Nein, wir wollen, dass sie gar nicht die Schulden machen!)

Dann seien Sie ehrlich genug und stellen nicht einfach die Frage, wie es denn weitergeht. Es gibt auch in diesem Bereich so etwas wie eine Eigenverantwortung.

(Barbara Ahrons CDU: Genau, das finde ich auch!)

Wir sind aufrichtige Vertreter einer großen Eigenverantwortung, auch was das Umgehen mit eigenen Haushaltssmitteln angeht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dieses heute diskutiert wird, Herr Grund, dann, glaube ich, aus gutem Grunde. Es hat zu Anfang im Rahmen dieser Diskussion auch immer wieder Kritik gegeben, und die Fragen, ob wir das Hilfesystem verstaatlichen sollen, so belassen sollen, wie es ist, oder ob wir eine sogenannte Entstaatlichung herbeiführen sollen. Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden und gesagt, wir vergeben diese Aufgabe an Freie Träger. Wir haben das – Herr von Frankenberg hat das geschildert –, glaube ich, mit großem Erfolg gemacht. Die Kosten sind günstiger geworden, wir haben sehr viel mehr Fälle und weniger Abbrecherquoten. Das ist ein großer Erfolg und Sie haben ihn auch anerkannt, Herr Grund, und das möchte ich gerne festhalten.

Ich glaube, dass wir an dieser Stelle eines ganz klar machen sollten: Es war wichtig, diesen Bereich zu verändern und zu einer sogenannten Privatisierung zu kommen. Sie hat vielen Menschen besser und schneller geholfen und sie ist am Ende auch günstiger gewesen, was die Berechnung des Einzelfalls angeht. Die Nachfrage nach Schuldner- und Insolvenzberatung wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen, das ist unstrittig. Aber in dem Zusammenhang habe ich bei allen Rednern vermisst, beispielsweise auch mal einen einzigen Appell an die Elternhäuser zu richten. Es kann doch nicht richtig sein, dass einer ununterbrochen mit seinem Handy telefonieren kann und am Ende die Schuldnerberatungsstellen als Verantwortliche dastehen und die Rechnung bezahlen sollen.

(Uwe Grund SPD: Das ist Quatsch!)

Das kann doch nicht sein. Wir müssen doch irgendwo anders anfangen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will zum Schluss auf die Frage nach dem Vergabeverfahren zurückkommen. Das ist in der Tat eine wichtige Frage. Das Vergabeverfahren wird aufgrund einer aktuel-

A Den Entscheidung der Hamburger Vergabekammer und eines anhängigen Verfahrens beim Oberlandesgericht angepasst werden. Dabei geht es um die Anwendung des Vergaberechtes auf soziale Dienstleistungen. Wir werden das erfolgreiche Konzept fortführen und das hohe Niveau der Schuldnerberatung in Hamburg auch unter dann veränderten Rahmenbedingungen sicherstellen. Das ist gewährleistet. Aber auch darüber werden wir dann im Ausschuss reden können, weil wir in Wirklichkeit erst einmal das Urteil abwarten müssen, uns auch die Urteilsbegründung angucken müssen, bevor wir dann die Konsequenzen ziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Am besten wäre es, Frau Senatorin, wenn wir nicht das Urteil abwarten würden, weil die Zeit sehr knapp wird, sondern wenn sich der Senat im Vorwege mit den Klägern einigt. Es geht in Wahrheit darum, dass mehr Einrichtungen in die Beratungsleistungen hineingehen wollen. Eigentlich brauchen wir mehr Beratungsleistungen. Von daher muss es Möglichkeiten geben, dass das zu schaffen ist. Ich würde mir sehr wünschen, es nicht auf ein Urteil ankommen zu lassen, das vermutlich negativ für die Stadt ausgeht und hinterher ein ziemliches Chaos entsteht. Das ist die eine Bemerkung.

Eine weitere Bemerkung noch einmal zu den Kosten. Herr von Frankenberg, das habe ich vorhin nicht beantwortet. Sie haben vorhin gesagt, die Kosten seien viel günstiger geworden. Der Senat hat geantwortet, dass die Kosten der abgeschlossenen Schuldnerinsolvenzberatungen ohne die Notfälle und Kurzfälle nicht wesentlich teurer oder günstiger sind als sie in der Vergangenheit waren. Es geht um 80 Euro je Fall. Es wird ein Fall zitiert, bei dem es um die Insolvenzberatung geht. Da wird gesagt, dass die Insolvenzberatung im Jahre 2001 5.200 Euro teuer gewesen sei und jetzt bei circa 1.500 Euro läge. Das ist richtig unredlich und so etwas ärgert mich, weil der Senat natürlich genau weiß – er deutet das ja auch zwischen den Zeilen an –, dass das Insolvenzrecht im Jahre 2001 ein völlig anderes gewesen ist. Es gab überhaupt keine Stundung der Verfahrenskosten. Das Ergebnis war, dass Insolvenzberatungen so gut wie gar nicht durchgeführt werden konnten. Das ist einfach unseriös, solche Zahlen hier vorzustellen, weil das Verfahren vom Prinzip her grundlegend geändert worden ist. Wir haben den Senat aufgefordert – Herr von Frankenberg, hören Sie zu –, er möge doch die Daten des Großstadtvergleiches Hamburg mit den anderen Großstädten in Deutschland liefern. Da sagt der Senat, er habe jetzt zwar die Zahlen, aber er will sie nicht veröffentlichen, weil sie nicht vergleichbar seien. Das finde ich sehr interessant vor diesem Hintergrund, den wir gerade gehört haben. Wo man sonst Äpfel mit Birnen vergleicht, ist man dann, wenn es einem unangenehm wird, nicht bereit dazu. Dieser Vergleich mit den Großstädten muss auf den Tisch und dann können wir im Ausschuss gerne gemeinsam prüfen, warum bestimmte Daten nicht vergleichbar sind. Das mag ja angehen, aber darüber kann man reden. In der Summe, meine Damen und Herren, sind wir ein Stück vorangekommen. Das ist wahr, aber die Kuh ist im Bereich der Schuldnerberatung noch lange nicht vom Eis.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6970 an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

C

Wir kommen zu Punkt 11, Drs. 18/7075, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Bildungsabschlüsse in Hamburgs Stadtteilen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Bildungsabschlüsse in Hamburgs
Stadtteilen
– Drs. 18/7075 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt in der Tat eine Reihe von Berührungspunkten der vorigen Debatte zu dieser Diskussion. Frau Lappe hat schon auf die skandalös hohe Zahl hingewiesen, dass jedes Jahr 12 Prozent aller Jugendlichen in Hamburg die Schule ohne Abschluss verlassen. Das sind rund 1800 in jedem Jahr und das ist jeder neunte Hamburger Jugendliche. Das sind Zahlen, die uns wirklich beunruhigen sollten. Es sind junge Menschen, die die Schule verlassen, ohne eine Perspektive zu haben, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit zu finden. Es sind Jugendliche, für die der Start nach der Schule, der für viele andere mit Optimismus und Lebensfreude und ein wenig Neugier auf das, was das Leben so bietet, beginnt, bei diesen vermutlich nicht so begleitet sein wird, weil sie nicht wissen, wie sie künftig ihr Leben gestalten werden. Sie gehören zu der Gruppe, die seit PISA als Risikogruppe bezeichnet wird. Jugendliche, die nicht gut genug Lesen, Schreiben, Rechnen können und die vermutlich nicht nur in der künftigen Erwerbsarbeit, sondern auch in anderen Fragen des Lebens Schwierigkeiten haben werden. Wir haben es also mit einem der größten Probleme zu tun und stehen vor einer großen gesellschaftlichen Herausforderung.

D

Der Skandal, über den wir aber heute sprechen wollen, ist, dass in Hamburg seit Jahren nichts unternommen wurde, um hier etwas zu verändern und diesen sozialen Sprengstoff der Zukunft zu entschärfen. Wir sind schließlich nicht im PISA-Jahr Null, im Jahr 2001, wo doch ein gewisser Ruck durch Deutschland ging und die Sensibilität gewachsen ist, sondern wir sind im Jahr 2007, sechs Jahre nach der PISA-Studie. Es sind sechs Jahre, in denen die CDU in Hamburg regiert und in denen trotz großem Getöse im Wahlkampf – auch von Schulsenator Lange erinnern wir markige Reden, aber auch von Ihnen, Frau Senatorin – es nicht gelungen ist, diese Perspektivlosigkeit zu ändern. Sie haben sich einfach überhaupt nicht gekümmert.

Der weitere große Skandal, den wir heute diskutieren wollen, ist die Tatsache, dass sich dieser CDU-Senat für die Lebenssituation von Jugendlichen in den Stadtteilen überhaupt nicht interessiert. Es gibt in der Schulbehörde keinen Überblick über die Bildungsabschlüsse in den Hamburger Stadtteilen. Diese Daten werden nicht erhoben. Das haben unsere Anfragen ergeben.

Wir haben gehört, dass Senatorin Dinges-Dierig in der Pressekonferenz zum Thema Jugendkriminalität erklärt hat, dass Wegsehen nun nicht mehr stattfindet. Weg-

- A sehen von Schulabbrechern hat bisher nicht aufgehört, dort haben Sie überhaupt nicht hingeschaut.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben als SPD-Fraktion nicht locker gelassen und weiter nachgefragt. Die Ergebnisse sind in der Tat schrecklich. In Altona-Altstadt beispielsweise verlassen 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne einen Hauptschulabschluss. Ähnlich dramatisch ist es in Barmbek-Süd mit 37 Prozent, St. Pauli 34 Prozent und in Hamm-Mitte sind es 33 Prozent. Hier ist es nicht jeder neunte, der die Schule ohne einen Abschluss verlässt, sondern jeder vierte oder dritte Jugendliche oder gar noch mehr.

Es gibt Stadtteile, in denen bereits bei der Geburt feststeht, dass man keine Chancen hat und in denen nicht das gelingt, was in dieser Gesellschaft immer so wichtig war, nämlich, dass es Kinder und Jugendliche einmal besser haben können, als ihre Eltern.

Die von uns erfragten Daten zeigen auf, wie sich die sozialen Probleme zunehmend in einzelnen Stadtteilen konzentrieren. Schaut man genau hin, kann man herausfinden, dass die Hälfte der Schülerinnen und Schüler, die keinen Schulabschluss haben, aus nur zehn von 103 Hamburger Stadtteilen kommen. Das sind durchweg auch die größeren Stadtteile. Aber in diesen zehn Hamburger Stadtteilen – auch Billstedt ist dabei – findet sich die Hälfte dieser Jugendlichen und die Schulbehörde weiß noch nicht einmal, welche das sind, weil sie sich für diese Frage nicht interessiert.

- B Die Zahlen verdeutlichen mehr als viele andere auch die Spaltung unserer Stadt und die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse. Die Daten zeigen auf, dass 80 Prozent der Jugendlichen, die keinen Abschluss schaffen, in der einen Hälfte der Hamburger Stadtteile leben und in der anderen Hälfte sind es nur 20 Prozent. Das heißt, die Spaltung der Stadt schreitet voran und kann gerade mit dieser Zahl sehr deutlich und eindrucksvoll belegt werden.

Ich wiederhole noch einmal. Wir sind sechs Jahre nach PISA nicht im Jahre null. In anderen Bundesländern hat man längst begonnen, eine Bildungsberichterstattung aufzubauen, um auch solche Fragen zu erörtern. Ich halte diesen Bericht einmal hoch, damit ihn jeder sehen kann. So sieht beispielsweise ein Bildungsatlas der Stadt München aus, in dem sehr wohl regionale Daten erhoben werden und die Stadt sich nicht scheut, sich auch Themen zu stellen, die man vielleicht nicht so gern publik machen möchte. Hier sind beispielsweise die Übertrittsquoten von Grundschulen auf Hauptschulen und auf Gymnasien dargestellt, bei denen ein großer regionaler Unterschied zu erkennen ist. Es ist also möglich, solche Daten zu erheben. Andere haben das längst gemacht, aber dieser Senat hat überhaupt nichts getan.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Ich komme jetzt zur öffentlichen Debatte. Die Große Anfrage hat große Aufmerksamkeit erregt, was sicherlich viele mitbekommen haben, vor allen Dingen diejenigen, die im Bildungsbereich aktiv sind. Es sind sehr unterschiedliche Reaktionen gewesen. Viele haben gesagt: Endlich liegen Daten vor, die wir bereits erahnt haben. Wer in den Stadtteilen unterwegs ist, hat ein Gefühl dafür, wie unterschiedlich die Situation ist. Es ist uns auch

C gelungen, das endlich einmal empirisch zu belegen, was eigentlich Sache ist.

Dennoch sind nicht alle Schulen über die Veröffentlichung dieser Daten glücklich gewesen. Wird doch in diesen Schulen vor Ort Sisyphusarbeit unter schlechten Rahmenbedingungen geleistet. Beispielsweise sollen diese Schulen durch die Einsparung der Mittel an bestehenden Ganztagschulen vieles leisten und sind nicht erfreut gewesen, sich in einigen Medien wiederzufinden. Ich kann die Sorgen dieser Schulen sehr gut verstehen und bin der Meinung, dass man hiermit sehr ernst umgehen muss.

Was ich aber überhaupt nicht verstehe und gar nicht akzeptieren kann, ist, dass sowohl die Schulsenatorin als auch Herr Heinemann sich darüber aufregen, dass diese Daten endlich das Licht der Öffentlichkeit erreicht haben. Ich finde das wirklich eine skandalöse Haltung, dass Sie Ihr Wegsehen zum Programm erklärt und bekannt haben, dass es ein Fehler sei, endlich auf diese große soziale Disparität hinzuweisen. Ich habe kein Verständnis für diese Haltung und ich finde es für eine Senatorin wirklich beschämend, sich hier so geäußert zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir zum letzten Themenkomplex, was die Änderung und die weitere Vorgehensweise betrifft. Wir haben eine regierende CDU, die sich mit den Fakten gar nicht beschäftigt hat und mein Eindruck ist, Sie haben auch gar nicht vor, an dieser Zahl groß etwas zu ändern.

D Wir haben in der Enquete-Kommission sehr ausführlich über Risikoschüler gesprochen und auch diskutiert, wie wir die Zahl der Schulabrecher senken können. Die SPD-Gruppe hat in der Enquete-Kommission die Forderung eingebracht, dass sich die Politik das Ziel vornehmen soll, auf absehbare Zeit die Zahl der Schulabrecher um die Hälfte zu reduzieren. Das ist ein konkretes Ziel und auch eine Vorgabe seitens der Europäischen Kommission, denen sich die Mitgliedsländer in der Europäischen Union anschließen. Das ist im Übrigen ein Wert, den auch die Bundesbildungsministerin Schavan inzwischen zum Programm erhoben hat.

Hier ist die Hamburger CDU jedoch weit davon entfernt. Was haben Sie in der Enquete-Kommission gesagt? Sie können sich vorstellen, dass vielleicht nur noch 10 Prozent eines Jahrgangs keinen Schulabschluss machen. Das würden Sie sich konkret als Ziel vornehmen. Eine tolle Sache, von 12 Prozent auf 10 Prozent. Ich glaube, die Fachkollegen bei uns würden das als statistische Schwankung interpretieren, aber mit Politik, die sich vornimmt, Chancen zu verbessern, hat das jedenfalls überhaupt nichts zu tun. 10 Prozent sind rund 1.500 Jugendliche jedes Jahr und 15.000 in zehn Jahren, die sich aufbauen. Es ist skandalös, wie zynisch und desinteressiert Sie hier agiert haben und wie wenig Sie eingreifen wollen, um die Situation zu verändern.

(Beifall bei der SPD)

Zieht man Bilanz, so hat die Diskussion der letzten Wochen, aber auch die Beobachtungen Ihrer Politik der letzten Jahre gezeigt, dass Sie den Blick auf die soziale Realität der Stadt verweigern und Sie versucht haben, durch Nichtstun das Ausmaß der sozialen Spaltung unter der Decke zu halten. Sie haben auch gar nicht mehr vor, jungen Menschen in Hamburg eine Politik zu geben. Sie haben sich damit abgefunden, dass Herkunft den

A Lebensweg entscheidet. Hierfür stehen Sie. Wir Sozialdemokraten werden uns damit niemals abfinden.

Wir stehen für eine Politik, die bessere Chancen vermittelt und dass Herkunft nicht das Leben bestimmen kann. Daher ist es auch richtig, sich in dieser Politik konkrete Ziele zu setzen. Ich bin sicher, dass sich die Hamburgerinnen und Hamburger am 24. Februar nicht mehrheitlich für eine Partei entscheiden wollen, die das Nichtstun zum Programm ernannt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Lars Dietrich CDU: Die Beweise sind die Sozialdemokraten schuldig geblieben!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Freistedt.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man Ihren Auftritt, sehr geehrte Frau Kollegin Ernst, mitverfolgt, dann fragt man sich natürlich, ob es Ihnen um die Schulsituation in Hamburg oder nur um einen weiteren Wahlkampfauftritt geht.

(Wilfried Buss SPD: In welcher Stadt leben Sie eigentlich?)

Ich denke, Frau Ernst, Sie müssen eigentlich wissen, dass die Antworten auf Ihre Anfrage natürlich auch nur so gut sein können, wie die von Ihnen gestellten Fragen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

B Wenn man sich aber Ihren Fragenkatalog ansieht, dann vermischen Sie meiner Meinung nach in unzulässiger Weise statistische Datenabfragen über Schulabschlüsse mit Ihren eigenen politischen Wertvorstellungen.

Wir alle wissen, dass man Statistiken auf unterschiedliche Weise interpretieren kann. Wenn Zahlen über die Schulabschlüsse abgefragt werden, dann sind das Jugendliche, hinter denen in der Regel eine neun-, zehn- oder 13-jährige Schulzeit liegt. Also geht das in die Schulzeit der Neunzigerjahre zurück. Pädagogen, Eltern und Schüler wissen, dass nicht nur die letzten Jahre vor dem Abschluss wichtig sind, sondern wir alle müssen uns fragen, was seit Mitte der Neunzigerjahre in der Bildungspolitik erfolgreich war und was verbessert werden kann.

Wir alle tragen für die Bildungserfolge und -misserfolge die Verantwortung. Es ist falsch, alte Bildungsprobleme der jetzt regierenden Mehrheit in die Schuhe zu schieben. Da Sie das aber soeben getan haben, sind Sie entweder ahnungslos oder unredlich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Falls Sie aber bewusst die Ergebnisse Ihrer Großen Anfrage so einseitig interpretieren, so ist das unangemessen und Sie disqualifizieren sich selbst. Vielleicht sind Sie sich dessen nicht bewusst und äußern nur ein Bauchgefühl. Das wäre dann aber ignorant und hält einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung nicht stand.

Wir haben – bezogen auf Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss – ein ernsthaftes Schulproblem. Wenn wir an die gemeinsame Zeit in der Enquete-Kommission denken, dann sagen wir als CDU, dass unsere gemeinsame Analyse in diesem Punkt wesentlich objektiver gewesen ist als das, was Sie hier und heute in

Ihrem Beitrag den Abgeordneten im Parlament mitgeteilt haben.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Sehen wir uns mal einige Zahlen genauer an. Nehmen wir beispielsweise den Bezirk Harburg, der sicherlich aus ökonomischer Sicht andere Strukturen als die Walddörfer aufweist. In Harburg lag die Anzahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2005/2006 bei 18,8 Prozent. Das ist sicherlich eine unbefriedigende Tatsache. Vergleichen wir aber diese Zahlen einmal mit den Zahlen von 2000/2001, so wurden seinerzeit 24 Prozent aller Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss registriert.

Der Stadtteil Finkenwerder verzeichnete 2000 13,8 Prozent aller Schüler ohne Hauptschulabschluss. Fünf Jahre später waren es 7,8 Prozent. Für Billstedt sehen die Zahlen wie folgt aus: 2001 27 Prozent, danach 20 Prozent. Im Jahre 2003/2004 sank die Zahl aller Schüler ohne Hauptschulabschluss auf 21 Prozent. 2005/2006 stieg die Zahl dann wieder auf 30 Prozent an.

Diese Schwankungen sind für die Jugendlichen gesehen sehr bedauerlich,

(Christa Goetsch GAL: Für wen denn sonst!)

sind allerdings als Resultat einer Statistik auch wenig überraschend, da es manchmal um ein Nichtbestehen des Hauptschulabschlusses von zwei oder drei Schülern geht, also die absolute Zahl beziehungsweise die Prozentzahl auch nicht den Aufschluss gibt, den Sie hier gerade suggerieren.

Es sind gerade diese Misserfolge, die die CDU veranlasst haben, den begabungsgerechten Abschluss künftig in einer Stadtteilschule anzubieten.

(Christa Goetsch GAL: Oh, wenn ich das immer höre!)

D Daher lehnen wir auch die unsachlichen Argumente der Initiative, die eine Schule für alle propagiert, eindeutig ab.

(Beifall bei der CDU)

Ich teile – hoffentlich mit vielen in der Bürgerschaft – die Ansicht, dass wir noch mehr und erst recht noch besser qualifizierte Schülerinnen und Schüler zur allgemeinen Hochschulreife und zu einem hochqualifizierten Haupt- oder Realschulabschluss führen müssen, denn davon hängt der Wohlstand unserer Gesellschaft ab.

(Wilfried Buss SPD: Alles Sonntagsreden!)

Ich bezweifle aber, ob wir mit dem radikalen Umbau, den SPD und GAL planen, einen zukunftsweisenden Weg in Hamburg erreichen, denn bisher sind alle Bundesländer, die ein gegliedertes Schulsystem haben, in den nationalen und internationalen Studien positiv bewertet worden. In den Ländern aber, in denen das gegliederte Schulwesen auf eine zahlenmäßig große Gruppe von Gesamtschulen trifft, gab es für alle Seiten enttäuschende Ergebnisse.

(Wilfried Buss SPD: Wie in Nordrhein-Westfalen!)

Die Bildungsabschlüsse in unseren Stadtteilen zeichnen leider auch die soziale Struktur unserer Stadt nach. Aus diesem Grund haben die CDU und Frau Senatorin Dinges-Dierig beschlossen, in bestimmten Stadtteilen

A – darüber haben wir schon oftmals diskutiert – die Klassenfrequenzen abzusenken, und zwar rechnerisch in einem Umfang, wie in keinem zweiten westdeutschen Bundesland. Das kostet Geld und wir haben es in den Haushalt eingestellt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Stadtteilpolitik haben SPD und CDU zu unterschiedlichen Zeiten entwickelt, entdeckt und weiterentwickelt. Sie sind es aber von der SPD, die über 40 Jahre lang Strukturen mitgeschaffen haben, die sich heute als wenig sozial und zukunftsfähig erweisen.

(Beifall bei Lars Dietrich CDU)

Ehe Sie uns kritisieren und diffamieren, nehmen Sie, von der SPD, zur Kenntnis, dass Sie bereits in den Siebziger- und Achtzigerjahren Fehler in der Bildungspolitik gemacht haben, die Sie erst in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre zögerlich und zaghaft beseitigen wollten.

(Wilfried Buss SPD: Sie haben noch gar nichts beseitigt!)

Aber dieses war seinerzeit aus zwei Gründen auch nicht von Erfolg gekrönt. Zum einen mussten Sie deutliche Abstriche im Bildungshaushalt beschließen – beispielsweise mit der Erhöhung der Klassenfrequenzen in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre, also zu Beginn der Einschulung der Schülerinnen und Schüler, die im Jahre 2004 oder 2005 dann in die entsprechende Hauptschulabschlussklasse gekommen sind –, zum anderen verhinderte Ihre ideologische Bildungspolitik schlicht und einfach eine rechtzeitige Umsteuerung.

B Jetzt lassen Sie mich hierbei zum eigentlichen Skandal kommen. Genau die Schulsenatorin, die federführend für eine wenig konstruktive und leistungsorientierte Bildungspolitik stand und steht, mischt sich heute wieder in die schulpolitische Auseinandersetzung ein und fordert genau wie früher eine Schulform, die mehr verspricht als sie halten kann. Führende SPD-Politiker klatschen auch noch Beifall. Hierzu fällt mir nur eine Bemerkung ein: Zehn, nein 20 Jahre nichts, aber auch gar nichts dazu gelernt.

(Beifall bei Egbert von Frankenberg CDU)

Ich bin mir sicher, die Wählerinnen und Wähler haben kein so schlechtes Gedächtnis. Sie verbinden die Fehler und Fehlentwicklungen im Hamburger Schulwesen mit den heutigen Oppositionsparteien. Ihre Regierungsjahre sind mit Leistungsfeindlichkeit, Wirtschaftsfeindlichkeit, ideologisch ausgerichteten Bildungsplänen und beliebigen Verhaltensregeln zu kennzeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Die Folgen sind heute zu sehen: Zu hohe Schulabbrucherquoten, eine zu hohe Zahl von Schulversagern, zu lange Schulzeiten, zu hoher Altersdurchschnitt der Lehrerschaft, allerdings auch zu wenig Verantwortungsbewusstsein der SPD für diese Misere.

(Beifall bei der CDU)

Diese Bilanz hat gerade uns in der CDU dazu veranlasst, mit aller Kraft und mit Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung eine Bildungswende und Bildungsoffensive zu beginnen. Dieses bessere Schulkonzept, sowohl inhaltlicher als auch organisatorischer Art, bietet unseren Schülerinnen und Schülern mehr Chancengerechtigkeit

C und damit auch einen höher qualifizierten Einstieg in die Berufs- und Arbeitswelt sowie in das Studium.

Diesen Weg, dessen bin ich mir sicher, werden wir nach der Wahl konsequent und zielführend weiter beschreiten. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler werden wir hierbei weniger auf Ranking und öffentlichen Vergleich setzen, als vielmehr auf innerschulische Reformprozesse, die fachlich und wissenschaftlich im Rahmen des Projektes "Selbstständige Schule und Schulinspektion" inhaltlich mit Eltern, der Lehrer- sowie der Schülerschaft gemeinsam entwickelt werden. Das setzen wir fort und betonen hier im Parlament unseren Respekt vor der Leistung der Lehrerschaft, die bei diesen unterschiedlichen Lernausgangslagen immer wieder eine engagierte und qualitätsorientierte Arbeit leistet.

Die CDU und der Senat unterstützen diese Arbeit. Wir sind sicher, dass sich manche soziale Barriere durch die neu zu gestaltende Schullandschaft mit Stadtteilschule und Gymnasium verringern wird. Daher ist es jetzt an der Zeit, in diesem Sinne auch zu handeln.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Freistedt, es ist ehrenwert, dass Sie auf die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen setzen. Das würde ich auch unterstützen, aber ich frage mich, warum heute die "Hamburger Morgenpost" die Schulsenatorin mit folgenden Worten zitiert:

D "Das Wegsehen unserer Behördenmitarbeiter findet jetzt nicht mehr statt."

Wen hat sie eigentlich gemeint, die Mitarbeiter in der Mundsburg oder die Lehrerinnen und Lehrer? Hier kommen wir doch an den Punkt: Wer hat denn eigentlich die Verantwortung für die ganze Misere?

Herr Freistedt, Sie kommen doch nicht drum rum, die soziale Spaltung zu leugnen. Es ist höchst zynisch von Ihnen, wenn Sie dann bei dem Schwadronieren der Zahlen, die Sie soeben vorgetragen haben, erklären, dass es für die Jugendlichen bedauerlich ist, dass sie keinen Ausbildungsplatz finden.

(Marino Freistedt CDU: Das ist doch nicht zynisch!)

Also, jedem Jugendlichen, der in dieser Situation ist – wahrscheinlich ist keiner hier im Saal –, dann zu sagen, das es bedauerlich für ihn ist, weil er dummerweise unter die 30 Prozent fällt, kann man nicht so stehen lassen. Sie sollten einmal schauen, wo die Ursachen des Ganzen liegen und wer die Verantwortung hat.

(Marino Freistedt CDU: Die habe ich doch aufgeführt!)

Die Verantwortung tragen Sie beziehungsweise die zuständige Schulsenatorin, die anscheinend – sie hat angeblich viele Schulbesuche unternommen – irgendwie festgestellt hat, dass dort nicht gearbeitet und nicht hingeschaut wird.

Wir haben heute bereits das Thema Jugendgewalt gehabt. Das ist letztendlich der Ausfluss dessen, was nicht in den Schulen und durch die Perspektivlosigkeit

- A ohne Abschluss et cetera passiert. Hier sind Sie gefragt und ich glaube, dass wir in erster Linie feststellen müssen, dass diese Große Anfrage noch einmal verdeutlicht hat, wie es in dieser Stadt aussieht. Sie müssen einmal hinschauen, Herr Freistedt, warum in St. Pauli und in Altona-Altstadt so viele Abbrecher sind, und können doch nicht davor Ihre Augen verschließen.

Sie haben wieder sehr eindrucksvoll von "über 44 Jahren" erzählt. Sie sind fast sieben Jahre an der Regierung und ich frage mich, warum Sie dafür gesorgt haben, dass der Kita-Gutschein für die ärmeren Kinder keine Ganztagesplätze mehr bringt. Warum haben Sie dafür gesorgt, dass die Eltern Geld für die vorschulische Bildung bezahlen müssen? Warum haben Sie dafür gesorgt, dass Vorschule und Grundschulklassen immer größer geworden sind? Und, Herr Freistedt, es ist doch absolut lächerlich, zu erklären, dass die Klassen kleiner werden. Die ersten Klassen werden jetzt kleiner und für die weiteren Klassen ist es dumm gelaufen. Sie sind es doch, die diese Verschärfung in den letzten sechs Jahren verursacht haben, und Sie tragen die Schuld daran.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und dass sie Hunderte von Lehrerstellen in der Sprachförderung gekürzt haben, ist auf Ihr Konto zurückzuführen, und Sie haben dafür gesorgt, dass die Ganztagschulen in den sozialen Brennpunkten um 60 Prozent ihrer Mittel gekürzt wurden. Das sind alles Tatsachen, die sicherlich nicht dazu beigetragen haben, die soziale Spaltung in den Stadtteilen zurückzufahren. Das sind Ihre Versäumnisse.

- B Sie können jetzt über Bildungshäuser und sonst etwas schwadronieren. Es kommt zurzeit in den Kitas und in den Schulen nichts an. Ich lese Ihnen einmal aus einer Vorschulkasse mitten im CDU-regierten Hamburg den Brief einer Mutter vor, den wir heute erhalten haben, ich zitiere:

"Die Kinder sollten einen Kreis bilden, um gemeinsam zu singen. Es war nicht möglich, die Kinder zur Ruhe zu bringen. Mehr als die Hälfte der Kinder reagierte selbst auf ganz direkte Ansprache der Lehrerin nicht. Es wurde gekniffen und gerauft. Singen war erst nach ganz langer Zeit möglich. Die Lehrerin versuchte immer wieder zur Mitarbeit zu motivieren, und so weiter und so fort. Das gleiche Bild bot sich mir beim Basteln."

Im Zitat weiter:

"Ich frage mich in diesem Zusammenhang: In welche Töpfe fließen die Elternbeiträge, wenn nicht in die Vorschule? Ich fordere Sie hiermit dringend auf, aus diesen Töpfen Mittel fließen zu lassen, um eine zusätzliche qualifizierte Kraft für die Vorschule einzustellen, damit man allen Kindern gerecht werden kann, weil ansonsten nicht gefördert werden kann, was eigentlich gefördert werden soll."

Das ist heutige Vorschule, im November 2007. Sie haben diese Situation geschaffen.

(*Lars Dietrich CDU: Wieso wir?*)

– Natürlich haben Sie diese Situation geschaffen, weil Sie es verabsäumt haben, dass diese Kinder entsprechend gefördert werden, weil Sie dafür Sorge getragen

haben, dass Sie jetzt erst wieder versuchen umzusteueren, Herr Dietrich. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Für Sie war sechs Jahre lang die soziale Stadtentwicklung ein Fremdwort gewesen und Sie haben vor lauter Glanz und Glamour und Jungfernstieg dieses Problem aus den Augen verloren. Jetzt versuchen Sie, Herr Dietrich, mit der lebenswerten Stadt, wie es so schön im politischen Jargon heißt, das Thema zu besetzen. Aber auch dort greift die Initiative viel zu kurz.

(*Lars Dietrich CDU: So viel Blödsinn habe ich in den letzten Jahren noch nie gehört!*)

Und Sie, Herr Heinemann, haben in der letzten Woche deutlich öffentlich gemacht, wie Sie die soziale Spaltung letztendlich unterstützen und dass das fest zu Ihrer Denke gehört. Sie haben doch frank und frei und frech die Volksinitiative "Schule für alle" kommentiert, dass die Gemeinschaftsschulen weiterhin den Namen Gymnasium tragen sollten. Sie haben erklärt, ich zitiere:

"Der Begriff Gymnasium ist Qualitätssymbol."

Was könnte denn Anderes deutsche Qualität besser ausdrücken, als ein deutscher Mercedes. Also folgerten Sie, dass das Gymnasium der Mercedes unter den Schulen sei. Nur wo Mercedes drin ist, dürfe auch Mercedes darauf stehen, ich zitiere:

"Ein Mercedes mit Ausstattung und Motor von Fiat kann man nicht mehr als Mercedes verkaufen."

Wenn man dieses Bild weiterdenkt, dann bedeutet das, dass das Gymnasium der Mercedes unter den Schulformen ist und der Rest der Schulen ist der Fiat für die kleinen Leute. So stellen Sie sich die Stadt vor. Die Reichen fahren Mercedes und der Rest Cinquecento. Dieses Bild beschreibt genau die Sozial- und die Bildungspolitik der CDU.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Lars Dietrich CDU: Eine Klassenkampfrede!*)

– Sie betreiben den Klassenkampf und es wird Zeit, dass dieser Spuk endlich beendet wird, Herr Dietrich.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Lars Dietrich CDU: Ihre Reden werden immer peinlicher und niveauloser!*)

Wir brauchen eine Politik für eine soziale Stadtentwicklung, die den Namen wirklich verdient. Wir benötigen "9 macht klug" für eine leistungsstarke und sozialgerechte Schule. Ich glaube, dass die Zeit für uns arbeitet. Wir können uns keine Verliererkinder mehr erlauben, wie es diese Große Anfrage deutlich macht. Mit Sicherheit werden wir hierüber noch oft bis zum 24. Februar diskutieren.

Ich will aber noch ein Wort zum Ranking verlieren und

(*Lars Dietrich CDU: Sie spulen doch immer das gleiche ab!*)

möchte hierzu einen Schulleiter zitieren, der wie folgt schreibt:

"Die Fragwürdigkeit des Top- und Flop-Rankings ist rundherum deutlich. Nicht nur, dass Äpfel und Birnen verglichen werden, es werden die eklatanten sozialen Unterschiede und Problemlagen in

A den Stadtteilen Hamburgs ignoriert und verzerrt dargestellt."

Er teilt dann weiter mit und das verstkt das noch einmal. Es ist ein Leserbrief, der leider nicht abgedruckt worden ist, ich zitiere:

"Hte man die Zahl der Abbrecher seiner Schule ein Jahr vorher gemessen"

– hören Sie gut zu –,

"wäre er nicht unter den zehn schlechtesten Schulen, sondern unter den zehn besten Schulen."

Hierbei wird deutlich, dass diese Art von Ranking unseri ist. Sie bringt für die Entwicklung einer besseren Schule und für die Qualitsentwicklung rein gar nichts. Insofern sollte man die vergleichenden Schulstudien nehmen – die Schulinspektion ist wichtig als Feedback für die Schule –, um dann daraus Konsequenzen zu ziehen. Aber inwieweit das Blüten treibt, sieht man sehr schön an meiner ehemaligen Schule. Sie gehört zu den schlechtesten und zählt zu den Flops, wie man lesen konnte

(Zuruf: Kein Wunder!)

– das ist kein Wunder –, weil es eine Schule ist, in der nur noch der mit Mühsal beladene Rest dieser Kids angemeldet wird. Das ist genau das, was Sie mit Ihrer bekloppten Dreigliedrigkeit weiter forcieren wollen.

Dann wird heute das Bild eines Schuers dieser Schule gezeigt, der mit Ole von Beust kochen darf und dann wird alles gut in der lebenswerten Stadt. Wenn das Ihre Schulentwicklung und Schulpolitik ist, dann gnade uns Gott.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Günter Frank SPD: Alles wird gut!)

Frau Goetsch, an wen waren eigentlich Ihre letzten Worte gerichtet? Wer hat denn die Verantwortung für zu tragen,

(Ingo Egloff SPD: Sie!)

dass es in Hamburg sogenannte Top- und Flop-Schulen gibt. Ich kann Ihnen sagen, wer das war. Das waren die Damen und Herren von der SPD. Sie hätten wissen müssen, welche Missinterpretationen mit den Antworten auf diese Große Anfrage möglich sind.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sitzen Sie im Senat oder wir?)

Sie haben dadurch viele Schulen diffamiert. Sie haben Hunderte von Lehrkräften vor den Kopf gestoßen. Das zeigen uns die Anrufe. Und Sie haben vor allem die Lehrkräfte, die in schwierigen Stadtteilen engagierte Arbeit leisten, nochmals zusätzlich angegriffen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Da klatscht nicht einmal Ihre Fraktion, weil es Unsinn ist, was Sie erzählen – Gegenruf Bernd Reinert CDU: Dann hören Sie doch mal zu!)

C Frau Ernst, Sie haben soeben erklärt, dass wir uns nicht mit den Fakten beschigt hätten. Ich frage mich, wer sich eigentlich mit den Fakten nicht beschigt hat? Nach Ihren Ausfrungen bin ich fest davon überzeugt, dass Sie es sind, die sich nicht damit beschigt haben, weil Sie jetzt wieder dieselben Fehler gemacht haben, die die Missinterpretation durch ein Medium vor Ihnen bereits fabriziert hat.

Sie von der SPD – und hierbei bleibe ich – tragen die Verantwortung für, dass es dazu gekommen ist, dass wir jetzt in Hamburg ein Ranking zwischen sozial höchst unterschiedlichen Standorten haben. Das ist von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, einfach verantwortungslos gewesen.

(Beifall bei der CDU – Gesine Dräger SPD: Das ist doch gerade der Punkt!)

Wir wissen alle, dass es in unseren sozial belasteten Stadtteilen – wie wir sie aus den KESS-Untersuchungen kennen – wesentlich mehr Schulabbrecher gibt, als in anderen Stadtteilen.

(Gesine Dräger SPD: Und was tun Sie?)

Aber uns ist auch bekannt, dass es beispielsweise in Billstedt viele Kinder sehr viel schwerer haben, einen guten Schulabschluss zu erreichen. Und weil wir wissen, dass es diesen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg gibt, und zwar nicht nur in Hamburg, sondern auch deutschlandweit, haben wir vom Senat und mit der CDU längst gehandelt. Daher stimmt es nicht, Frau Ernst, wie Sie soeben ausgeführt haben, dass der Senat nichts unternommen hat, denn uns ist klar, wie wichtig das ist.

D

Ich darf Sie daran erinnern, Senat und CDU haben gegen Ihren erklten Willen die Viereinhalbjhrigen-Untersuchungen eingeführt,

(Ingo Egloff SPD: Aber erst seit Kurzem!)

denn wir müssen früh anfangen. Wir haben verpflichtende Sprachfderkurse eingeführt. Wir haben den verpflichtenden kostenlosen Besuch der Vorschule für rund 1.500 stark frderbedrfige Kinder eingeführt. Wir haben die Klassengre für Erstklässler zum laufenden Schuljahr auf einen durchschnittlichen Wert von 19 Kindern gesenkt, um frühzeitig Lernerfolge zu erleichtern. Wir haben die Lernzeit an Ganztagschulen verlängert, und zwar ebenfalls schwerpunktmig in sozial benachteiligten Stadtteilen. Wir haben das außerschulische Lernen im Bereich der Hauptschule hineingeholt, weil wir wissen, dass wir so die Schuer, die den Hauptschulabschluss erwerben wollen, motivieren und zu einem Abschluss bringen können. Wir wissen auch, wie wichtig es ist, Basiskompetenzen bei Bewerbungsverfahren vorzuzeigen. Deshalb haben wir die Wochenstunden in Deutsch und Mathematik erhöht. Wir werden eine neue Schulstruktur einführen,

(Ingo Egloff SPD: Sie nicht!)

die eine verlässliche Umsetzung mit neuen pädagogischen Erkenntnissen ermöglicht.

Ich hoffe, Frau Ernst, dass dieser kurze Blick reicht, um Ihnen zu zeigen, dass wir gehandelt haben.

(Beifall bei der CDU)

A Meine Damen und Herren! Ich möchte an der Stelle vor allem eines noch einmal sagen: Ich habe seit Jahren gebetsmühlenartig immer wieder betont, dass es mit mir kein Ranking geben wird. Ich habe immer wieder Anfragen von den Medien und der Wirtschaft zurückgewiesen, die mich bedrängt haben nach Ergebnissen.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Immer wieder habe ich davor gewarnt, dass es eine Stigmatisierung von Schulen gibt und diese Stigmatisierung hilft niemandem weiter und ist in hohem Maße demotivierend. Obwohl ich dieses immer wieder gesagt habe, kommen Sie von der SPD mit der Anfrage. Wer sich so verhält, handelt verantwortungslos und spaltet unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Wer hat denn die 30 Kinder in den Grundschulklassen der sozialen Brennpunkte zu verantworten? Das sind doch wohl Sie!)

Wir von der Union und Senat werden dabei bleiben und mit sachgerechter Bildungspolitik Problembereiche angehen. Das bedeutet vorbildliche Konzepte wie im Bereich "Lebenswerte Stadt", aber auch Ehrung von Best-Practice-Schulen, öffentlich machen zum Nachahmen. Wir werden neben der Stadtteilschule das Gymnasium erhalten und wirksame Handlungskonzepte gegen Schulschwänzen umsetzen. Das ist die Politik, mit der wir die Schulabbrecherquote stadtweit senken wollen und werden.

B (Beifall bei der CDU)

Auf diese Art und Weise – davon bin ich fest überzeugt – wird Hamburg unter der Führung der CDU auf diesem und auch vielen anderen Feldern gute deutsche Spitze werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Buss hat das Wort.

Wilfried Buss SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, da haben wir gerade wieder ein Beispiel von Wunschdenken gehabt. Wir wissen alle, dass Sie es nicht sein werden, die das mitmachen werden. Zu dem Thema Ranking und Top- und Flop-Schulen sind es immer noch drei Schritte. Der erste Schritt ist, wer stellt die Fragen, wer stellt die Statistik zusammen und wer macht dann ein entsprechendes Ranking daraus. Das sind drei verschiedene Handelnde und da kann man nicht irgendjemandem die Schuld geben, Frau Senatorin. Das ist doch nur der Versuch, von den Zahlen, die wir aufgedeckt haben,

(*Bernd Reinert CDU*: Dummes Zeug!)

abzulenken, was dann dazu führt, dass Ihr Motto heißt: Augen zu und durch. Bis zum Wahntag darf keiner wissen, wie schlecht es in den einzelnen Wahlbezirken in den jeweiligen Stadtteilen aussieht. Wer so argumentiert und arbeitet, hat es in der Tat verdient, aus dem Amt gewählt zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven* und *Christiane Blömeke*, beide GAL)

Meine Kollegin Ernst hat es Ihnen doch vorgemacht. Andere Großstädte können doch solche Daten komischerweise auch erheben und haben nicht diese Probleme. Die stellen sich aber auch dann der Frage, wie man mit den jeweiligen Ergebnissen in den jeweiligen Stadtteilen umgehen muss. Die Bildungsberichterstattung wird diese Fragen mit großer Wahrscheinlichkeit ab dem nächsten Jahr auch aufnehmen müssen. Nur, weil es Ihnen nicht passt, Herr Kollege Freistedt, wollen Sie mit einem Mal solche Dinge nicht haben und vergießen Krokodilstränen darüber, dass die einzelnen Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Arbeit demotiviert werden, weil die Zahlen so sind wie sie sind. Das wissen die schon lange. Die Arbeitsbedingungen, unter denen die Lehrerinnen und Lehrer diese Arbeit machen müssen, verantworten Sie und nicht die Lehrerinnen und Lehrer. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Bei dieser Statistik will ich nur auf einen Punkt eingehen, der interessanterweise auch von Ihnen bewusst nicht aufgegriffen worden ist, nämlich die Frage, wie man die Schulabgänger der Gesamtschulen ohne eigene Oberstufe rechnet. Das sind Versetzungszeugnisse nach Klasse 11. Das heißt, dass das eine Perspektive für viele Schülerinnen und Schüler ist, insbesondere die berühmte Zahl von 72 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die dann an der Gesamtschule ihr Abitur unter dem Zentralabitur bestanden haben – damit es hier keine falschen Meinungen gibt – und die vorher keine gymnasiale Empfehlung hatten. Das ist die wahre Leistung, die diese Schulen in diesen schwierigen Stadtteilen erbracht haben. Davon findet sich in dieser Statistik leider nichts wieder. Im Gegenteil, hier ist es so, dass es aussieht, als würden die Ergebnisse dieser Schulen besonders schwierig und schlecht sein. Da ist die Statistik in jedem Fall angreifbar.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir noch einmal zu dem, Herr Freistedt, was Sie in Ihrer polemischen Rede à la Wahlkampf gesagt haben. Wer diese Punkte, wie zum Beispiel den Stadtteil Billstedt aufgreift, der sollte doch zunächst einmal – das hat mich gewundert, dass Sie da in die Falle gelaufen sind – die Statistik richtig lesen können, denn die Prozentzahlen, die Sie vorgelesen haben, sind in dieser Statistik gar nicht enthalten. Die konkrete Zahl heißt nämlich: Mit Ihrem Regierungsantritt im Jahr 2001 sind im Stadtteil Billstedt 127 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss abgegangen. 2006, sozusagen auf dem Höhepunkt Ihrer Regierungsarbeit, sind es 178 Schülerinnen und Schüler gewesen. Die Prozentzahl steht da überhaupt nicht, lieber Herr Freistedt. Die Zahlen, die Sie zitiert haben, sind nämlich geschlechterspezifisch und deswegen können Sie das aus dieser Statistik gar nicht herausinterpretieren. Da sind Sie selbst der Statistik auf den Leim gegangen und dann sollte man solche Behauptungen wie Sie sie gemacht haben, schon gar nicht machen, wenn man diese Statistik noch nicht einmal richtig lesen kann.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt. Sie kommen dann mit Ihrer alten Plattenkiste 44 Jahre und so weiter. Da kann ich nur sagen: Die Schülerinnen und Schüler, die 2006 entlassen wurden sind, sind unter Ihrer Regierungszeit durch die Sekundarstufe gegangen. Das ist alles Ihre Verantwor-

C

D

A tung gewesen. Die sind 2001 in der fünften Klasse gewesen und haben 2006/2007 unter Ihrer Regierung die Hauptschule durchlaufen. Das ist alles Ihre Verantwortung. Wir wissen alle aus IGLU und KESS 4, dass zumindest die Grundschulen als Gemeinschaftsschule eine prima Arbeit in Hamburg leisten, um das einmal ganz deutlich auf Ihre komischen Plattitüden zu sagen. KESS 7 hat bewiesen, dass gerade Ihre Mercedes-Schulen diese Leistungen überhaupt nicht bringen können, um diese Polemik einmal zurückzugeben. Das ist alles Ihre Verantwortung, weil Sie dafür in den letzten sechs Jahren nichts getan haben, dass die Verhältnisse an den Schulen besser geworden sind. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Olaf Ohlsen CDU: Nu reg di man nicht so op!)

Ein letzter Punkt. Wenn Sie versuchen, die frühere Schulsenatorin Rosemarie Raab anzugreifen, kann ich nur sagen, wenn die damalige Schulsenatorin diese Zahlen gehabt hätte, hätte sie mit diesen Zahlen gearbeitet. Wer hat denn die empirische Wende in Hamburg überhaupt eingeführt? Nicht Sie, sondern Frau Raab war das und das sind die wahren Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Heinemann hat das Wort.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt wissen wir auch, warum Rosi Raab so langsam wieder aus der Kiste springt. Ich glaube, die SPD sucht dringend jemanden, der die Bildungspolitik in der SPD noch voranbringen kann.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Ihre Beiträge sind immer so witzig!)

Aber, Herr Buss, seien Sie gewiss, gegen Rosi Raab haben damals 80.000 Leute demonstriert. So viele haben es gegen Frau Dinges-Dierig noch nie auf die Straße geschafft.

(Beifall bei der CDU)

Was das Thema Zahlen anbelangt, suchen wir heute noch nach einigen Zahlen aus dem Bereich von Frau Raab. Die Lehrerstellen in 2007 kennen wir, aber die Zahlen von 2001 suchen wir immer noch, auch die Bauzahlen 2001 suchen wir noch.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Heinemann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sarrazin zu?

Robert Heinemann (fortfahrend): – Nein. Zum Thema Ranking. Ich habe es schon häufiger erlebt, dass Frau Ernst sich auch im Schulausschuss als Rankingfetischistin aufführt. Ich bin da immer anderer Meinung als die Handelskammer, Sie scheinen der gleichen Meinung zu sein wie die Handelskammer. Nun kann man über Ranking lange diskutieren. Die Frage ist aber, was man rankt. Die Zahlen, die Sie abgefragt haben und in der Art, wie Sie sie abgefragt und weitergegeben haben, hat auch Herr Buss gesagt, man müsste in der Tat die Zahlen noch einmal interpretieren. Diese Leistung haben Sie aber leider nicht geliefert, sondern Sie haben schnell die Zahlen an die Medien gegeben und genau auf dieses Ran-

king gesetzt, was Sie da bekommen haben. Einen schönen Skandal produzieren zulasten der Schulen, das war Ihre Strategie. Wenn Sie einmal in die Drucksache gucken, dann sehen Sie zum Beispiel beim Margaretha-Rothe-Gymnasium, dass Sie dort Schwankungen von 20 Prozentpunkten von einem Jahr zum anderen haben und daraus machen Sie solche Rankings im Null-Komma-etwas-Absturz. Das ist unglaublich und unseriös. Es gibt nur eine einzige Variante, wie man seriös mit Zahlen umgehen kann. Das sind zum einen Untersuchungen wie der Bereich KESS. Da sind wir sehr genau informiert und ich darf daran erinnern, dass es die Senatorin war, die zum ersten Mal die drei besten Schulen in den sechs verschiedenen KESS-Bereichen vorgestellt hat. Selbstverständlich haben wir so etwas gemacht, weil wir positive, aber vergleichbare Beispiele herausstellen wollen und auch Beispiele auf Datengrundlagen, die seriös sind und nicht basierend auf irgendwelchen komischen Statistiken, die überhaupt keine Aussagekraft haben.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ernst, ich weiß nicht, ob Sie die letzten Wochen keine Medien gelesen haben, denn sonst hätten Sie mitbekommen müssen, dass die Schulinspektion ihre Arbeit aufgenommen hat, die bekanntermaßen nicht von Ihnen, sondern von uns eingeführt wurde. Die Schulinspektion, die jetzt die ersten 30 Schulen inspiert hat, die entsprechende Berichte schreibt. Diese Berichte werden transparent gemacht für die Schulen und von vielen Schulen ins Internet gestellt. Das ist eine Art und Weise, wie man mit Qualität von Schule umgeht, wie man Stärken und Schwächen der Öffentlichkeit auch darstellen kann und nicht in irgendeiner Art von Ranking aufgrund von Zufallsresultaten irgendeines Jahrganges.

C

Jetzt zum Thema der Hauptschulen, Herr Freistedt hat es schon ausgeführt. Wann sind denn die Hauptschüler des Jahres 2006, die übrigens viereinhalb Jahre nach Beginn unserer Regierung abgegangen sind, eingeschult worden? Gab es denn damals schon den Kita-Ausbau, den es heute gibt?

(Beifall bei der CDU)

Gab es denn damals schon die Viereinhalbjährigen-Untersuchung?

(Beifall bei der CDU)

Gab es damals schon die verpflichtende Sprachförderung?

(Beifall bei der CDU)

Gab es damals schon die verpflichtende Vorschule?

(Beifall bei der CDU)

Gab es damals schon den Ausbau der Ganztagschulen? – Das gab es doch alles nicht in den sozialen Brennpunkten. Da haben Sie damals doch überall versagt und wir haben das alles eingeführt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben jetzt auch die fünfte Stunde in Deutsch und Mathematik in der Hauptschule eingeführt. Wir haben auch die Ziel- und Leistungsvereinbarungen in vielen Hauptschulen eingeführt, genau mit dem Thema, wie wir die Abrecherzahl reduziert bekommen. Ich höre aus den ersten Hauptschulen auch, dass es dort entsprechende Erfolge gibt. Aber das dauert natürlich und das ist keine

D

- A Sache, wo wir Ihre ganzen Versäumnisse aus den Neunzigerjahren so schnell bereinigen können.

(Beifall bei der CDU)

Dass es sozial verschiedene Gebiete in einer Großstadt gibt, ist nun wirklich eine Binsenweisheit. Dafür brauche ich keine große Bildungsberichterstattung. Die Bildungsberichterstattung will ich für ganz andere Dinge haben, die brauchen wir auch. Aber dass wir solche Stadtteile wie Steilshoop, wie Mümmelmannsberg haben, die Sie geschaffen haben, wo sich die sozialen Probleme entsprechend ballen, das sind wirklich keine Dinge, für die ich einen Bildungsatlas brauche, sondern das weiß jeder und kennt die entsprechenden Probleme. Ich bin Frau Ernst dankbar, dass Sie sich hier hingestellt und gezeigt hat, dass es genau diese Probleme auch im SPD-regierten München gibt. Auch da gab es offensichtlich gelbe und rote Quartiere. Das ist kein Phänomen von Hamburg, sondern das ist ein Phänomen von Großstädten. Das ist völlig normal und wir müssen daran arbeiten, dass wir diese Differenz abbauen.

(Beifall bei der CDU)

Zwei Themen noch, die Frau Goetsch angesprochen hat. Das ist zum einen das Thema Vorschule. Wir wohnen ja nun beide um die Ecke von dieser Vorschule. Das ist kein sozialer Brennpunkt und trotzdem habe ich gelernt, dass das eine KESS 3-Grundschule ist. Sicherlich gibt es da Probleme. Es gibt auch Probleme mit unseren gemeinsamen Nachbarn, die zwar gerne in einem Multikulti-Stadtteil wohnen, aber ihre Kinder dann lieber doch auf eine Privatschule schicken.

- B (Beifall bei der CDU)

Dann ballen sich manchmal solche Themen und daran müssen wir arbeiten. Aber auch diese Vorschullehrerin hat nach meinem Kenntnisstand fünf Teilungsstunden in ihrer Vorschulkasse drin. Also auch da muss man immer ein wenig gucken, wie die Realität ist und vor allen Dingen auch den Vergleich ziehen, wie es denn vielleicht auch in anderen Schulen aussieht. Ich glaube, diese Schule ist gar nicht so schlecht ausgestattet und ich glaube auch, dass dieser Stadtteil gar nicht so schlecht ist, denn sonst würden wir beide da vielleicht auch nicht wohnen.

Mein letzter Punkt ist zum Thema Mercedes und Fiat. Ich finde es ziemlich dreist, dass Sie mein Zitat zwar richtig wiedergegeben haben, aber dann die völlig falsche Schlussfolgerung daraus gezogen haben. Ich habe in der Tat das Thema Einheitsschule als Fiat bezeichnet und ich sage auch, dass ich mich bei Fiat entschuldige, weil Fiat heute eine deutlich bessere Qualität hat als diese unausgegorenen Konzepte von Einheitsschule. Aber manchmal steht Fiat noch für dieses Thema nicht ganz fertig, unausgegoren und so weiter. Es war Ihr Herr Rose, der gesagt hat, dass das Qualitätssymbol Gymnasium bleiben muss, damit wir die Eltern beruhigen können, man kann auch sagen, damit wir die Eltern betrügen können. Deshalb muss das Symbol Gymnasium bleiben an der Einheitsschule. Das war nicht meine Erfindung. Da habe ich in der Tat gesagt, dass das Gymnasium ein etablierter Begriff ist, genauso wie Mercedes ein etablierter Qualitätsbegriff ist. Das Problem mit Fiat und der Einheitsschule habe ich geschildert und die Stadtteilschule ist für mich eher innovativ und eher etwas Dynamisch-Modernes. Nehmen Sie einen BMW, das würde vielleicht passen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

C

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Goetsch hat jetzt das Wort.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, zunächst einmal ist grundsätzlich klar, dass wir Zahlen brauchen, und zwar die Zahlen, die uns von LAU – empirische Wende hat ja in Hamburg stattgefunden –, KESS, ULME schon genannt worden sind. Diese Zahlen sind wichtig und Gott sei Dank haben wir all diese Zahlen, weil daraus diese Erkenntnisse so deutlich geworden sind, dass Schülerinnen und Schüler nicht nach Leistungen, sondern nach sozialer und kultureller Herkunft verteilt werden und vor allen Dingen schlechtere Bildungschancen haben. Die Zahlen brauchen wir, die braucht ein Senat, die braucht eine Verwaltung und die brauchen wir für die politische Steuerung. Wir sollten Zahlen auch nicht verheimlichen. Auch das wäre falsch. Das wäre so, als würden Sie die Kriminalstatistik nicht veröffentlichen, weil Sie vielleicht Angst haben, die Polizisten zu demotivieren. Das kann es natürlich nicht sein. Zahlen sollen auch die Schulen zurückgespiegelt bekommen, um die entsprechende Qualitätsverbesserung und -veränderung auf den Weg zu bringen. Schulinspektion, alles richtig und wichtig.

Was aber vollkommen daneben läuft, ist, wenn wir dann in der Zeitung lesen: 100 Prozent Abschluss Johanneum, 100 Prozent Abschluss Christianeum. Da muss man dann wirklich sagen, liebe Leute, dann möchte ich bitte wissen, wer in der fünften Klasse angefangen hat, wie viele Schüler und wie viel dann beim Abitur gelandet sind und wo die anderen alle verlorengegangen sind beziehungsweise – und damit sind wir wieder beim Menschenbild – warum Sie die Gymnasien von der Reform- und Schulentwicklung ausschließen? Das wäre die eine Seite. Sie scheinen sie auch von der Innovation auszuschließen. Warum – und dann sind wir wieder beim Christianeum, Johanneum – wollen Sie das hochselektive System beibehalten und – die Grundfrage – warum wollen Sie weiterhin bei aller Reduzierung der Gliedrigkeit die Zehnjährigen einteilen in praktisch Begabte und theoretisch Begabte. Auf diese Fragen haben Sie keine Antwort. Die bleiben so stehen. Da sind Sie nun nicht innovativ.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Ernst hat das Wort.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auch noch einmal auf die Debatte über Rankings eingehen, die wir auch im Schulausschuss mehrfach geführt haben, Sie haben mich da auch konkret angesprochen. Ich will Ihnen schon sagen, dass es eine Erfahrung unserer Regierungszeit gewesen ist, dass wir mit den sehr guten empirischen Daten aus den Lernausgangsuntersuchungen zu vorsichtig umgegangen sind. Die waren das Topgeheimnis der Stadt. Das waren Rückmeldungen an die Schulen über ihre Leistungsfähigkeit und die war so geheim, dass daraus überhaupt keine Schlussfolgerungen gezogen wurden und Sie wissen das, weil Sie zu der Zeit die Schulpolitik als Deputierter begleitet haben. Das hat in der Tat in der SPD zu einem Umdenken geführt, dass man nicht zu vorsichtig sein darf, wenn man die Qualität von Schulen steigern will. Eine völlige Tabuisierung von nicht guten Ergebnissen

A von Schulen hat dazu geführt, dass es keine Veränderungen gegeben hat. Deshalb war es die SPD, die, als die KESS-Studie vorgelegt wurde, bei der herauskam, dass es Schulen in Hamburg gibt, die überproportional gut abschneiden, die nicht nur gut abschneiden, weil sie in wohlhabenden Stadtteilen liegen, sondern wo die Schule eine eigene Leistung bringt, in mehreren Sitzungen darauf gedrungen hat, dass diese Schulen eine Anerkennung bekommen. Sie sind dann unserem Vorschlag damals gefolgt und haben die sechs Schulen ausgezeichnet. Jetzt brüsten Sie sich hier und bezeichnen uns als Rankingfetischisten. Es war unser Vorschlag, so zu verfahren, weil wir die außerordentliche Leistung dieser Schulen gewürdigt haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben damals aber auch eine zweite Konsequenz gefordert. Es gab nämlich auch Schulen, die unterdurchschnittlich gut abgeschnitten haben bei KESS. Wir haben gar nicht gesagt, dass wir wissen wollen, welche das sind, aber wir wollen, dass die Schulbehörde darauf reagiert und haben Ihnen vorgeschlagen, ähnlich wie das Bundesland Bremen, ein Programm "stärkt Schulen" bei den Schulen zu machen, die unterhalb ihrer Möglichkeiten in ihren Leistungen bleiben. Soweit ich es wahrnehme, haben Sie diesen Vorschlag nicht aufgegriffen und das halte ich für verkehrt.

Dann brüsten Sie sich mit der Schulinspektion. Da will ich ein bisschen zur Geschichte sagen, dass die SPD-Fraktion diese als erste im Jahr 2002 in der Bürgerschaft gefordert hat. Dieser Antrag ist von Ihnen abgelehnt worden. Wir haben bereits im Jahr 2002 nach PISA eine Bildungsberichterstattung gefordert, weil das ein unverzichtbares Instrument für gute Schulpolitik ist. Sie haben das abgelehnt und sind immer noch nicht in den Anfängen einer Schulberichterstattung. Herr Heinemann, das ist doch die Realität hier.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Wir werden, egal wie die Regierungssituation in der nächsten Legislaturperiode aussieht, in Hamburg keine Schulpolitik machen können, ohne nicht eine Klarheit über die regionalen Daten in Hamburg zu haben. Da sind Sie in schlechter Tradition, weil Sie es in Hamburg geschafft haben, eine Schulentwicklungsplanung vorzulegen, ohne sich mit der Situation von Jugendlichen im Stadtteil zu befassen. Das hat man auch gemerkt. Die Veranstaltungen waren mehr als peinlich, aber so etwas darf es nie wieder geben. Wenn wir zur Veränderung der Schulstruktur kommen, dann muss in jedem Stadtteil eine Klarheit darüber sein, wie die Lebenssituation ist und dann müssen alle gemeinsam – Schule und Jugendhilfe und Polizei und auch Gesundheitseinrichtungen – alles dafür tun, die Situation der Jugendlichen zu verbessern. Die Grundlage dafür ist eine Klarheit über die regionale Situation und solange Sie diese verweigern, kommt man in der Schulpolitik überhaupt nicht voran. Deshalb ist es ein Armutszeugnis, wie Sie hier heute auftreten.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Ich glaube, der wahre Grund ist natürlich ein anderer. Sie haben in der Tat gehofft, dass es Ihnen gelingt, bis zur Bürgerschaftswahl davon abzulenken, dass Sie in dieser wichtigen Frage, Senkung der Schulabbrecher, keinen Millimeter vorangekommen sind. Sie haben gehofft, dass niemand darüber redet. Das haben wir Ihnen verdorben. Wir weisen auf die 12 Prozent hin, denn wenn dieses

Problem nicht gelöst wird, wird Hamburg in 20, 30 Jahren eine andere Stadt sein als sie heute ist. Deshalb werden wir Sie auch bis zur Wahl immer wieder auf dieses Thema hinweisen.

C

Herr Heinemann, ich hätte auch von Ihnen erwartet, dass Sie sich einmal kritisch mit den Ursachen auseinandersetzen. Sie müssen doch nicht glauben, dass Sie mit dieser Schreierei gegen die Opposition bis zur Wahl davonkommen. Sie müssen doch beantworten, was die Gründe sind. Ich kann Ihnen vielleicht noch einmal ein paar Vermutungen sagen, warum Sie überhaupt nicht vorangekommen sind. Wir haben in der Tat – das hat Herr Buss schon gesagt – durch die KESS-Studien den Hinweis bekommen, dass Sie das, was wir an Schulerfolg in den Grundschulen durch den rotgrünen Senat erreicht hatten, verspielt haben. In KESS 7 ist deutlich geworden, dass die Gymnasien an diesen Fortschritt im Schulsystem nicht anknüpfen konnten.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Das ist der erste Hinweis, auf den Sie hätten reagieren können.

Der zweite Hinweis ist heute auch schon gekommen. Sie haben an bestehenden Ganztagsschulen, die es häufig in sozialen Brennpunkten gibt, bis zu 60 Prozent der Mittel gekürzt, die diese für den Ganztagsschulbetrieb haben. Es ist die Theodor-Haubach-Schule, über die wir heute schon gesprochen haben, die weniger Nachhilfeangebote haben kann aufgrund Ihrer skandalösen Kürzungspolitik. Vielleicht hat das etwas damit zu tun, dass die Schulen in Altona leider nicht so weit vorangekommen sind, wie Sie sich das wünschen. Das ist ein weiterer Grund.

D

Ich will Ihnen noch einen letzten Grund nennen. Wer hat denn die Mittel des Ganztagsprogramms der Bundesregierung so skandalös in Hamburg umgesetzt? Wir hatten nicht vor, die Schulzeitverkürzung aus Bundesmitteln zu finanzieren – das will ich Ihnen ehrlich sagen –, sondern das Ganztagsschulprogramm war eine Reaktion auf die Bildungsmisere in Deutschland. Wir wollten mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit haben. Aber eine CDU, die über die Hälfte der Mittel in die Gymnasien gibt, hat einen aktiven Beitrag dazu geleistet, dass es Ihnen bei den schwächeren Schülerinnen und Schülern nicht gelungen ist, deren Situation zu verbessern. Deshalb weinen Sie hier keine Krokodilstränen über die Berichterstattung. Die haben Sie verdient, weil Sie diese Ergebnisse selber herbeigeführt haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort bekommt Frau Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ernst, jetzt wurde es gerade doch ein bisschen sehr schräg und ich möchte ein paar Dinge wieder gerade rücken. Es geht in der Debatte nicht um die Urheberrechte, wer eigentlich was zuerst vorgeschlagen hat, denn sonst müsste ich bis 2004, zumindest in meinen Unterlagen zurückgehen, und dann würden wir uns vielleicht einige Dinge mit Best-Practice noch einmal im Zusammenhang mit der Schulinspektion ansehen können. Darum geht es nicht, sondern es geht um einen sachgerechten Umgang mit Daten und Ergebnissen. Wir, das heißt insbesondere die Schulen, erheben heute mehr Daten als jemals zuvor und, was vor allem

A wichtig ist, wir machen daraus keine Datenfriedhöfe. Aber was wir auch nicht machen, ist eine monatliche Berichterstattung an die Printmedien, welche Daten mit welchen Werten erhoben wurden, denn darum geht es nicht in der Stadt. Es geht darum, dass die Schulen Erkenntnisse über sich selber haben und deshalb ist es notwendig, bestimmte Daten zu erfassen. Deshalb haben wir im Bereich der Schulreform das Recht der Eltern und gleichzeitig die Pflicht der Schulen verankert, gegenüber der Schulöffentlichkeit ihre Daten, ihre Ergebnisse bekannt zu machen. Das war im Rahmen der Einführung der Schulinspektion und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen auch hier eine sehr hitzige Debatte, auch in den Ausschüssen und in der Deputation. Das ist ein ganz wichtiges Element, dass zunächst die beteiligten Schulen mit den Daten umgehen können. Das zweite ist der Umgang mit den Daten im Rahmen der Beratung durch ein Unterstützungsstystem. Auch hier gibt es die Offenheit, aber natürlich auch das Vertrauen, das eine Schule gegenüber dem Unterstützungsstystem haben muss, dass dieses, nämlich zum Beispiel das Landesinstitut oder ein vermittelter Berater vertraulich mit diesen Daten und Ergebnissen umgeht. Darauf hat die Schule ein Recht, wenn sie sich selber analysieren und weiterentwickeln will. Parallel dazu gibt es die Beratung mit der Schulaufsicht. Auch hier gibt es keine Geheimhaltung, aber das heißt doch nicht, dass wir sie hinausposaunen an die Printmedien. Das heißt, dass wir die Schulen auch hier vertraulich beraten, dass wir ihnen helfen, die Daten auszuwerten, damit sie aus den Daten ihre Erkenntnisse für ihre weitere Schul- und Unterrichtsentwicklung ziehen können. Diesen Gesamtüberblick, den wir ab und an brauchen, nämlich auf der Basis auch von Definitionen im überregionalen Kontext, die werden auch überregional erhoben, die gehen jetzt auch ein in die neue Bildungsberichterstattung überregional und die sind dann auch veröffentlicht. Aber die werden völlig anders sein als das, was Sie durch Ihre Große Anfrage nach den Bildungsabschlüssen hervorgerufen haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Ich stelle fest, dass die Große Anfrage, Drs. 18/7075 besprochen worden ist.

Ich rufe auf Punkt 18, Drs. 18/7196, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem bürgerschaftlichen Ersuchen vom 9. Mai 2007 (Drucksache 18/6159) – Ausbau wissenschaftlicher Exzellenz im Klimacluster.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem
bürgerschaftlichen Ersuchen vom
9. Mai 2007 (Drucksache 18/6159) –
Ausbau wissenschaftlicher Exzellenz
im Klimacluster
– Drs. 18/7196 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg bildet zusammen mit anderen norddeutschen Einrichtungen den größten bundesdeutschen Forschungsschwerpunkt zur Klimaentwicklung und Klimafolgeabschätzung. Universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen bilden den sogenannten Klimacampus. Hamburg ist – das hat die Vergangenheit gezeigt – in

dieser Forschungsrichtung sehr, sehr gut aufgestellt. Durch diese Bündelung haben wir in Hamburg eine einmalige wissenschaftliche Basis für den Klimaschutz geschaffen. Ich will an dieser Stelle nicht verhehlen, dass sowohl rote als auch grüne Wissenschaftssenatoren den Grundstock dafür mit gelegt haben, den wir in den letzten Jahren erfolgreich weiterentwickelt haben. Die Hardware stimmt also. Erst durch diese exzellenten Rahmenbedingungen für Klimaforschung in der Hansestadt Hamburg sind die Klimaforscher in der Lage, die Phänomene des Klimawandels zu erklären und Lösungsvorschläge zu formulieren. Die erfolgreiche Beteiligung an der Bundesexzellenzinitiative mit dem interdisziplinären Forschungsvorhaben CliSAP, das für die kommenden fünf Jahre circa 25 Millionen Euro Bundesmittel vorsieht, wozu die Freie und Hansestadt Hamburg noch einmal 9 Millionen Euro dazugibt oder auch der vom Bund geförderte Ausbau unseres Hamburger Klimarechenzentrums in Höhe von 33 Millionen Euro sind eindrucksvolle aktuelle Beispiele dafür, dass dieser Senat mit unserem Klimaschutzkonzept den richtigen Weg eingeschlagen hat.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Forschungsvorhaben haben Hand und Fuß, wie Sie bei einem Blick in die vorliegende Senatsdrucksache zum Klimacluster festgestellt haben werden. Sie richten sich notwendigerweise in die Vergangenheit, erarbeiten dabei zugleich institutions- und flächenübergreifend Vorfahrtsgemodelle und Maßnahmen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels, aber auch Technologien zur Energieeinsparung und Energieoptimierung. Sie haben die Klimaentwicklung in Norddeutschland im Blick und führen Programme für wissenschaftlichen Nachwuchs durch, zum Beispiel die Promotion in Erdsystem-Wirtschaften oder den Master-Studiengang "Environmental Engineering" an der HCU.

Viele Forschungsprojekte im Rahmen des Hamburger Klimaclusters sind ganz nah dran am Alltag der Bürger. Am UKE wird zum Beispiel zum Einfluss des Klimawandels auf Hautkrebskrankungen geforscht, an der TU Hamburg-Harburg werden für sturmgefährdete Stadtgebiete neue Schutzstrategien entwickelt. Das alles sind Dinge, die interdisziplinär greifen. Aus einer fünfzigjährigen Tradition in der Klimaforschung heraus mit dem 1929 bereits gegründeten Meeressbiologischen Institut der Universität Hamburg als Keimzelle ist es heute unser Ziel, das hohe wissenschaftliche Niveau zu halten und weiterzuentwickeln und bundesweit eine noch stärkere Vorreiterrolle in der Klima- und Erdsystemforschung zu erlangen. Wir sind gerade dabei, zu dieser Thematik eine Große Anfrage auf den Weg zu bringen, um noch einmal diesen Fokus zu beleuchten.

Mit seinem vielfach ausgezeichneten Kinofilm "Eine unebene Wahrheit" hat der diesjährige Friedensnobelpreisträger Al Gore die Problematik des Klimawandels aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft herausgeholt. CO₂-Emissionen, schmelzende Gletscher, die steigende Anzahl von Wirbelstürmen gehen uns alle an, auch wenn sich diese Phänomene Gott sei Dank noch nicht immer direkt vor unserer Haustür abspielen. Die Folgen des Klimawandels, das ist mittlerweile klar, sind global. Es ist Al Gores Verdienst, dass das Thema Klimawandel die Bedeutung erlangt hat, die Beachtung erfährt, die nötig ist, um wirksame Lösungsstrategien zu entwickeln. Vor allem ist es durch den Kinofilm gelungen, die Menschen auf der Straße ein Stück weit wachzurütteln.

C

D

A Einmal sensibilisiert für das Thema ist es nun Aufgabe der Sozial- und auch der Kulturwissenschaften, aus einer Gesellschaft gleichgültiger Achselzucker verantwortungsbewusste Bürger zu machen, die eben nicht resignieren oder in lärmenden Aktionismus verfallen, sondern in die Lage versetzt werden, als Individuen einer Gesellschaft eine kulturelle Anpassungsleistung zu vollbringen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass der Klimawandel auch eine gesellschaftliche Herausforderung darstellt, denn der Klimawandel wird auch unsere Gesellschaft verändern. Deshalb sind neben den schon beteiligten Naturwissenschaften auch Sozialpsychologen, Mentalitätshistoriker, Anthropologen oder Religionswissenschaftler gefragt.

(Beifall bei Karen Koop CDU)

– Wenigstens Frau Koop unterstützt dies. – Diese können uns Antworten darauf liefern, vor welche kulturellen Anpassungsleistungen uns der Klimawandel stellt. Sie können zum Beispiel danach fragen, wie der Mensch es lernt, die technisch-naturwissenschaftlichen Risikoexperten kritisch zu lesen, wie man globale Gefahren auf regionale Parameter herabbricht. Wenn wir Klimaforschung mehr als Thema der Sozial- und Geisteswissenschaften verstehen, dann nehmen wir auch den Wertewandel und die Konsumentenmacht verstärkt in Augenschein. Kurzum: Die Folgen des Klimawandels werden kulturelle und soziale Änderungen bewirken und diesen neuen Herausforderungen können wir zum Beispiel mit den Geisteswissenschaften begegnen, eine wahre Herausforderung gerade im laufenden Jahr der Geisteswissenschaften. Ich fordere Sie von dieser Stelle aus auf,

B diesen Ball noch stärker aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Für die Geistes- und Kulturwissenschaftler stellen sich Fragen derart, was macht Menschen krisenresistent, überlebensfähig, abgeklärt gegenüber solchen Schreckensszenarien wie dem Orkan Kyrill in diesem Jahr oder der Flut von New Orleans, wie lernen sie, die technisch-naturwissenschaftliche Risikoexpertise kritisch zu lesen, wie übersetzt man kosmische Gefahren in regionale und lebensweltliche Parameter.

Was die Naturwissenschaften angeht, so geben das erfolgreiche Exzellenzcluster und der Antrag CliSAP schon die Richtung vor, wie es laufen soll. Aber wir müssen transdisziplinäre Forschungen betreiben, also Forschungen über diese Disziplin hinaus. Das wird eine Herausforderung der Hochschulen in den nächsten Jahren werden. Der geowissenschaftliche Kern muss erweitert werden durch Beiträge aus den Ingenieur- und Agrarwissenschaften. Wirtschaftsrechtswissenschaften müssen ebenso ihren Beitrag zur Klimaforschung leisten. Nicht zuletzt sind auch Antworten und Konzepte aus den Geistes- und Kulturwissenschaften gefragt und ich glaube, das Signal ist deutlich geworden, dass hier auch exzellente Forschung betrieben werden kann, wenn der Fokus auf diese wirklich globale Herausforderung gerichtet wird.

In der Zeitung "Die Zeit" vom 1. November konnte man unter der Überschrift lesen:

"Von der Natur- zur sozialen Katastrophe

Der Klimawandel ist hinsichtlich seiner Genese und der möglichen Projektionen ein Gegenstand

C der Naturwissenschaften, aber hinsichtlich der Folgen ein Gegenstand der Sozial- und Kulturwissenschaften. Denn seine Folgen sind sozial und kulturell, nichts anderes. Es sind also nicht allein erneuerbare Energien und nachhaltige Umweltpolitiken gefragt, sondern vor allem kluge Einsichten über Charaktere und soziale Netze, die unangenehme Überraschungen einkalkulieren und Rückschläge verdauen können."

(Beifall bei der CDU)

Mein Abschluss zu diesem Thema soll sein, Klimaforschung nicht auf die Naturwissenschaften und die Techniken allein zu reduzieren, sondern alle Disziplinen der Hochschulen und Universitäten mit in dieses Boot zu nehmen im Interesse der Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Professor Brüning hat das Wort.

Dr. Barbara Brüning SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was Herr Kollege Beuß hier vorgetragen hat. Der Klimaschutz und die Erforschung des Klimasystems sind etwas, das alle in diesem Haus interessiert. Insofern begrüßt die SPD-Fraktion natürlich auch, dass es gelungen ist, mit dem Exzellenzcluster CliSAP Mittel aus der Exzellenzinitiative des Bundes nach Hamburg zu holen. Herzlichen Glückwunsch an alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die daran beteiligt waren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

D Ich finde es gut, Herr Beuß, dass Sie auch darauf hingewiesen haben, dass es seit 30 Jahren Klimaforschung in Hamburg gibt. So etwas zaubert man nicht aus der Hosentasche und auch nicht in zwei Legislaturperioden. Insofern ist es eine verdienstvolle, mühevolle Arbeit gewesen, die – ich wiederhole es noch einmal – belohnt worden ist.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

Für die SPD-Fraktion ist es aber auch wichtig, dass in diesem Projekt die Nachwuchsförderung nicht zu kurz kommt und einen wichtigen Platz hat. An der geplanten Graduiertenschule wird ein neues interdisziplinäres Master- und Doktorandenprogramm zur Klimawechselwirkung und Klimaauswirkung entwickelt und ich finde es auch wichtig, für Nachwuchs zu sorgen, denn sonst ist es mit der Exzellenz vielleicht irgendwann zu Ende.

Der Bericht des Senats zeigt aber, dass nicht nur der erfolgreiche Exzellenzcluster CliSAP eine wichtige Rolle in der Klimaforschung spielt, es gibt auch viele andere kleine Projekte mit einem stärkeren Hamburg-Bezug, wie zum Beispiel die Erforschung von Klimaschwankungen und Wasserzirkulationen. Auf das Projekt der UKE-Untersuchung, welche Auswirkungen das Klima auf Hautkrebskrankungen hat, hat Herr Beuß schon hingewiesen. Das hat einen sehr starken praktischen Bezug und bewegt natürlich viele Menschen in dieser Stadt.

Auch die TU Hamburg-Harburg hat einen neuen Klimaschwerpunkt "Klimaschonende Energie- und Umwelttechnik" eingerichtet. Hier geht es institutionenübergreifend um effiziente Energieumwandlung und Energieverteilung, um effiziente Biomassenutzung und um Katastro-

A phenmanagement überschwemmungsgefährdeter städtischer Gebiete. Herr Beuß hat schon auf Kyrill hingewiesen, der in der Karibik war, aber so etwas ist auch in unseren Breiten möglich.

Die von mir kurz skizzierten Projekte zeigen, dass Hamburgs Forschung nur dann erfolgreich ist, wenn eine interdisziplinäre Zusammenarbeit erfolgt. Die Tendenz der Senatspolitik, Hamburgs Hochschullandschaften in immer kleinere Einheiten zu zerlegen, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Nur größere Einheiten können größere Forschungsaktivitäten erfolgreich bündeln. Wir fordern deshalb, auch in anderen Forschungsbereichen, wie zum Beispiel der Bio- oder Nanotechnologie, derartige Forschungsverbünde gezielt zu fördern. Ich stimme Ihnen zu, Herr Beuß, dass auch die Geisteswissenschaften mit einbezogen werden müssen. Der Universität Konstanz ist es zum Beispiel gelungen, ein Exzellenzcluster in den Geisteswissenschaften zu bekommen. Warum sollte so etwas nicht auch in Hamburg möglich sein.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Kooperation zwischen der Klimaforschung und Firmen im Bereich Umwelttechnik und Energiewirtschaft. An einigen Projekten sind bereits laut Bericht des Senats Ingenieurbüros beteiligt gewesen. Aus meiner Sicht sollte ein politisches Rahmenkonzept entwickelt werden, wie Forschung und Wirtschaft besser und effizienter miteinander kooperieren könnten.

Im Bereich der Biotechnologie haben wir dies im Gegensatz zu den süddeutschen Bundesländern versäumt. Beim Klimaschutz sollten wir diesbezüglich schneller handeln.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL)

Die Erforschung des Klimasystems sollte auch zu Handlungsoptionen für den Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels führen. Dieses Thema bewegt viele Menschen nicht nur in Hamburg und sie erwarten von der Wissenschaft konkrete Hilfestellungen für den Klimaschutz. Hamburgs Hochschulen sind exzellent gerüstet, diese Herausforderung anzunehmen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Herr Maaß das Wort.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Begriff Klimaforschung in der Antwort des Senats hat drei Ebenen, nicht nur die Klimaforschung im engeren Sinne, also wo es darum geht, das Klimasystem zu verstehen, sondern auch die Klimaschutzforschung, also erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Technologieentwicklung und drittens die Klimafolgenforschung. Es ist auch durchaus vernünftig, diesen Begriff so weit zu verstehen.

Herr Beuß hat den Schwerpunkt auf die sozioökonomischen Folgen gelegt. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass wir in der Wissenschaftspolitik einen stärkeren Fokus setzen müssen. Ich möchte in meiner Rede den Fokus auf den zweiten Bereich legen, nämlich auf den Bereich der Klimaschutzforschung, denn über die Klimaforschung im engeren Sinne haben wir bereits in der letzten Bürgerschaftssitzung, als wir über das Klimarechenzentrum gesprochen haben, ausführlich gesprochen.

Gestatten Sie mir vorab eine Bemerkung. Wenn wir über Klimaschutzforschung sprechen, dann ist es gut, dass die Hochschulen in Hamburg im Bereich der Forschung vieles selber in die Wege leiten. Aber wir sollten nicht den Fehler begehen, den Hochschulen zu sagen, hier ist das Problem, bitte forscht, und ihnen gleich das Problem mitliefern, das sie beforschen sollen. Genau das passiert nämlich, wenn wir die Weichen falsch stellen und ein Kohlekraftwerk in Moorburg bauen. Diesen kleinen Exkurs müssen Sie mir an dieser Stelle gestatten. Es wäre falsch zu sagen, wir vergrößern erst einmal das Problem und sorgen dann dafür, dass die Wissenschaftler irgendwie erforschen, wie wir aus dem Schlamassel herauskommen.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Klimaschutzforschung heißt in erster Linie die Erforschung von Möglichkeiten zur effizienteren Nutzung von Energie, zur Einsparung von Energie und eben auch des Einsatzes von erneuerbaren Energien. Das ist notwendig, um in diesem Bereich nach vorne zu kommen. Gestatten Sie mir zunächst einmal, dass es mich ein wenig verwundert, dass in der Unterrichtung des Senats nur punktuell gesagt wird, was an den Hochschulen läuft. Wir wissen aus der Großen Anfrage der GAL-Fraktion aber, dass an den Hochschulen im Bereich Klimaschutztechnologien noch sehr viel mehr läuft. Insofern ist die Unterrichtung des Senats hier nicht ganz vollständig.

Was mir aber am meisten fehlt, ist ein wirklicher Ansatz, eine politische Darstellung, wie der Senat auch strukturell die Bedingungen in Hamburg verbessern will, um die Klimaschutztechnologien voranzubringen. Was will dieser Senat eigentlich tun, damit die erneuerbaren Energien in der Forschung auf bessere Beine gestellt werden? Wenn wir unseren nördlichen Nachbarn Schleswig-Holstein angucken, dann werden dort ganz konkrete Schritte unternommen. Es wird gesagt, wir machen einen Verbund unserer Hochschulen in Schleswig-Holstein, die ein Exzellenzzentrum Windenergie liefern sollen. Warum machen wir in Hamburg nicht einen entsprechenden Forschungsverbund, eine entsprechende Plattform beispielsweise im Bereich Bioenergie, wo wir gar nicht schlecht sind, wo wir sehr viele verschiedene Forschungsinstitutionen haben, die in den unterschiedlichen Bereichen forschen? Warum machen wir keine entsprechende Vernetzung im Bereich Solarenergie, wo sich die Hochschulen teilweise erst auf Veranstaltungen von uns kennenzulernen und dann gesagt wird, du machst ja auch etwas im Bereich erneuerbare Energien. Das war ein Moment, wo ich gedacht habe, da kann doch irgendetwas nicht stimmen.

Deswegen orientieren wir uns bei unseren Vorschlägen auch an dem, was beispielsweise in Nordrhein-Westfalen geschieht, wo nicht nur das Wissenschaftsministerium, sondern auch das Wirtschaftsministerium in der Landesinitiative Zukunftsenergien in Nordrhein-Westfalen zusammenarbeiten, wo Arbeitsgruppen nicht nur hochschulübergreifend gebildet werden, sondern auch übergreifend zwischen den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Forschungseinrichtungen in den Unternehmen, wo der Staat eine Plattform für bestimmte Forschungsbereiche organisiert, bei der man sich regelmäßig trifft und sich austauscht. Das ist etwas ganz Pragmatisches, etwas ganz Einfaches, das man machen könnte, was auch die Wirtschaft mit einbezieht, die wir

C

D

A erstaunlicherweise in Hamburg noch sehr viel stärker im Bereich der erneuerbaren Energien haben als die Ansätze aus der Forschung. Hier kann man mit sehr wenigen Mitteln wirklich sehr viel tun und ich vermisste schlicht in dieser Drucksache einen strukturellen Ansatz, wie der Senat die Bedingungen durch solche Elemente von Vernetzung verbessern will.

Was ich ebenfalls sehr schade finde, ist, dass der Senat gerade dabei ist, eine gute Chance zu vergeben. Es hat neben der Exzellenzinitiative, die Erfolg gehabt hat, von der heute schon im Bereich Klimaforschung die Rede war, einen weiteren Antrag aus den Hamburger Hochschulen im Rahmen der Exzellenzinitiative gegeben, das Projekt des Promotionskollegs "Hamburg – The Energizing City". Wenn man sich diesen Projektantrag durchliest – die Gutachter haben auch eine sehr wohlmeinende Stellungnahme abgegeben, auch wenn es im Ergebnis keinen Erfolg gehabt hat –, dann ist das ein Ansatz, den wir weiter verfolgen sollten, wenn vielleicht auch nicht im Rahmen der Exzellenzinitiative, aber mit den Mitteln, die wir als Land haben, ein Ansatz, wo genau wieder das getan wird, wovon ich eben sprach, dass hochschulübergreifend geschaut wird, wie wir all die Verbindungspunkte, die wir im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben, zusammenbringen und daraus einen Mehrwert bilden können. Genau das wird mit diesem Antrag getan. Zudem ist die Finanzierung recht pfiffig. Die Universitäten haben schon signalisiert, sich mit einem Drittel an der Finanzierung zu beteiligen und dann noch das Angebot gemacht, ein Drittel über Drittmittel aus den Unternehmen über Sponsoren zu holen. Wir haben in Hamburg sehr viele Unternehmen, die sich aufgeschlossen zeigen und die teilweise an diesem Antrag mitgearbeitet haben, insbesondere das Unternehmen REpower.

B Es fehlt aber noch die wohlwollende Begutachtung durch den Senat, ein Signal zu sagen, auch der Senat wird seinen Beitrag erbringen, um dieses Promotionskolleg mit zu finanzieren. Da wundert mich schon das Verhalten des Senats, dass die Behördenleitung solche Dinge nicht mit den Wissenschaftlern kommuniziert. Das sind ja nicht irgendwelche Personen, die das machen, sondern das sind Spitzenforscher und dann werden irgendwo auf Abteilungsleiterebene die Dinge einfach abgebügelt. Wir können hier noch so viel über diese Drucksache im Einzelnen und auch über die guten Sachen reden, aber wenn so etwas passiert, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Stimmung an den Hochschulen, was den Punkt Klimaschutztechnologien angeht, Ihnen gegenüber, Herr Dräger, nicht besonders gut ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ein Ansatz, den wir ebenfalls weiter verfolgen sollten, ist der Bereich der Großforschungszentren. Wir wissen alle, dass wir in Norddeutschland eine dramatische Unterrepräsentation von Großforschungszentren im Vergleich zum Rest der Republik haben, dass wir eine echte Technologieschwäche haben. Wir sollten gerade im Bereich der erneuerbaren Energien, weil wir außeruniversitär und in den Hochschulen gute Ausgangsvoraussetzungen haben, alles daransetzen, ein Großforschungszentrum nach Hamburg zu holen. Dass das mit politischem Willen geht, haben Sie selber bewiesen, indem Sie das Großforschungszentrum zur Nanotechnologie nach Hamburg holen, Herr Dräger.

Vielleicht kann das ein Anknüpfungspunkt sein, um das im Bereich Dünnschichtsolarzellen auch weiter zu entwi-

C celn. Aber was ist mit den Bereichen der Bioenergien oder der Windenergien, wo sicherlich noch nicht alles technologisch ausgereift ist, sondern noch Möglichkeiten vorhanden sind. Da müssen wir auch die Möglichkeiten nutzen und in Norddeutschland unsere Stärken, die wir hier haben, sehr viel weiter nach vorne bringen und auch in Richtung Großforschungszentrum weiter denken.

Die Finanzierungsmöglichkeiten haben wir Ihnen bereits im Antrag mitgeliefert, den meine Fraktion zur Wissenschaftsstiftung vorgelegt hat, wo wir ganz klar sagen, einen Schwerpunkt sehen wir aktuell im Bereich der Klimaforschung. Dass Sie dieses Geld nicht wollen, ist ziemlich schade, Herr Dräger. Ich verstehe nicht, wie man als Wissenschaftsminister ernsthaft dagegen sein kann, aber es zeigt doch, dass die Finanzierungsmöglichkeiten auch hierfür vorhanden sind. Im Übrigen ist es auch möglich, durch eine Umschichtung innerhalb Ihres Haushalts, wie es unsere grüne Wissenschaftsministerin damals gemacht hatte, Akzente zu setzen.

D Wenn Sie mir einen Exkurs gestatten: Extrem wichtig finde ich den Bereich der Ausbildung außerhalb der Universitäten. Wer sich mit den Menschen unterhält, die im Bereich erneuerbare Energien in der Wirtschaft tätig sind, erfährt, dass dort im Moment ein eklatanter Fachkräftemangel herrscht. Das betrifft die Hochschulbildung, es betrifft aber auch die Bildung auf der Ebene darunter. Deswegen müssen wir, wenn wir über Ausbildung reden, im Bereich erneuerbare Energien den gesamten Bereich mit bedenken, um diesen Fachkräftemangel zu beheben, der dort im Moment herrscht.

Ich möchte Sie zum Abschluss zu einer Veranstaltung eines Vereins einladen, dem viele Bürgerschaftsabgeordnete erfreulicherweise angehören, nämlich zur Verleihung des Studienpreises des Vereins "Neue Energie Hamburg", der zum ersten Mal am 28. November vergeben wird, wo eine Jury Nachwuchswissenschaftler, die im Bereich erneuerbare Energien hervorragende Arbeiten vorgelegt haben, ausgewählt hat. Kommen Sie am 28. November und Sie werden sehen, dass sich an Hamburger Hochschulen etwas tut. Wir sollten dafür sorgen, dass sich in Zukunft noch viel mehr tut.

(Beifall bei der GAL und bei Doris Mandel und Dr. Monika Schaal, beide SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Senator Dräger hat das Wort.

(Manuel Sarrazin GAL: Es ist alles gesagt!)

Senator Jörg Dräger: – Ich bin heute noch mal dran.

(Jens Kerstan GAL: Was, reden Sie auch noch bei mir?)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Hamburger Weg, die wissenschaftliche Exzellenz im Klimacluster auszubauen, ist, das hat die Debatte gezeigt, ein Erfolg. Sogar die umfangreichen Daten- und Forschungsergebnisse des UN-Weltklimarats IPCC – der diesjährige Friedensnobelpreisträger gemeinsam mit Al Gore – kommen aus Hamburg.

Dieser Erfolg basiert auf einer engen Zusammenarbeit der universitären und auch, Herr Maaß, der außeruniversitären Einrichtungen, die in Deutschland auf diesem Gebiet wirklich einmalig ist. Mehrere Institute der Universität Hamburg, das Zentrum für Marine und Atmosphäri-

A sche Wissenschaften, das Max-Planck-Institut für Meteorologie, das Deutsche Klimarechenzentrum, das GKSS-Forschungszentrum Geesthacht, verschiedene Bundeseinrichtungen kooperieren hier miteinander und werden gemeinsam in den nächsten Jahren das Klimacluster ausbauen. Der Ausbau dieses Klimaclusters erhält unsre volle Unterstützung. Lassen Sie mich das an einigen wenigen Beispielen verdeutlichen.

Erstens: Das Deutsche Klimarechenzentrum wird im nächsten Jahr durch den Bund mit der Anschaffung des Höchstleistungsrechners im Wert von 33 Millionen Euro unterstützt. Wir als Stadt werden den Gebäudeausbau mit 26 Millionen Euro dank des Beschlusses der Bürgerschaft unterstützen können.

Das zweite Beispiel ist unser Exzellenzcluster, dieses eben schon erwähnte CliSAP, das nun mit insgesamt 34 Millionen Euro zusätzlich gefördert wird. Hier zeigt sich, dass sich konsequente und, das räume ich gerne ein, jahrzehntelange Schwerpunktbildung auszahlt; auch von meiner Seite noch einmal Glückwunsch an die beteiligten Wissenschaftler.

(Beifall bei der CDU)

Aber eben nicht nur die Universität, sondern auch die anderen Hochschulen liefern hier ihren Beitrag. Die TU Hamburg-Harburg wird sich im Rahmen eines PPP-Vorhabens mit dem Aufbau des Zentrums für Klimafolgen-Engineering und Klimafolgen-Management befassen, das wurde eben schon erwähnt, außerdem die HafenCity Universität, was ich auch sehr begrüßenswert finde. Die erste große forschungs- und ressortübergreifend eingerichtete Gruppe dort ist die "Ressourceneffizienz in Architektur und Planung". 13 Professorinnen und Professoren aus allen vier Bereichen – Architektur, Bauingenieurwesen, Stadtplanung, Vermessungstechnik – sind hier eingebunden und engagieren sich auch im Master-Studiengang "Environmental Engineering".

Das mittelfristige Ziel des Senats ist aber die Entstehung des KlimaCampus Hamburg, an dem wir arbeiten. Mit der Graduiertenausbildung der internationalen Graduierschule Klimasystemwissenschaften und den etwa 100 zusätzlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden drei Forschergruppen und sieben Jungforschergruppen zum Thema Klimaforschung agieren.

Meine Damen und Herren! Wissenschaftliche Exzellenz – das Thema ist mir wichtig, auch Wolfgang Beuß erwähnte es eben – wird nur durch eine enge Zusammenarbeit von Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Medizinern, Soziologen, Juristen sowie Wirtschafts- und Kulturwissenschaftlern erreicht werden können. Das hat auch die Anhörung in Bonn gezeigt, wo wir das Klimacluster vorgestellt haben. Ich kann mich an keine Frage zur disziplinären Forschung erinnern. Es wird angenommen, dass die Leute das sowieso können. Was die Gutachter interessiert hat, war die interdisziplinäre Einbindung dieses CliSAP: Wie sind die Medienwissenschaften dabei, um die Folgen und Notwendigkeiten in der Klimaforschung zu transportieren, wie sind die Sozialwissenschaftler dabei, wie sind die Wirtschaftswissenschaftler dabei, wie schafft man diese interdisziplinäre Verbindung; das waren die entscheidenden Fragen.

Ich bin überzeugt, dass die Hamburger Wissenschaft hier sehr gut gerüstet ist. Die Hochschulen und die außeruniversitären Einrichtungen verfügen über die nötigen Kompetenzen, auch über die jahrzehntelangen Erfahrungen in

C dieser interdisziplinären Zusammenarbeit. So wird sich das Klimacluster erfolgreich weiterentwickeln vom Ausbau der Exzellenzen der Klimaforschung im engeren Sinne über diese strukturierten Nachwuchsprogramme bis hin zu Fragestellungen und Vorhaben zur Verminde rung des menschlichen Einflusses auf das Klima und zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels.

Die ersten Schritte sind getan, der Ausbau der wissenschaftlichen Exzellenz im Klimacluster läuft. Wir unterstützen als Wissenschaft das Klimaschutzkonzept des Senats und jetzt gilt es, diese erfolgreich begonnene Arbeit in den nächsten Jahren ebenso erfolgreich fortzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drs. 18/7196 Kenntnis genommen hat.

Damit kommen wir zu Punkt 8, Drs. 18/6969, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf – Integrative Förderzentren und Integrative Regelklassen.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit für
Kinder mit sonderpädagogischem För-
derbedarf – Integrative Förderzentren
und Integrative Regelklassen
– Drs. 18/6969 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Herr Heinemann wünscht das Wort.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, unabhängig von irgendwelchen Streitigkeiten ist unser gemeinsames Ziel, die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in unseren Schulen zu verbessern. Allerdings waren wir uns in den vergangenen Jahren in der Frage weniger einig, wie wir dieses Ziel nun konkret erreichen.

SPD und GAL haben stets den Ausbau der integrativen Regelklassen gefordert, haben aber auch immer hinter vorgehaltener Hand zugegeben, dass sie in ihrer eigenen Regierungszeit nicht so aktiv gewesen sind. Sie haben es auch nicht geschafft, aus dem Schulversuch ein Regelangebot zu machen.

Uns ging es schon immer weniger um die Frage der Institution, sondern mehr um ein wohnortnahe und flexibles sowie vor allem um ein fachgerechtes Förderangebot für alle Kinder. Das wollten wir auch nicht mit der Gießkanne verteilen, sondern gezielt und diagnosegeleitet.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Bis zum Sommer dieses Jahres war die Situation in Hamburg eigentlich unbefriedigend. Wir hatten 35 Grundschulen, in denen Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bereichen Sprache, Lernen sowie – wie es fachmännisch heißt – emotionale und soziale Entwicklung in integrativen Regelklassen unter-

A richtet wurden. In 215 anderen Grundschulen gab es leider keine Förderung.

Wir haben vor drei Jahren die Einrichtung von Förderzentren gefordert. Ich bin der Bildungsbehörde sehr dankbar, dass es jetzt nach umfangreichen Vorarbeiten gelungen ist, in zwei Pilotregionen entsprechende Standorte einzurichten.

Ich will Sie nun nicht und insbesondere die Nicht-Bildungspolitiker mit allen Details hinsichtlich des Aufbaus von Förderzentren langweilen. Das kann man bei Interesse gern in allen Details und Ausführungen meiner Großen Anfrage entnehmen. Aber es gab noch einige Details in den Antworten, die gerade aufgrund der Debatten, die wir früher geführt haben, sehr interessant waren.

Zum Ersten finden sich – und das zeigen die Zahlen – Kinder mit entsprechendem sonderpädagogischem Förderbedarf an viel mehr Schulen, als Frau Goetsch noch in unserer Debatte vor drei Jahren angenommen hat. Die 44 Kinder mit diagnostiziertem Förderbedarf verteilen sich immerhin auf 37 der 41 Grundschulen. Mit anderen Worten, in jeder Schule hat ziemlich genau ein Kind einen sonderpädagogischen Förderbedarf.

Das zeigt – und deshalb habe ich die Unterstützung angeboten –, dass wir viel mehr in die Fläche gehen müssen, als es die integrativen Regelklassen bislang haben leisten können. Es zeigt aber auch, dass der Förderbedarf, der dann in einer Schule entsteht, nicht ausreicht, um wirklich aus jeder Fachrichtung einen Sonderpädagogen an dieser Schule zu beschäftigen. Zumindest die Zahlen des ersten Jahrgangs bestätigen die Thesen, die wir seinerzeit aufgestellt haben.

Zum Zweiten werden immerhin über 70 Prozent der Kinder derzeit integrativ in ihren Stammschulen unterrichtet und nur 13 Kinder werden im Förderzentrum geschult. Das zeigt, dass die Vorwürfe, die wir vor drei Jahren von der SPD und der GAL erhalten haben – wir würden die Integration abschaffen und alle Kinder in Förderzentren aussondern wollen –, völlig absurd gewesen sind. Manches Mal weniger Schlagworte und dafür mehr Sachlichkeit, gerade von Ihnen Frau Goetsch, würden dieser Debatte dann etwas gut tun.

Zum Dritten haben wir – glaube ich – in dem Streit um das Für und Wider von IR-Klassen und Förderzentren eine sehr objektive und faire Lösung gefunden. Professor Schuck, der die integrativen Regelklassen wissenschaftlich begleitet hat, wird die Arbeit der Förderzentren in den Pilotregionen evaluieren, damit wir hinterher auf Basis von Fakten und nicht von Vermutungen entscheiden können, wie wir die Integration in Hamburgs Grundschulen weiter ausbauen.

Allerdings eines wundert mich in der Diskussion der letzten Woche doch ein wenig. In der Vergangenheit wurden uns von den Vertretern der integrativen Regelklassen immer wieder die Berichte von Professor Schuck vorgehalten, um den Erfolg Ihrer Arbeit zu beweisen. Jetzt ist Professor Schuck plötzlich beim Verband der IR-Schulen in Ungnade gefallen. Was war passiert?

(Christa Goetsch GAL: Das stimmt doch gar nicht, so ein Quatsch!)

– Na ja, das kann man zumindest so lesen, beispielsweise in "der tageszeitung". Die Professoren Schuck und Rauer haben in der Studie festgestellt, dass die

IR-Grundschulen trotz ihrer erheblichen zusätzlichen Ressourcen nur etwas schlechter abschneiden als vergleichbare, wohlgernekt auch sozialvergleichbare, Parallelschulen. Weiterhin haben sie festgestellt, was mich besonders erstaunt, dass die IR-Grundschulen trotz ihrer konzepteigenen Verpflichtung, Klassenwiederholungen zu vermeiden, mit Abstand den größten Anteil an Wiederholern haben.

(Wilfried Buss SPD: Aber die kommen ja nicht von selber!)

Nun kann man lange über die Details der Studie streiten. Aber eines kann man sicherlich nicht mehr, und zwar die IR-Schulen über den grünen Klee loben, so wie Frau Boeddinghaus das noch vor drei Jahren getan hat und sagen, dass das Konzept das beste ist und kein anderes es sein kann.

Die Professoren Schuck und Rauer haben im Übrigen den Finger noch etwas tiefer in die Wunde gelegt. Sie haben nämlich erklärt, dass viele IR-Grundschulen in sozialen Brennpunkten gegründet worden sind, und zwar von Lehrern, die sich sicherlich völlig zu Recht davon eine bessere Unterstützung für ihre Arbeit in diesen sozialen Brennpunkten erhofft haben.

Durch den leider bewussten Verzicht auf eine sonderpädagogische Diagnostik hat man aber nicht gemerkt, dass man es offenbar nicht primär mit einem sonderpädagogischen, sondern mit einem sozialen und kulturellen Förderbedarf zu tun hat und hat zumindest teilweise die real vorhandenen Probleme mit den völlig falschen Mitteln bekämpft. Die Professoren Schuck und Rauer formulieren das etwas wissenschaftlicher und sagen: Die Ergebnisse sind keine Phänomene, denen mit traditioneller behindertenpädagogischer Technologie zu begegnen wäre.

Die CDU hat das genau erkannt und hat daher die richtigen Maßnahmen eingeleitet, die ich vorhin bereits in Teilen erwähnt habe. Wir haben die Viereinhalbjährigenuntersuchung, wodurch wir die Förderbedarfe in den sozialen Brennpunkten früh erkennen. 983 Kinder in sozialen Brennpunkten erhalten in diesem Jahr vor der Grundschule eine verpflichtende Sprachförderung. Das sind immerhin knapp 1 Million Euro. Sie besuchen gleichzeitig verpflichtend kostenlos die Vorschule.

In allen Grundschulen in den sozialen Brennpunkten haben wir die Basisfrequenzen auf 18 Schüler gesenkt, was aufwachsend 200 Lehrerstellen kosten wird. Für alle Ganztagsgrundschulen in schwierigen Stadtteilen haben wir 34 zusätzliche Erzieherstellen zur Verfügung gestellt. 12 Grundschulen in sozialen Brennpunkten haben wir seit 2001 in Ganztagschulen umgewandelt, die ebenfalls eine zusätzliche Belastung von 2,5 Millionen Euro jährlich an Betriebskosten ausmachen. 22 Eltern-Kind-Zentren haben wir zusätzlich geschaffen und 688 Mütter haben im letzten Schuljahr an Mutter-Kind-Sprachkursen teilgenommen.

Ich glaube, das zeigt, dass wir mit unseren Konzepten gleich zwei Gruppen fördern, ohne sie aber – wie bislang in der Vergangenheit – zu vermengen. Zum einen verbessern wir mit integrativen Förderzentren deutlich die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und zum anderen haben wir uns mit der Bildungswende und der Initiative "Lebenswerte Stadt" erheblich für die Stadtteile mit sozialen Schwierigkeiten engagiert, um die dortigen Nachteile auszugleichen und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. – Vielen Dank.

C

D

A (Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Lein.

Gerhard Lein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion! Sie werden sich erinnern, Ihrem Antrag, Drs. 18/860, ging seinerzeit ein Beben voraus. Frau Knipper, dem damaligen Bildungssenator Lange von Ihrer Koalitionspartei FDP als Aufpasserin und pädagogisches Korrektiv zugeordnet, hatte das Handtuch geworfen. Warum? Ihr Konzept zur Ausweitung der integrativen Regelklassen wurde vom Chef nicht unterstützt und von der eigenen Fraktion nicht getragen. Sie hatte seinerzeit die Ausweitung der integrativen Regelklassen in die Fläche gefordert und durchkalkuliert. Allein die eigenen Parteifreunde wollten das nicht. Sie, Herr Heinemann, und Ihr Vorgänger Herr Drews hatten an diesem Fiasko einen erheblichen persönlichen Anteil.

(Beifall bei Wilfried Buss SPD – Robert Heinemann CDU: Der Erfolg zeigt sich heute!)

– Das wollen wir mal abwarten.

Warum wollten Sie eigentlich kein integriertes Konzept?

– Weil die Sonderpädagogik als genuines Element der Grundschulpädagogik im System wirkt. Aber warum dann nicht wenigstens ein modifiziertes, von mir aus auch ressourcengesteuertes Verfahren, wie wir es bei der Sprachförderung in den Schulen kennen? So wie in Schweden jede Schule eine Krankenschwester hat, so könnte in Hamburg an jeder Grundschule ein Sonderpädagoge Kinder vor dem Absturz in die Förderschule bewahren und somit ein personifiziertes Zentrum für pädagogische Diagnostik sein. Aber so wenig, wie Sie von der Förderschule selbst lassen wollen – nebenbei gesagt ist Ihr Zwei-Säulen-Konzept in Wirklichkeit ein öffentlicher Schwindel, denn die dritte Säule verschweigen Sie, das wissen Sie ganz genau –, genauso wenig ist Ihnen an einer integrativen sonderpädagogischen Arbeit in Grundschulen gelegen. Auf keinen Fall inklusive Pädagogik, sondern aussortieren.

B Sie formulieren, dass Sie vom Gießkannenprinzip weg wollen. Aber in Wirklichkeit wollen Sie sonderpädagogische Kompetenz auf keinen Fall selbstverständlich in den Grundschulkollegien verankern.

Sonderpädagogische Fachleute aus Ihren neuen Förderzentren werden stundenweise hinzugezogen beziehungsweise die Kinder herausgezogen. Sie haben die Zahl genannt, und zwar 44 Kinder aus ersten Klassen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in 37 Schulen. Es kann sich jeder im Kopf ausrechnen, wie viel – besser gesagt – wie wenig Zeit der Sonderpädagoge in der einzelnen Klasse mit dem speziellen Schüler integrativ verbringt. Dann wird auch dem letzten Schüler der Klasse und seinen Eltern klar, wer das Statuskind ist. Integratives Förderzentrum nennen Sie das, ich nenne das immer noch Ausgrenzung.

Nun nimmt der Senat ausgerechnet die beiden Wissenschaftler Professor Rauer und Professor Schuck mit einigen ihrer Befunde aus einem Aufsatz über KEES-4-Daten "Vergleich zwischen Regelgrundschulen und IR- respektive Integrationsklassen" als Kronzeugen für das angebliche Scheitern der IR-Schulen und des IR-Konzepts in Anspruch. Das ist schon schäbig.

C Hohe Klassenwiederholungszahlen von Schülern in IR-Grundschulen diesem Konzept anzulasten

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

– warten Sie ab, dieser Punkt kommt erst noch –, wie der Senat das versucht, verschweigt ganz bewusst die Tatsache, dass eine hohe Zahl von Wiederholern in diese IR-Schulen hineinwechselt. Und diese Klassenwiederholungen werden nicht in der Regelgrundschule gezählt, sondern dort, wo das Kind gelandet ist.

Den gleichen Rechentrick machen Sie an den Gesamtschulen. Sie führen aus, dass dort viele Klassenwiederholer sind und wissen dabei ganz genau, dass es Eingewechselte sind, die woanders die Klasse hätten wiederholen müssen und dann in die Gesamtschule gehen. Genau dieses Problem haben wir in den IR-Klassen. Sie wollen das nur nicht wahrhaben.

(Robert Heinemann CDU: Die Studie hätte ich gern von Ihnen! Belegen Sie das mal, Herr Lein!)

Lieber Herr Heinemann, in diesem Fall hätten Sie selbst die Antwort des Senats korrigieren müssen, wenn Sie offen gewesen wären. Das ist eine missverständliche Darstellung.

(Unmutsäußerung von Robert Heinemann CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Heinemann! Fahren Sie fort, Herr Lein.

D

Gerhard Lein (fortfahrend): In der gleichen Form hat der Senat bereits den Gesamtschulen falsche Zahlen unterstellt. Und wenn uns schon der Senat die richtige Antwort nicht gibt, hätten Sie, Herr Heinemann, dieses meines Erachtens korrigieren müssen, wie ich bereits erwähnt habe. Jedenfalls die Wissenschaftler werden nicht müde, genau diesen Umstand auch öffentlich darzustellen und den IR-Schulen sehr deutlich zu machen, dass sie unter diesen eingewechselten Schülern ihre Statistik natürlich erheblich verfälschen müssen.

Nun müssen wir heute nichts beschließen. Wir sollen nach drei Jahren Regierungsarbeit endlich zwei Pilotprojekte der integrativen Förderzentren parlamentarisch würdigen. Das tun wir auch, nämlich dadurch, dass wir den in den Förderzentren eingesetzten Pädagogen für ihre engagierte Arbeit unter schwierigen Rahmenbedingungen danken. Sie würden vermutlich weniger gern von Schule zu Schule reisen und mehr im Grundschulsystem selbst vor Ort arbeiten. Wir danken natürlich genauso den Lehrerinnen und Lehrern der IR-Grundschulen für ihre Arbeit an den Schulen in sozialen Brennpunkten der Stadt. Sie hätten sicherlich mehr Anerkennung für ihre kontinuierliche Arbeit in den überwiegend besonders schwierigen Stadtteilen Hamburgs verdient, als die Regierung hier austeilt.

(Beifall bei Wilfried Buss SPD)

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie als Regierungsmehrheit das Recht und die Pflicht haben, Ihre Duftmarken zu setzen, aber begrüßen müssen wir diese Entwicklung nicht und das tun wir auch nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann mich eigentlich meinem Vorrredner anschließen, will aber an dieser Stelle noch einmal betonen, dass ich es für ausgesprochen unerträglich halte, dass gerade Professor Schuck und Professor Rauer für diese missratenen Politik als Kronzeugen benutzt werden. Das ist bereits erwähnt worden, kann man aber nicht oft genug betonen. Beide Professoren haben sich in der Zwischenzeit öffentlich geäußert und klargestellt, wo und warum sie Probleme in einigen IR-Schulen sehen. Sie haben aber gleichzeitig erwähnt, dass sie deshalb aber nicht das ganze Konzept infrage stellen, sondern dass es darum geht, die IR-Klassen in ihrer Arbeit und in ihrer Weiterentwicklung zu verbessern. Daher kann man nicht gleich das ganze Konzept kaputt machen und das mit der fadenscheinigen Begründung, dass man allen etwas zukommen lassen will.

Sie können sich doch lebhaft vorstellen, dass die IR-Klassen schon per se Kinder jeglicher Förderungsbedarfe haben und dass dort teilweise eine Ballung von Kindern mit Schwierigkeiten verschiedenster Art stattfindet. Ob das nun Sprachförderbedarf ist oder ob das wie auch immer geartete Benachteiligungen sind, die sie von zuhause mitbringen, sind sie natürlich nicht alle sonderpädagogisch zu fördern, aber es ist einfach – und das ist auch wieder stadtteilspezifisch – eine Ballung von Kindern sozusagen mit Mühsal beladen. Sie können hier so viele Förderstunden hineinstecken, wie Sie wollen, das wird nicht in dem Sinne weiterhelfen, sondern Sie müssen es hinbekommen, diese unsägliche Selektion in den Stadtteilen zu verändern und andere Mischungen herzustellen.

Insofern wird es mit den Förderzentren nicht gelingen. Das wird nicht nur Geld einsparen, sondern es wird auch insgesamt diese Tendenz, Integration zu verringern, wie das Ihre Philosophie beinhaltet, weiter vorantreiben. Das ist etwas, was wir nicht wollen.

Ich möchte vor allen Dingen noch einmal auf die Benutzung eingehen. Hier sind wir wieder bei dem Thema Menschenbild, und was Integration eigentlich ist. Wir wünschen uns nicht nur, sondern fordern auch, dass alle Kinder mit oder ohne Handicaps und mit oder ohne Behinderung nicht weiter sortiert und nicht weiter kategorisiert werden. Keiner von Ihnen hat sich bisher dazu geäußert, was gerade die Gleichmacherei und die Nicht-Gleichmacherei bedeutet. Hierzu will ich noch einmal Professor Schuck zitieren, der sagt:

"Wenn wir in diesen Fragen weiterkommen, wäre klar, dass eine einheitliche Leistungsbewertung in Integrationsklassen keine Gleichmacherei ist, sondern dass damit das Recht aller Kinder verwirklicht wird, alle für ihren eigenen Entwicklungsprozess förderlichen Rückmeldungen zu bekommen."

Das geht mit Lernentwicklungsberichten und nicht mit Ziffernzeugnissen. Es geht also nicht um das Verwischen von Unterschieden, aber es geht auch nicht um Gleichmacherei. Es geht um Anerkennung und das Zusammenbringen von unterschiedlichen Kindern, ohne zu stigmatisieren, zu demotivieren und ohne auszugrenzen.

C Wenn Sie erinnern, im Hamburg Journal war eine sehr beeindruckende Berichterstattung von Zwillingen, die in einer solchen Klasse sind und als Zwillinge – ein Kind davon hatte eine Behinderung – erleben, plötzlich Noten zu erhalten.

Ich bin der Meinung, dass es schon seine Begründung hat, warum Integrationsklassen keine Noten geben wollen und Berichtszeugnisse bevorzugen, was überall und international in modernen Schulsystemen durchgeführt wird, siehe Skandinavien oder Kanada. Die Lehrer und Eltern wollen an dieser bewährten Praxis festhalten, weil sie damit gute Erfahrungen gemacht haben und sie diese Stigmatisierung nicht wollen.

Wenn Sie immer von der Selbstständigkeit der Schulen sprechen und vom wichtigen Engagement der Eltern sowie natürlich der Kollegen, warum überlassen Sie dann die Entscheidung nicht der Schule und den Eltern.

Wir schlagen – alles andere hat Herr Lein bereits angeführt – für die Weiterentwicklung der Integration einen ganz klaren Weg vor. Alle Förder- und Sprachheilschulen werden sukzessive nach unserem Konzept "9 macht klug" in die Regelschulen integriert. Dann haben wir genug Fachpersonal, Sonderpädagogen und Sprachheilexperten an den Schulen. Dann würden selbstverständlich Kinder mit und ohne Behinderung ihren richtigen Unterricht erhalten. Das wäre dann eine echte Bildungswende für Kinder mit und ohne Behinderung. Alles andere ist einfach wieder das bisschen Integration in der Grundschule, aber danach gehen sie auf die richtige Schule, wie Sie, Herr Heinemann, das so schön den Eltern gegenüber gesagt haben,

D (Robert Heinemann CDU: Das haben die Eltern gesagt, nicht ich!)

nach dem Motto: Spiel nicht mit den Schmuddelkindern.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich würde zu Beginn gern noch einmal auf eine Sache zurückkommen, weil Frau Goetsch gerade etwas unterschieden hat.

Sie sagten an einer Stelle, dass nicht alle Kinder sonderpädagogisch gefördert werden. Das heutige Thema ist: Wie gehen wir mit den Schülerinnen und Schülern um, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben? Das ist die Ausgangsposition. Wenn das unser Thema ist, dann stellt sich die Frage, was wir in Hamburg haben.

Wir haben in Hamburg die integrativen Regelklassen, die wir alle seit über zwanzig Jahren kennen, wenn man einmal den gesamten Zeitraum nimmt. Dem gegenüber haben wir eigentlich für die anderen Kinder gar nichts. Beziehungsweise diese Kinder haben nur die Chance, in einer Sonderschule eine entsprechende sonderpädagogische Förderung zu erhalten. Ich denke, das kann nicht das Ziel sein, sondern wir wollen eine vergrößerte Basis für die Integration schaffen.

Man könnte natürlich ganz einfach IR für alle einrichten und dann hätte sich die Angelegenheit erledigt.

Herr Lein, Sie haben die wissenschaftliche Untersuchung angezweifelt. Das tue ich nicht. Wenn es Professoren

A gibt, die sich mit dem Thema beschäftigen, maße ich mir nicht an, dass ich schlauer bin als sie. Das heißt, ich muss zunächst einmal diese Ausführungen so hinnehmen. Allerdings mit welcher Konsequenz ich das mache, ist ganz etwas anderes, aber erst einmal nehme ich die wissenschaftliche Untersuchung ernst.

(*Gerhard Lein SPD*: Ich habe sie auch ernst genommen! Ich habe auch gestern den Vortrag ernst genommen, den ich von den beiden gehört habe!)

Wenn ich diese wissenschaftliche Untersuchung durchlese, dann kann ich daraus nicht entnehmen, dass wir IR einfach auf alle Schulen ausweiten, sondern wir müssen weiterdenken und dazu werden wir auch von den Professoren Schuck und Rauer aufgefordert, weil sie der Meinung sind, dass noch mehr getan werden muss.

Wir werden die Professoren nicht als Kronzeugen verwenden. Das ist eine völlig falsche Definition dieser beiden Professoren, sondern es geht nur darum, diesen Bericht, den sie uns abgeliefert haben, als Grundlage zu nehmen, um zu sehen, ob wir ausweiten können oder nicht. Im Moment muss ich das stoppen, weil das nicht so leicht ist.

Wir gehen ganz bewusst mit einem anderen Modell in einen Piloten hinein und das auch mit einer wissenschaftlichen Begleitung, wiederum mit Professor Schuck, weil er langjährige Erfahrungen hat und häufig in bestimmten Kreisen als Vater der IR bezeichnet wird, um Erfahrungen zu sammeln und Erkenntnisse zu erhalten, die man dann miteinander vergleichen kann.

B Ich glaube, dass wir dann in dem Vergleich dieser beider Ergebnisse schon ein Stück weiterkommen und das Kind in den Mittelpunkt stellen, denn wir wollen die integrative Förderung als Grundsatz haben.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lein?

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Nein. – Ich denke, durch einen solchen Ansatz erhalten auch die Ergebnisse ein anderes Blickfeld. Wenn wir uns dann einmal anschauen, wie viele Kinder wo stehen, dann ist es im Moment unmöglich, die Situation zu beurteilen. Wenn sie an den Schulen mit den Kolleginnen und Kollegen sprechen, dann wissen sie – und das ist auch das Prinzip und das Konzept – nicht unbedingt, wie viele Kinder sie jetzt in ihrer Klasse haben, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, aber sie sagen natürlich auch ganz klar, dass sie aufgrund ihrer Professionalität schon erkennen, wer einen verstärkten und weniger verstärkten Förderbedarf benötigt.

Das ist aber noch nicht das ganze Thema, worüber wir sprechen. Wenn wir sagen, dass wir individuell fördern wollen, dann setzt es eigentlich auf der Basis von Erkenntnissen über das Kind an. Wir müssen wissen, wo das Kind steht und welche Form des eigenen Lernvermögens dieses Kind hat, um die entsprechende Hilfestellung zu gewährleisten.

Dieses Hinstellen und dieses Dokumentieren von besonderen Fördermaßnahmen mit dem Kind zeigen uns, ob das Kind im Lernerfolg dazu gewonnen hat, und zwar so, dass wir zu einer verstärkten Maßnahme übergehen können.

(*Gerhard Lein SPD*: Zum Beispiel die Förderpläne in den integrativen Grundschulen!) C

– So ist es. Wenn Sie aber in die integrativen Grundschulen gehen, so wird in manchen Fällen so etwas nicht dokumentiert.

(*Gerhard Lein SPD*: Dann sorgen Sie mal mit der Schulaufsicht dafür, dass das passiert! Die Antwort ist so simpel!)

Ich glaube, dass Sie sich noch an die Zeit erinnern können, als das Konzept ins Leben gerufen wurde.

(*Glocke*)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Senatorin, kennen Sie diese Glocke? – Danke schön. Ich würde darum bitten, das nicht zum Zwiegespräch ausarten zu lassen. Sie können sich gern noch einmal melden, Herr Lein.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Daher wollen wir jetzt mit dem Pilotprojekt "Integratives Förderzentrum" Erkenntnisse gewinnen. Wir haben die Erkenntnisse über die IR-Schulen, was aber nicht heißen soll, dass das alles Schnee von gestern ist, sondern wir haben diese Erfahrungen, die wir erst einmal so stehen lassen können. Lassen Sie uns weitere Erkenntnisse über die integrativen Förderzentren sammeln. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass das neue Konzept greift. Das heißt, dass 70 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Grundschulen verbleiben, dort, wo wir sie hinhaben wollen.

D Von daher wäre es wirklich von Vorteil, wenn wir in Hamburg dazu kommen würden, ein Gespräch zu führen, um endlich diese Grabenkämpfe zwischen dem integrativen und nicht integrativen System zu beenden. Andere Länder verstehen uns überhaupt nicht mehr, worüber wir eigentlich diskutieren.

Lassen Sie uns gemeinsam mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen nach dem besten Weg für die Kinder suchen, damit wir alle Kinder und nicht nur die Kinder, die zufällig an den 35 IR-Grundschulen sind, erreichen, um allen, die sonderpädagogischen Förderbedarf benötigen, diesen zuteil werden zu lassen und das – wenn irgendwie möglich – in der regelhaften Grundschule. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich melde mich noch einmal zu Wort, weil es mich ärgert, dass Frau Goetsch heute zum zweiten Mal ein Zitat verdreht hat. Ich hoffe, dass wird im Wahlkampf nicht immer so weitergehen, dass Zitate einfach komplett verändert werden.

(Zurufe von der GAL: Oh, oh!)

Ich zitiere stets – so auch Professor Schuck – im Original. Das ist der Unterschied. Sie zitieren so, wie Sie es gern möchten.

Eine Sache will ich noch erwähnen. Ich habe Eltern eine Geschichte vorgetragen, die Herr Buss und verschiedene

A andere Eltern, die ihre Kinder in den I-Klassen haben, mir erzählt haben.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Das nennt man Stille Post!)

Sehr viele Eltern von nicht behinderten Grundschulkindern geben ihr Kind gern in eine I-Klasse, weil diese besser ausgestattet sind und dort das soziale Lernen gefördert wird, die meisten Eltern dann aber – und mit dieser Realität müssen wir uns auseinandersetzen – ihr Kind von der fünften Klasse an nicht mehr in eine I-Klasse geben. Das habe ich gesagt und des Weiteren geäußert, dass wir uns gerade mit diesem Problem auseinandersetzen müssen, wenn wir die Integration ausbauen wollen. Ich bitte nur darum, dass wir künftig ein bisschen mehr bei der Realität bleiben, sonst landen wir irgendwo anders.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lein.

Gerhard Lein SPD: Herr Präsident! Frau Senatorin, ich weiß nicht, ob ich mich falsch ausgedrückt habe. Ich möchte auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass ich die wissenschaftliche Arbeit der beiden Professoren Rauer und Schuck kritisere beziehungsweise sie nicht ernst nehme.

Ich habe lediglich auf einen Punkt hingewiesen, auf den Sie gar nicht eingegangen sind. Die beiden Professoren erwähnen dezidiert, dass Ihre Behörde die Zahlen nicht liefert, die sie eigentlich benötigen würden, um festzustellen, wie die Zusammensetzung der IR-Grundschulklassen durch die Einwechsler ist, denn diese werden in den IRSchulen durch Sie nicht gezählt. Hierauf hätte ich gern Ihre Antwort. Die Professoren sagen, dass Sie diese Zahlen nicht liefern, also können sie diese nicht verarbeiten. Wir wissen aber, dass es erhebliche Zahlen sind.

(*Bernd Reinert CDU:* Das machen wir dann im Schulausschuss!)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6969 an den Schulausschuss zu? – Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10, Drs. 18/6971, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Patentverwertung in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Patentverwertung in Hamburg
– Drs. 18/6971 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Ahrons bekommt es.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Das Thema Patentverwertung ist deswegen so relevant, weil Forschung, Entwicklung und Innovationen für Unternehmen eine immer bedeutendere Rolle spielen und in diesem Hochlohnland Deutschland ist das ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Sie bilden für

viele, insbesondere für die mittelständischen Betriebe, die Basis für den betriebswirtschaftlichen Erfolg. C

Um auf den Märkten weiter mithelfen zu können, müssen die Unternehmen kontinuierlich ihre Innovationen weiterentwickeln. Allerdings hat nur jedes siebte Unternehmen überhaupt die Möglichkeit, eine Forschung zu betreiben. Daher ist die Wirtschaft in diesem Sinne auf die enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft angewiesen.

Hamburgs Wirtschaft brummt und wächst. Die Stadt belegt wirtschaftlich eine Spitzenposition und verfügt über eine hohe Wirtschaftskraft. Diesen Erfolg verdanken wir der boomenden Weltwirtschaft, der wirtschaftsfreundlichen Senatspolitik und zudem der hohen innovations- und technologischen Leistungsfähigkeit der Hamburger Unternehmen.

(*Ingo Egloff SPD:* Und der guten Laune des Wirtschaftssenators!)

Und Hamburg verfügt über sehr gute wissenschaftliche Einrichtungen.

Ein guter Austausch zwischen beiden Bereichen ist für unseren Wirtschaftsstandort von großer Bedeutung und darüber sind wir uns – glaube ich – fraktionsübergreifend auch alle einig.

Um dieses zu bewerkstelligen, müssen sowohl Wirtschaft als auch Wissenschaft Partner finden und eine zentrale Anlaufstelle haben, über die sich Angebot und Nachfrage treffen sowie Beratung und Dienstleistung sichergestellt werden.

(*Gesine Dräger SPD:* Eine? Eine? Aber wir haben doch zwei!) D

Das ist der Punkt und betrifft auch die Verwertung von Patenten, worauf sich die Große Anfrage bezieht, auf die im Rahmen des Wissens und Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine ganz maßgebliche Rolle zukommt.

Meines Erachtens muss in Hamburg dieser Bereich deutlich gestärkt und weiter professionalisiert werden, und zwar sowohl in die Tiefe – das heißt, in der Spezialisierung –, als auch in die Breite – das heißt, in der Zentralisierung –.

Der Senat misst dem Transfer und der erfolgreichen Verwertung des an Hochschulen und Forschungseinrichtungen entstehenden Know-How als zentraler Faktor für Wachstum und Beschäftigung unserer Stadt eine hohe Bedeutung bei. Er hat bereits vor einigen Jahren wichtige und richtige Maßnahmen getroffen.

So wurde im Jahre 2000 der Verwertungsbund Hamburg gegründet, in dem einerseits die Hochschulen als Erfinder und andererseits das Innovationspatentzentrum der Handelskammer sowie die TuTech Innovation GmbH als Patentbe- und verwerter kooperieren.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Verwertungsinitiative der Bundesregierung 2001 die Patentverwertungsagentur Hamburg gegründet, der die Aufgabe zukommt, Hochschulerfindungen zu bewerten sowie gegebenenfalls zum Patent anzumelden und alsdann zu verwerten.

Diese sogenannte PVA ist in die TuTech integriert und bildet die zentrale Stelle der Patentverwertung in Hamburg, wobei eine klare Abgrenzung der Aufgaben zur TuTech nicht ersichtlich und die Kostenstruktur der bei-

A den Institutionen intransparent ist. Parallel wurde die "Hamburg Innovation" gegründet, mit der das Transfermodell der TU Hamburg-Harburg auf andere Hochschulen ausgeweitet wurde.

Daneben leistet auch die Handelskammer mit dem Patent-Centrum im Bereich der Patentverwertung in erster Linie Arbeit für die Unternehmen. Zudem beschäftigen sich CAN, spezialisiert im Bereich der Nanotechnologie, MediGate, spezialisiert für UKE-Erfindungen, und noch weitere Einrichtungen mit der Verwertung von Patenten. Allerdings sehe ich in der Struktur der Organisation und Aufgabenwahrnehmung Verbesserungsbedarf. Allein die Anzahl der verwerteten Patente durch die PVA ist mit 31 zwischen 2001 und 2007 nicht zufriedenstellend. Ich bin ganz ehrlich: Dieses Ergebnis ist verbesserungsfähig.

(Jan Peter Riecken SPD: Oh ja!)

Auch reichen die erzielten Erlöse der PVA bei Weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. Offen ist auch die Frage, ob es der PVA fachlich und personell überhaupt möglich ist, die Aufgabe einer zentralen Patentverwertungsstelle zufriedenstellend zu erfüllen. Auch im jetzigen Mittelstandsbericht wird darauf hingewiesen, dass die Innovationstätigkeiten der Hamburger Betriebe deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, aber bei der Vermarktung von Innovationen liegt Hamburg zurück. Schon die Bandbreite der mit Patentverwertung beschäftigten Einrichtungen in Hamburg zeigt, dass über eine erfolgreiche Patentverwertung einerseits ein hoher Spezialisierungsgrad nötig ist und darum andererseits alle Akteure eng zusammenarbeiten müssen, damit Wirtschaft und Wissenschaft zueinander finden und voneinander profitieren können.

Ziel sollte es also sein, das Verwertungsaufkommen in unserer Stadt deutlich zu erhöhen und dazu müssen Unternehmen – insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe – branchenspezifisch angesprochen werden. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, zentral informiert zu werden, passende Ansprechpartner und Beratung zu finden. In den Hochschulen brauchen wir ein professionelles Management für Patente und alle Hamburger Einrichtungen sollten ihre Kenntnisse nutzen und kundenorientiert bündeln.

Eine erfolgreiche Patentverwertungsstruktur in Hamburg erfordert ein hohes Maß an Transparenz, Zusammenarbeit und Vertrauen. Darum sollten auch die Doppelstrukturen und thematischen Überschneidungen, die zudem noch Geld kosten, bei allen Einrichtungen vermieden werden. Wir müssen nach einer Lösung suchen, mit der sowohl die Partner des Verwertungsbundes wie die Handelskammer als auch spezialisierte Verwertungseinrichtungen wie MediGate oder CAN noch stärker eingebunden werden. Darum begrüße ich es sehr, dass sich die PVA verstärkt um Kooperationen kümmert, zum Beispiel mit der PVA Schleswig-Holstein. Ich bin mir sicher, dass eine stärkere Zusammenarbeit aller Beteiligten, ein verbessertes zentrales und kundenfreundliches Informations- und Beratungssystem ähnlich dem Haus der Wirtschaft, das sehr erfolgreich arbeitet, dazu beitragen wird, das Verwertungsaufkommen von Patenten in unserer Stadt zu erhöhen und unsere Wirtschaftskraft weiter zu steigern.

(Beifall bei der CDU)

C Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ahrons, es freut mich, dass wir uns einig sind, dass auf diesem Gebiet noch eine ganze Menge passieren muss. Sie haben gesagt, dass die letzten Initiativen, die eine Veränderung der Strukturen bedeuteten, die Gründung der PVA, noch aus rotgrünen Zeiten stammen. Man muss konstatieren, dass auf diesem Gebiet in den letzten sechs Jahren nicht viel passiert ist. Hamburg hat in einigen Bereichen leichte Steigerungen – das ist bundesweit so –, ist aber weit entfernt von den großen Patentbundesländern in diesem Land.

Wenn man sich das anschaut, dann haben wir in Ländern wie Baden-Württemberg eine doppelte Patentdichte pro Einwohner. Das ist ein ziemlicher Unterschied und auch bei der Patentverwertung sind die sehr gut und haben uns sehr viel voraus. Wenn man sich zum Beispiel die Informationssysteme der Baden-Württemberger im Internet anschaut, dann sieht man, dass bei uns noch eine Menge Luft nach oben ist. Ich glaube, da sind wir uns einig.

D Mich macht aber ein bisschen stutzig, dass Sie das hier zwar sagen, aber nicht darauf eingehen, warum sich in den letzten sechs Jahren an der Stelle so wenig bewegt hat. Die Patentanmeldungen stehen in einem späten Stadium des Forschungs- und Entwicklungsprozesses und ich glaube, dass die geringe Zahl der Patente und auch der verwerteten Patente, die wir in Hamburg haben, natürlich auch etwas damit zu tun hat, dass wir zwar viele hochinnovative Unternehmen haben, es aber nicht schaffen, das in dieser Stadt zu einem gezielten Innovationsmanagement zusammenzufassen, dass wir es nicht schaffen, Innovationsförderung auf eine Weise zu betreiben, die uns zu den sehr erfolgreichen Bundesländern aufschließen lässt.

Wir haben das vor einiger Zeit schon einmal anhand einer Studie eines Länderrankings der "WirtschaftsWoche" diskutiert und gesehen, dass wir in solchen Bereichen wie F- und E-Angestellte, also Angestellte in Forschung und Entwicklung, Ausgaben für Wissenschaft, aber auch in anderen Bereichen nicht mehr sind als Mittelmaß. Wenn wir bereits in Forschung und Entwicklung an vielen Stellen Mittelmaß sind, ist es natürlich kein Wunder, dass wir das auch am Ende der Entwicklungsprozesse bei den Patentanmeldungen und der Patentverwertung sind.

Ich erinnere daran, dass die CDU zu Regierungszeiten von Rotgrün eine Anfrage nicht nur zur Patentverwertung, sondern auch zum Technologietransfer gestellt hat mit einem ganz ähnlichen Ergebnis wie heute, nämlich dass wir damals noch keine einheitliche Struktur hatten, keine einheitliche Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und dass dies eines der Ziele war, das Sie sich vorgenommen hatten. Das ist ein offener Posten in der Bilanz, denn es hat sich daran nicht viel geändert.

Ich erinnere mich auch an eine Diskussion im Wirtschaftsausschuss, als wir über das CAN gesprochen haben, und ich sehr gezielt danach gefragt habe, wie es denn mit Überschneidungen zwischen der Tätigkeit von CAN und TuTech sei. Da wurde ich erst einmal etwas erstaunt angeschaut und bekam zur Antwort, da gebe es keine Überschneidungen, die würden sich auf völlig unterschiedlichen Bereichen bewegen. Jetzt sehe ich

A anhand Ihrer Anfrage, dass wir in der Tat auch da wieder, beschränkt auf ein bestimmtes Gebiet, eine Doppelstruktur finanziert haben. Das ist ärgerlich und muss nicht sein und ich finde es gut, dass Sie das hier auch kritisieren; wir brauchen eine stärkere Vereinheitlichung.

Wir sehen an der Großen Anfrage auch, dass es in vielen Bereichen an tragfähigen Zahlen fehlt, weil wir insbesondere bei der Einrichtung der Handelskammer, die als nichtstaatliche Einrichtung uns gegenüber naturgemäß nicht so starke Informationspflichten hat und uns vielleicht auch nicht so viele Zahlen zur Verfügung stellen mag, gar nicht so genau wissen, was in dieser Stadt bei der Patentverwertung und der Beratung alles passiert. Das ist sehr ärgerlich und das ist etwas, was man im Rahmen eines Gesamtinnovationsmanagements machen müsste.

Es ist sicherlich auch kein Zufall, dass sowohl im Mittelstandsbericht als auch im Masterplan Industrie sehr deutlich gesagt wird, dass man zum Beispiel die Strukturen bei der Clusterförderung et cetera auch einmal evaluieren müsse, ob die Managementstrukturen, die hier geschaffen worden sind, in dieser Stadt tragfähig sind. Die Förderung von Innovation hat offenbar nicht zu den Kernbereichen des Senats gezählt, jedenfalls die gezielte und strukturierte Förderung. Das zeigen auch die Antworten auf diese Große Anfrage. Da ist noch eine Menge zu tun, aber die Patente allein bringen es nicht, sondern es muss die Basis geschaffen werden.

Wir haben vor einiger Zeit über den missglückten Versuch der Talentstadt geredet und über die Fragen, wie man es denn schafft, Innovationspotenzial in Form von Köpfen auch in dieser Stadt großzuziehen – ich sage bewusst großzuziehen – und nicht nur heranzuholen. Da gibt es bisher nichts, das ist eine große Lücke. Der Kollege der GAL wird sicherlich dazu noch einiges sagen, aber wir sind in den letzten sechs Jahren in den Bereichen Bildung und Wissenschaft nicht auf einem besonders guten Weg gewesen. Da müssen wir noch eine Menge tun und der CDU-Senat muss sich fragen, auch anhand der Antworten auf diese Große Anfrage, warum es bisher nicht gelungen ist, eine Dynamik in diese Stadt zu bringen. Das ist bedauerlich und – Sie haben es am Anfang gesagt – das ist ein wichtiger Standortfaktor für ein rohstoffarmes Land. Es ist nicht nur eine wichtige Standortfrage, es ist die Existenzfrage für die deutsche Wirtschaft und auch für die hamburgische Wirtschaft. Wir tun natürlich auch als Sozialdemokraten alles, um den Hafen, die großen Infrastrukturprojekte und die großen Unternehmen zu fördern. Aber uns ist bewusst, dass das nicht reicht. Wenn wir uns nur auf diesen Gebieten tummeln, werden wir als Stadt und als Wirtschaftskraft nicht bestehen können. Deswegen ist es nicht nur ein Standortfaktor und es ist bedauerlich, dass der Senat ausgesprochen wenig getan hat.

Einen Satz möchte ich noch einmal zitieren:

"Auf der Basis der von den Hamburger Hochschulen zzt. erarbeiteten Patentstrategien [Mehrzahl: Strategien] wird die PVA-HH ihr eigenes fachliches Profil schärfen [...] und verstärkt durch die Kooperation [...] betreuen."

Das bedeutet, in Hamburg entwickeln die unterschiedlichen Hochschulen nicht etwa eine gemeinsame Strategie – Baden-Württemberg dagegen entwickelt als Land eine gemeinsame Strategie, die sie sogar in eine Werbekampagne umsetzen, wo Regionen darauf verzichten, die

C blühende Landschaft zu zeigen und lieber darauf hinweisen, wie innovativ und patent sie seien –, sondern sie entwickeln unterschiedliche Strategien und an diesen Strategien muss sich dann eine der mehreren – wir haben nicht eine, sondern mehrere – Patentverwertungsorganisationen schärfen. Ich finde diesen Satz wunderschön, aber es wäre schön, wenn der Senator gleich einmal erklären könnte, warum es denn keine gemeinsame Strategie für Hamburg gibt und warum an der Entwicklung dieser Strategien offenbar nur die Universitäten beteiligt sind und nicht die verschiedenen Einrichtungen eingebunden werden; das ist bedauerlich.

Ich stimme Ihnen zu, Frau Ahrons, dass wir eine Menge zu tun haben, aber ich würde mir von einer Regierungsfraktion schon wünschen, nicht nur eine Anfrage zu stellen, sondern einen Antrag und das, was man erkannt hat, auch in Handlung umzusetzen. Ich bin mir sicher, dass ich gleich vom Senator hören werde, dass das gar nicht nötig sei, weil er schon alles tue. Aber die Anfrage zeigt, dass dem nicht so ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat sind Wissenschaft und Forschung ein wichtiges Thema. Gerade wenn man vom Aspekt Globalisierung spricht, also dem weltweiten Zusammenwachsen im Bereich der Kommunikation, der Finanzströme und auch des Wissens, kommt natürlich dem Wissen zunehmend eine entscheidende Funktion als Produktionsfaktor und damit auch für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik von ganzen Regionen, aber auch Städten, zu. Wir neigen in Hamburg häufig dazu, diese Tendenzen nicht so ernst zu nehmen, weil wir versuchen, uns auf alten Stärken auszuruhen, und dafür ist die Politik dieses Senats ein Beispiel. Im Grunde genommen sind alle Anstrengungen im wirtschaftspolitischen Bereich auf den Hafen konzentriert. Alle Finanzmittel – 3 Milliarden Euro in den nächsten Jahren – gehen in den Hafen. Was dann für Wissenschaft und Forschung übrigbleibt, ist in der Tat nicht viel, und das Ergebnis ist letztendlich in der Realität ablesbar, wenn man sich mit solchen Themen beschäftigt, wie Sie es mit der Patentverwertung getan haben.

D Wenn man sich einmal mit den absoluten Zahlen aus dieser Großen Anfrage auseinandersetzt, dann ist das für eine so große Wirtschaftsmetropole wie Hamburg relativ kläglich. Sie berichten von einer Entwicklung der anmeldeten Patente dieser Patentverwertungsagentur vom Jahr 2000 in der sage und schreibe großen Anzahl von 14. Es hat einen prozentualen enormen Zuwachs gegeben, nämlich von 14 auf 17 im Jahr 2006 und bei den Erfindungen von 44 auf 51. Und bei den verwerteten Patenten gab es eine begeisterungsfähige Entwicklung von null Patenten im Jahr 2000 auf acht im Jahr 2006 als Ergebnis dieser zweieinhalb Institutionen, mit denen sich Ihre Große Anfrage beschäftigt.

An diesen Zahlen wird deutlich, dass, wenn man am Punkt Wissenschaft und Forschung in dieser Stadt etwas ändern will, das Ende der Kette bei den Patentverwertungen mit Sicherheit der falsche Punkt ist, wo man ansetzen muss. Man kann nur Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft stärken, wenn auch Forschung und Wissenschaft und Entwicklung im nennenswerten Maß-

A stab am Standort stattfindet. Man muss schlicht und ergreifend feststellen, dass das in Hamburg in den letzten Jahrzehnten, vielleicht sogar Jahrhunderten, nicht der Fall war.

Dies zeigt sich auch, wenn man sich einmal ein paar andere Kennzahlen anguckt, um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Hamburg in Relation zu anderen Standorten in Deutschland zu bringen. Wenn man sich die Steigerungsrate im Bereich der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Hamburg von den Neunzigerjahren bis heute anschaut, dann stellt man fest, dass dies um 10 Prozent gestiegen ist, in Bayern aber um mehr als 50 Prozent. Wenn man sich den Dritt-mittelanteil, den die Universitäten einwerben, an den Gesamtausgaben der Universitäten anguckt, dann liegt der deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, also überhaupt kein Vergleich mit den Eliteuniversitäten, die jetzt in der Öffentlichkeit eine Rolle gespielt haben. Das zeigt sich schlicht und ergreifend auch am Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss in Hamburg. In Hamburg sind es 11,5 Prozent, in München 20 Prozent und in Stuttgart 19,1 Prozent. Selbst in solchen Städten, mit denen Hamburg nicht meint, in einer Liga zu spielen wie Frankfurt und Köln, sind es 16,6 beziehungsweise 13,3 Prozent.

Wenn man diese Probleme wirklich ernst nimmt und nicht wie Ihr Senator eine Talentstadtinitiative ausruft, deren inhaltliche Reichweite so weit reicht, wie sie auf drei PowerPoint-Folien passt, dann braucht es einen Politikwechsel in dieser Stadt.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie haben doch keine Ahnung!)

B Man braucht neben dem erfolgreichen Hafen und der Logistikbranche, über die wir froh sein können, die aber unsere Probleme in Zukunft nicht nachhaltig alleine lösen können, eine weitere Säule und da sind wir dann bei dem Thema Ausweitung der kreativen Stadt. Dazu gehört natürlich eine Ausweitung von Forschung und Entwicklung. Wenn man im bundesweiten Wettbewerb mithalten will, dann reicht es einfach nicht, das eine oder andere kleine Forschungsinstitut mit vielleicht drei Professuren zu gründen. Es braucht mehr Mittel – die GAL-Fraktion hat eine Wissenschaftsstiftung für Hamburg in Höhe von 1 Milliarde Euro vorgeschlagen – und weitere Anstrengungen im Bereich der Lehre, um überhaupt Forscher nach Hamburg zu bringen, was nicht leichter geworden ist, wenn man sich ansieht, dass Hamburg bei der Exzellenzinitiative praktisch keine Rolle gespielt hat. Ein Forschungsschwerpunkt, bei dem Hamburg gut ist – es gibt durchaus welche im Bereich der Klimaforschung, aber auch bei DESY –, ist die Grundlagenforschung. Grundlagenforschung ist wichtig, aber aus der Grundlagenforschung können Sie natürlich keine Patente generieren.

Sofern es in dieser Stadt nicht gelingt, öffentliche Investitionen, deren Löwenanteil im Moment ausschließlich in den Hafen geht, für die Bereiche Wissenschaft, Forschung, Bildung, von der Kita bis zur Hochschule, in nennenswertem Umfang freizumachen – da müssen wir über Milliarden reden –, dann sind solche Anfragen zur Patentverwertung zwar läblich und redlich, aber sie werden an der Situation nichts ändern. Darum freue ich mich, dass Sie nach sechs Jahren anfangen, sich mit dem Thema zu beschäftigen, aber ich hoffe, dass wir in dem Bereich in den nächsten Jahren ein bisschen mehr Ehrgeiz an den Tag legen und es insbesondere eine kon-

C zentrierte Anstrengung der gesamten Stadt, der Wissenschaft, der Wirtschaft, aber auch der Hochschulen gibt, um in dem Bereich wirklich Exzellenz zu erzeugen. Das wird eine große Aufgabe sein, die uns noch viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, beschäftigen wird.

Zum Bereich der Patentverwertung habe ich den Ausführungen von Frau Dräger nicht viel hinzuzufügen. Ich glaube allerdings, dass das ein Nebenkriegsschauplatz ist und wir uns als ersten Schritt um neue Schwerpunktsetzungen in der Hamburger Politik, der Wissenschafts- und auch der Wirtschaftspolitik, kümmern müssen.
– Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Dräger.

Senator Jörg Dräger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Transfer und die erfolgreiche Verwertung – da sind wir in dieser Debatte sehr dicht beieinander – des an Hochschulen und natürlich auch Forschungseinrichtungen entwickelten Know-hows sind zentrale Faktoren für Wachstum und Beschäftigung nicht nur für Hamburg. Hier hat sich in Hamburg, auch wenn die Opposition das eben freundlich verschwiegen hat, doch einiges entwickelt. Wir haben den Verwertungsverbund Hamburg, in dem die Hochschulen, das Innovations- und Patentzentrum IPC der Handelskammer und die TuTech miteinander kooperieren. Im Jahre 2001 entstand im Rahmen der Verwertungsinitiative der Bundesregierung die Patentverwertungsagentur Hamburg. Da wurden bestehende Strukturen genutzt, da wurde die erfolgreiche TuTech genutzt, um die PVA zu integrieren.

D Die TuTech kann mit dieser integrierten PVA an die etablierte Kooperation mit den Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft anknüpfen. Jedes Jahr werden so 350 bis 400 Verträge im Bereich F & E und Beratung mit Wirtschaftsunternehmen abgeschlossen. Das sind seit 2001 2600 Aufträge von Unternehmen mit einem Auftragsvolumen, das sich natürlich gegenüber den Hafenumsätze – da stimme ich Ihnen zu – von knapp 40 Millionen Euro etwas bescheiden ausnimmt. Auch die Kooperation mit der Universität funktioniert. Allein in den letzten vier Jahren gab es 265 Kooperationen, natürlich auch mit Hamburger Unternehmen.

All diese Zahlen – das sage ich noch einmal in die Richtung von Frau Dräger, weil Sie eben den Verweis auf Baden-Württemberg gemacht haben – muss man natürlich vor dem Hintergrund sehen, dass wir in Hamburg nur einen Bruchteil des privaten F- & E-Aufkommens wie in Baden-Württemberg haben. Gerade deswegen, Herr Kerstan, beschäftigen wir uns im Moment im Rahmen der Talentstadt mit der Frage, wie wir in Hamburg erstmals eine F- & E-Strategie übergreifend erarbeiten können. Das Drittlaufkommen steigt, es ist zwar noch nicht so hoch wie das der Elitehochschulen, aber immerhin steigt es. Sie haben eben kritisiert, dass wir geringe Zahlen von Akademikern in unserer Stadt hätten. Ich kann Sie auf den jüngsten OECD-Bildungsbericht hinweisen. Hamburg ist das Bundesland mit dem größten Akademikerwachstum aller 16 Bundesländer. Hier geschieht inzwischen etwas, auch wenn Sie es vielleicht nicht wahrnehmen wollen.

A Die Auswertung der Daten – das hat die Große Anfrage geliefert – der Patentverwertungsagentur zeigt, dass dort die meisten Patente auf Hochschulerfindungen basieren; 22 Erfindungen wurden verwertet. Sie mögen das als bescheiden bewerten, aber es ist immerhin ein positiver Trend.

Das Volumen der direkten Industrieaufträge ist im Vergleich von 2002 zu heute um 30 Prozent gestiegen. Wir werden einen erheblichen weiteren positiven Impuls dank des Clusters "Biokatalyse 2021" bekommen, das die TU gewann. Ich bedauere, dass die Öffentlichkeit überhaupt nicht wahrgenommen hat, dass unsere Technische Universität einen solchen Erfolg erzielt hat. In den nächsten Jahren werden in die sogenannte weiße Biotechnologie, eine wirkliche Zukunftsbranche, 50 Millionen Euro in die Kooperationen zwischen Industrie und Wissenschaft investiert, alleine 20 Millionen Euro davon vom Bund. Die Koordination und Federführung für dieses Projekt lag bei der TuTech, die weiß, wie man erfolgreiche Wissenschafts- und Wirtschaftskooperationen betreibt.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Jörg Dräger (fortfahrend): Nein, im Moment nicht.

Herr Kerstan, die unabhängige Evaluation, vom BMBF beauftragt, die versucht hat – wir haben heute im Bereich Schule schon mehrfach darüber gesprochen –, ein Ranking der PVAs zu erstellen, zeigt den Hamburger Erfolg. Wir haben uns immerhin unter den 21 PVAs der Bundesrepublik um neun Plätze nach oben arbeiten können; das ist eine deutliche Steigerung. Während die Anzahl der Patente zwar einigermaßen konstant bleibt, hat sich die viel aussagekräftigere Anzahl der Verwertungen dieser Patente deutlich erhöht. Wir hatten zuletzt jährlich acht, in diesem Jahr sind wir schon bei zwölf angekommen. Das ist alles zwar noch absolut bescheiden, aber der Weg ist der richtige.

Eine Herausforderung wurde noch gar nicht besprochen: Die Patentverwertungsagentur trägt sich nicht selbst, sie ist auf Zuschüsse angewiesen; hier besteht Verbesserungsbedarf. Dass das nicht nur ein Hamburger Problem ist, sieht man nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA. Auch dort brauchen die Patentverwertungsagenturen überwiegend Zuschüsse, die als notwendige Voraussetzung für Wissenschafts-Wirtschafts-Kooperationen von der Industrie gefordert, aber leider nicht in nötigem Umfang gefördert werden.

Verbesserungspotenzial – da stimme ich mit Frau Ahrons überein – gibt es natürlich bei der Kooperation zwischen der Patentverwertungsagentur und den anderen in Hamburg und Norddeutschland tätigen Partnern. Da meine ich nicht so sehr die Hochspezialisierten, wie das CAN, das im Bereich der Nanotechnologie nach Ausgründungschancen aus der Grundlagenforschung sucht, da meine ich auch nicht MediGate, die es innerhalb des UKE geschafft haben, die Zahl der Verwertungen und Patente, spezialisiert auf eine Branche, beeindruckend zu steigern, sondern es geht natürlich auch darum, wie wir mit dem Innovations- und Patentzentrum der Handelskammer zu engeren Kooperationen kommen können. Das IPC agiert als eine wichtige Schnittstelle für die Hamburger Wirt-

schaft zu Fragen des Patentmanagements, Annahmestelle für Patente, Gebrauchsmuster, Marken, Geschmacksmuster und natürlich auch für das Deutsche Patent- und Markenamt.

Die Praxis zeigt aber – und hier steckt die wirkliche Herausforderung –, dass der primäre Ansprechpartner für die Wirtschaft das IPC ist, die Wissenschaft sich aber zuerst an die PVA wendet. Diese zielgruppengerichtete Ausrichtung, die einen eher wissenschafts-, die anderen eher wirtschaftsorientiert, scheint offenbar den verschiedenen Partnern sehr wichtig zu sein, sonst würden sie sich nicht jeweils an den ihren wenden. Wir sind uns alle einig darüber, dass wir die Kooperation zwischen den Produzenten des Know-hows, sprich den Hochschulen, und den Abnehmern in der Wirtschaft für einen gelungenen Transferprozess verbessern müssen und deswegen kommt es auch so sehr darauf an, dass die beiden IPC und PVA nicht nur ihre separaten Interessen jeweils für die eine Seite wahrnehmen, sondern die Gesamtheit und die Kooperationsmöglichkeiten besser erkennen. Ich verschweige nicht, dass in der Patentverwertung in der Vergangenheit das eine oder andere Mal die Welten von Wissenschaft und Wirtschaft ein Stückchen aufeinandergeprallt sind, eine Tatsache, die übrigens auch darauf zurückzuführen ist, dass es schlichtweg um die Frage eines angemessenen Preises für das Know-how ging – das ist dann Teil des Marktes –, aber ich bin davon überzeugt, dass sich letztlich beide Seiten darüber im Klaren sind, dass ein nachhaltiger Technologietransfer nur von gewachsenem Vertrauen, von Anbietern und Nachfragern profitieren kann. Ich freue mich aus diesem Grund, dass für das nächste und übernächste Jahr eine Kooperation bis hin zum Zusammenschluss der beiden Patentverwertungsagenturen Hamburg und Schleswig-Holstein angestrebt wird und nicht zuletzt auf Wunsch der beiden Länder diese enge Kooperation mit den Transferstellen der Wirtschaft wie dem IPC vorgesehen ist. Ob dann weitere institutionelle Kooperationen oder gar Zusammenführungen und Fusionen folgen, bleibt abzuwarten.

Ich bin deswegen sicher, dass uns die Themen Technologietransfer und Patentverwertung auch in Zukunft noch öfter beschäftigen werden. Natürlich bauen sie auf einer Stärkung von Wissenschaft und Forschung auf.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Herr Kerstan, ich kann Sie nur daran erinnern, dass wir diesen Bereich ausgebaut haben, während Sie es geschafft haben, ihn deutlich zusammenzustreichen. Wenn es um Technologietransfer und Patentverwertung geht, dann wird es um die Kooperation der Akteure gehen und die wollen wir weiter befürchten. Ich darf zum Abschluss noch ein Zitat aus dem Masterplan Industrie bringen, das genau an diese Stelle passt. Da heißt es:

"Dabei muss Wissenstransfer zugleich Bring- und Holschuld sein"

– ich glaube, das ist der zentrale Aspekt des Aufeinanderzugehens –

"und auf einem Klima beständiger Kooperation unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen und Leistungen von Wirtschaft und Wissenschaft gegründet sein."

C

D

A Hier sind wir einen Schritt weiter und trotzdem sind wir noch nicht am Ziel. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drs. 18/6971, Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu den Punkten 46, 47 und Punkt 5 der Tagesordnung. Anträge der SPD-Fraktion, Drs. 18/7240: Besserer Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf und Drs. 18/7241: Ausbildung auch für "Altbewerber" sowie die Große Anfrage der GAL-Fraktion, Drs. 18/6917: Keine Chance auf Ausbildung – Welche Hilfestellung bietet Hamburg?

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Besserer Übergang von der Schule in
Ausbildung und Beruf
– Drs. 18/7240 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Ausbildung auch für "Altbewerber"
– Drs. 18/7241 –]**

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Keine Chance auf Ausbildung – Welche
Hilfestellung bietet Hamburg?
– Drs. 18/6917 –]**

B Die Drs. 7240 möchte die CDU-Fraktion federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Dees.

Hans-Christoff Dees SPD: Die Anspannung von vorhin scheint sich ein bisschen gelichtet zu haben.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jedes Jahr ergreift das Land ein seltsames Ritual, wenn sich im Frühjahr Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeber über die Zahl der Ausbildungsplätze streiten und ob sie nun ausreichen oder nicht. Um von vornherein einem Missverständnis vorzubeugen, ist es natürlich eine gesellschaftspolitische Debatte. Für Hamburg bedeutet das, dass wir uns darum streiten, ob nun 8.000 oder 10.000 Auszubildende das richtige Niveau ist. Aber diese Debatte blendet leider viele Tausende aus, die überhaupt nicht gezählt werden, weil sie von der Bundesagentur nur als Rat suchend in das System eingetragen werden oder weil sie Altbewerber sind. In dieser Debatte geht es darum, den Blick auf diese zu schärfen und, wenn man sich die Zahlen anguckt, schockiert und sprachlos zu sein, wie es geschehen kann, dass über viele Jahre das, was da unter der Oberfläche geschieht, so zugelassen wird. Es gibt sehr viele Klischees und stereotype Erklärungen, die helfen, die Situation zu akzeptieren. Da wird für Hamburg gesagt, dass zu viele Auszubildende aus dem Ausland kommen, das mache die Konkurrenzsituation so stark oder die Auszubildenden sind zu teuer. Wenn man die Argumente auf ihre Stichhaltigkeit abklopft, bleibt davon nicht viel übrig. Vor allem lenken sie immer von dem einen wirklichen Skandal ab, dass wir 27.000 unter 25-jährige Erwerbsfähige haben, von denen vermutlich ungefähr die Hälfte keinen Hauptschulabschluss hat. Erlauben Sie mir den kurzen Exkurs, ohne

C Sie jetzt mit zu langen statistischen Zeitreihen zu erschrecken und zu überfordern. Sie feiern sich ange-sichts der guten Wirtschaftslage für die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt. Nebenbei bemerkt, wenn Sie sich die Zeitreihen angucken, exzellent sind Ihre Ergebnisse in dieser guten Zeit noch lange nicht. Aber schauen Sie einmal ganz genau hin, wie viele erwerbsfähige Hilfsbedürftige Sie in Hamburg über die letzten Jahre hatten. Sie werden sehen, dass die Zahl bei 143.000/144.000 stagniert. Obwohl unsere Arbeitslosenquoten zum Teil sinken, hat es hier keine Veränderung gegeben. Die Erklärung ist relativ einfach, auch wenn sie sich statistisch nicht sofort in den Texten erschließt, weil wir jedes Jahr Tausende von jüngeren Menschen erneut in die Statistik hineinschieben, ohne dass wir sie als Arbeitslose zählen würden, weil sie nie gearbeitet haben. Heute ist Arbeitsmarktpolitik letztendlich Reparaturbetrieb eines eklatanten Schulversagens. Jedes Jahr verlassen 1.700 Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss und sie sind die Ersten, die mit den Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt konfrontiert werden und dort keinen Fuß fassen. Das ist Schulversagen ersten Ranges.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Dees, entschuldigen Sie die Störung, aber ich glaube, die vielen Debattierclubs, die sich hier gebildet haben, diskutieren sicher nicht alle zeitgleich über die Rede von Herrn Dees. Deshalb bitte ich Sie, diese Gespräche draußen weiterzuführen. Herr Dees hat das Wort.

D **Hans-Christoff Dees** (fortfahren): Angesichts der vielen tausend Betroffenen, wäre es vielleicht gar nicht schlecht, wenn alle darüber diskutieren würden, aber das ist leider nicht der Fall.

Ein weiteres Klischee ist, dass die, die keinen Abschluss haben, nichts können und deswegen nicht ausbildungsfähig sind. Das Hamburger Hauptschulmodell hat uns jedoch gelehrt, dass Abschlüsse oder eben keine Abschlüsse, überhaupt Notenspiegel oder schlechte Noten keine Aussagekraft mehr haben, wie integrationsfähig ein junger Mensch ist und welche Möglichkeiten, Chancen und Potenziale er mitbringt, um sich im Arbeitsleben zu integrieren. Wir haben inzwischen sogar völlig widersinnige und seltsame Entwicklungen, dass die Integrationschancen von jungen Menschen einfach davon abhängen, in welche Förderschiene sie geraten sind. So haben junge Menschen, die vormals in die Förderschule gerutscht sind und dort als Förderschüler stigmatisiert waren, wenn sie in die richtigen Maßnahmen der Bundesagentur kommen, teilweise höhere Integrationschancen und werden besser gefördert als die anderen und können sich anschließend eher in den Arbeitsmarkt integrieren. Eigentlich eine völlige Verkehrung der Welt. Die Erklärung ist relativ einfach. Es gibt inzwischen Unmengen von Studien im Ausland und auch bei uns Pilotprojekte – das Hamburger Hauptschulmodell zählt dazu –, die ganz klar zeigen, was die Kernkriterien sind, um die Integrationschancen zu verbessern. Das ist die systematische und frühe Kompetenzfeststellung, das ist die intensive und praxisorientierte Beratung und Begleitung in der Praxis und das ist überhaupt eine dauerhafte Begleitung während der Zeit der Erwerbslosigkeit. All das ist nicht neu und in Flächenländern vielleicht entsprechend schwer zu organisieren. Viele dieser Pilotprojekte bleiben dann stehen, weil sie eine Berufsorientierung in der

- A Schule in der achten oder neunten Klasse ermöglichen und darüber hinaus nicht fortgesetzt werden. Aber hier in der Stadt, würde man denken, sind die Chancen eigentlich unendlich groß, all diese Akteure an einen Tisch zu bekommen und das einmal in einem geschlossenen ganzheitlichen Konzept anzugehen. Doch gucken wir uns die Landschaft hier an, dann sehen wir dort eher eine Wüste. Wir haben eine Bundesagentur, die separat agiert, die Behörde für Schule, die BWA, die ARGE, die BSF. Die Möglichkeiten, die wir haben, verpuffen am engstirnigen Ressortdenken und führen eine völlig chaotische Situation herbei. Ich glaube, die Beamten müssen wirklich ernsthaft daran leiden. Die leiden derart, dass sie irgendwann versucht haben, sich zu behelfen und eine Arbeitsgruppe gegründet haben. Diese Arbeitsgruppe nennt sich Zusammenarbeit und trifft sich alle zwei Monate, um die Zusammenarbeit dieser genannten verschiedenen Akteure zu besprechen. Ich finde, die Namensgebung zeigt schon die Schmerzen, die die Betreffenden haben, um genau jene Zusammenarbeit zu organisieren. Dann saßen die wohl zusammen und ihre Schmerzen wurden noch größer, weil es ihnen offensichtlich sehr schwerfiel, durch diesen Wust an Einzelmaßnahmen überhaupt durchzusteigen. Dann gründeten sie eine Internetseite, die sie www.ichblickdurch.de nannten und die letztlich ihre eigene Mühe zeigte, überhaupt durch diesen Wust durchzuschauen. Dass Sie mich richtig verstehen, jeder Schritt für sich ist wichtig, aber es ist nur ein einzelner Schritt und es fehlt eben der ganzheitliche Ansatz. Wenn Sie mit den Trägern sprechen, dann werden Sie erfahren, dass Doppelarbeit gang und gäbe ist. Wir haben Maßnahmenabbrüche ohne Ende, unzählige Beispiele, wo einmal eine Eingliederungsvereinbarung gemacht wird, dann ein Entwicklungsgutachten und dann wiederum ein Fallmanager eingesetzt wird, der komplett noch einmal neu in der ARGE die Betreuung von jemandem aufrollt. Immer wieder hat ein junger Mensch neue Ansprechpartner, meist junge Menschen, die sowieso in ihrer Jugend unter konstanten Beziehungsabbrüchen gelitten haben. Die werden jetzt in diesem für sie un durchschaubaren System durchgeschleust und erfahren wieder einen Kontakt neben dem anderen und einen Abbruch neben dem anderen. Dass da keine Verbindlichkeit entstehen kann, ist kein Wunder und das ist für mich Politik des fröhlichen Durchwurstelns und alle zwei Monate trifft man sich zum Kaffeetrinken. Damit werden wir eines der gravierendsten Probleme, unsere strukturelle Arbeitslosigkeit wirklich anzugreifen, nicht lösen können.

(Beifall bei der SPD und bei Gudrun Köncke und Claudius Lieven, beide GAL)

Der Grund ist letztlich einfach. Es ist eine falsche politische Schwerpunktsetzung, die dieses Problem nicht in seiner Ganzheit erkannt hat, aber eigentlich ist es überhaupt gar keine Schwerpunktsetzung. Entsprechend fehlt eine in sich schlüssige Strategie. Der traurige Gipfel dafür ist, dass Senator Uldall 70 Millionen Euro aus den Arbeitsmarktmitteln gekürzt hat und in vielerlei Töpfen umgeschichtet hat. Wir können sicherlich auch immer wieder noch einmal neu über die frühere Effizienz der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen streiten. Da hat es Fehlentwicklungen gegeben und vieles, was umgelenkt wurde, war auch richtig, weil es im Prinzip anders und effizienter ausgegeben wird. Aber Sie haben 70 Millionen Euro gekürzt und in Ihrem eigenen Haus verwurstet. Sie haben dann am Ende Mühe gehabt, die richtigen Töpfe dafür zu finden, sodass kaskadierend Arbeitsmarktmittel am Ende über mehrere Stufen bis hin in die Reparatur

der Alsterbarkassen geflossen ist, was sicherlich ganz putzig ist, aber bestenfalls als symbolisches Durchwursteln durchgehen kann. Es fehlt bei den drängendsten Problemen auf dem Arbeitsmarkt ein schlüssiges Konzept. Wir bieten Ihnen heute an, über die Punkte, die wir zusammengetragen haben, zu diskutieren und das als Grundstein zu nehmen, hier einen Durchbruch zu erzielen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Herrn von Frankenberg das Wort erteile, galt mein Hinweis mit den Debattierclubs auch für Altona-, Finkenwerder-, Volksdorfer-Gespräche. Auch die sollten draußen weitergeführt werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist Ortskenntnis!)

Herr von Frankenberg, Sie haben das Wort.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat ist das ein ganz wichtiges Thema. Schließlich geht es bei dem Thema Ausbildung um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, unserer Stadt. Insofern kann ich auch nur unterstreichen, dass das ganz wichtig ist und es sich auch lohnt, darüber zu reden.

(Beifall bei Doris Mandel SPD)

– Danke schön.

Ich möchte Ihnen aber auch ein faires Angebot machen. Ich habe das Gefühl, dass sich die Außenwirkung unserer Debatte mittlerweile sehr in Grenzen hält. Die letzten Besucher sind gegangen und Presse ist auch keine mehr da. Ich hätte fast gesagt, nach meinem Zettel macht Frau Köncke das Licht aus.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Daher möchte ich Ihnen ein faires Angebot machen. Wir sind der Meinung, dass wir bei der Drs. 18/7241 "Altbewerber" schon ein bisschen weiter sind. Deswegen werden wir die ablehnen. Die Große Anfrage nehmen wir zur Kenntnis und die Drs. 18/7240 würden wir gerne federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Da haben wir dann auch die Möglichkeit – Sie hatten eben auch das Angebot gemacht –, dass wir noch einmal in einen konstruktiven Dialog treten. Da würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir dann in diesen eintreten. Sie verzichten dafür auf die nachfolgenden vier Redner – eine Fraktion muss natürlich auch noch etwas sagen können –, aber dass Sie hier nicht noch einmal breitgestaffelt reden, sondern das machen wir dann im Ausschuss.

Ich habe alternativ etwas ähnlich Umfangreiches vorbereitet wie Herr Dees. Das bewegt sich auch in der Länge. Ich verzichte dafür auf den Vortrag, den ich vorbereitet habe und Sie verzichten dann natürlich auf unnötige Schärfe.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Das können Sie sich dann für den Ausschuss aufheben, das ist ja nicht verloren, sondern wir machen dann weiter. Ansonsten habe ich für Sie positive Zahlen aufbereitet. Mit Hamburg geht es aufwärts, die Wirtschaft brummt, der Arbeitsmarkt ist gut. Das ist der Tenor meiner Rede, die ich vorbereitet habe, aber Probleme will ich dennoch nicht

A ausgrenzen, weil es sicherlich auch Sachen gibt, über die es sich lohnt nachzudenken und das sollten wir dann im Ausschuss machen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Köncke.

(*Bernd Reinert CDU: Wissen Sie, wo der Lichtschalter ist?*)

Gudrun Köncke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das hatte ich natürlich gerade nicht vor. Ich wollte eigentlich den Scheinwerfer anmachen und nicht das Licht aus. Vor allen Dingen weiß ich natürlich, dass Herr Uldall schon in den Startlöchern sitzt und darauf wartet, die großen Erfolge in Hamburg darzustellen.

(*Petra Brinkmann SPD: Nein, geben Sie ihm keine Chance!*)

Das nehme ich in weiser Voraussicht schon einmal vorweg und versuche, noch einmal ein paar kleine Schlaglichter zu der Situation in Hamburg darzustellen. Das zeichnet Sie aus, liebe CDU, das ist ein großer Fortschritt, den Sie gemacht haben, dass Sie diskussionsbereit sind. Ich möchte mich schon einmal dafür bedanken, dass Sie zumindest deutlich machen, dass wir nicht nur mehr Lehrstellen haben, sondern dass wir natürlich das Problem haben, das Herr Dees sehr ausführlich beschrieben hat, nämlich dass wir darüber diskutieren müssen, dass wir da tatsächlich etwas verändern müssen.

B

Ich möchte in die Richtung der SPD sagen: Ja, ich glaube, dass wir tatsächlich mehr koordinieren müssen, wir müssen mehr bündeln, wir müssen die ARGE auch besser installieren, dass hier tatsächlich gerade für Jugendliche Hilfe stattfindet. Aber ich glaube, dass es damit nicht getan ist. Ich glaube, dass wir tatsächlich – was Frau Ernst in der letzten Diskussion schon ausgeführt hat – diesen strukturellen Wandel in Hamburg haben. Wir haben diesen strukturellen Wandel im Hinblick auf unsere Jugendlichen. Wenn wir die Situation der Jugendlichen berücksichtigen, dann wissen wir, dass wir tatsächlich immer weniger Jugendliche haben, die in Ausbildung einmünden. Da sagen die CDU und Herr Uldall: Ach, das ist ein Großstadtpproblem, das ist in anderen Großstädten auch so. Nein, meine Damen und Herren, wir sind damit in Hamburg das absolute Schlusslicht. Wir haben die schlechteste Eimündungsquote in der Bundesrepublik überhaupt. Dass das auch ein soziales Problem ist, will ich gerne zugeben.

Wenn ich den Tag heute zusammenfassen soll,

(*Petra Brinkmann SPD: Das brauchen Sie nicht!*)

der relativ lang gewesen ist, dann wird mir eines deutlich, dass bei den Themen Sicherheit, Bildung und Ausbildung die Dynamik der sozialen Spaltung der CDU langsam richtig auf die Füße fällt und dass Sie sich damit richtig auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Bei dem zweiten Punkt – und das ist vielleicht auch ein Punkt, bei dem Frau Ahrons jetzt wieder die Ohren spitzen könnte – geht es um die Unternehmer. Wie sieht das Angebot an Ausbildungsplätzen aus. Auch hier findet

deutlich ein struktureller Wandel statt. Wir haben in dem technisch-gewerblichen Bereich, der früher hauptsächlich Ausbildungsplätze gestellt hat, einen absoluten Rückgang an Ausbildungsplätzen. Auch damit muss sich ein Wirtschaftssenator auseinandersetzen. Wie sieht es da in dem Dienstleistungsbereich aus? Der kann nicht entsprechend nachsteuern, also haben wir auch bei den Ausbildungsplätzen eine Verschiebung. Ich habe mit der Handelskammer telefoniert und mich noch einmal erkundigt, wie es mit der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen tatsächlich aussieht. Mir wurde gesagt, dass im Moment 5.000 Betriebe in Hamburg ausbilden, 5.000 Betriebe, die bei der Handelskammer gemeldet sind. Mir wurde gesagt, dass es ein Potenzial von 9.000 Ausbildungsbetrieben gebe, die bisher nicht aktiviert sind. Das sind 50 Prozent, die zusätzlich möglich wären. Auch da gebe es sicherlich eine Handlungsmöglichkeit, die mit den bisherigen Appellen noch nicht aufgegriffen worden sind.

C

Ich glaube, dass wir tatsächlich eine Initiative in der Ausbildung der Jugendlichen brauchen, aber auch eine Initiative brauchen, wie wir es tatsächlich schaffen, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Ausbildungsumlage eine Möglichkeit wäre, mit der man sich gut auseinandersetzen könnte, die sicherlich auch in der Diskussion im Ausschuss eine Möglichkeit wäre, sich darüber zu verständigen.

Als dritten Schwerpunkt – und das sage ich hier auch ganz deutlich – glaube ich, dass die duale Ausbildung in Hamburg nicht mehr ausreicht, sondern dass wir eine Ergänzung der dualen Ausbildung brauchen. Das wäre der dritte Punkt, den ich einfordern würde. Und jetzt mache ich auch gleich das Licht aus. – Danke.

D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zur Drs. 18/7240. Wer einer Überweisung dieser Drucksache federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist einvernehmlich angenommen worden.

Wir kommen zum SPD-Antrag aus der Drs. 18/7241. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Des Weiteren stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drs. 18/6917 besprochen worden ist.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung und sehen uns morgen wieder.

Schluss: 20.17 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Luisa Fiedler, Michael Fuchs, Martina Gregersen, Jörg Hamann, Roland Heintze, Lutz Kretschmann-Johannsen, Michael Neumann, Frank-Thorsten Schira und Jürgen Schüssler